



Wortprotokoll

der 55. Sitzung vom 28. Juni 2005

Resoconto integrale

della seduta n. 55 del 28 giugno 2005

XIII. Legislatur
XIII. Legislatura
2004 - 2008



SÜDTIROLER LANDTAG
CONSIGLIO DELLA PROVINCIA AUTONOMA
DI BOLZANO

SITZUNG 55. SEDUTA

28.6.2005

INHALTSVERZEICHNIS

Aktuelle Fragestunde. Seite 3

Landesgesetzentwurf Nr. 8/03: “Änderungen zum Landesgesetz vom 17. August 1976, Nr. 36 – Neue Rechtsordnung des Kindergartenwesens” (Fortsetzung).Seite 29

Beschlussantrag Nr. 55/04 vom 27.1.2004, eingebracht von den Abgeordneten Urzì, Holzmann und Minniti, betreffend die Einführung eines Gedenktages zur Erinnerung an die von den kommunistischen Regimen verübten Verbrechen. Seite 38

Beschlussantrag Nr. 118/04 vom 8.6.2004, eingebracht von der Abgeordneten Biancofiore, betreffend “Vom Präsidenten des österreichischen Nationalrates, Andreas Khol, ausgearbeitetes Dokument”.Seite 50

Beschlussantrag Nr. 130/04 vom 25.6.2004, eingebracht von den Abgeordneten Minniti, Holzmann und Urzì, betreffend Kriterien für die Stellenvergabe an das Kindergartenpersonal – Hat das im Stellenplan eingestufte Personal das Nachsehen?.Seite 55

INDICE

Interrogazioni su temi di attualità. pag. 3

Disegno di legge provinciale n. 8/03: “Modifiche alla legge provinciale 17-8-1976, n. 36 – Nuovo ordinamento per le scuole dell’infanzia” (continuazione). pag. 29

Mozione n. 55/04 del 27.1.2004, presentata dai consiglieri Urzì, Holzmann e Minniti, riguardante l’istituzione di una giornata a ricordo dei crimini commessi dai regimi comunisti. pag. 39

Mozione n. 118/04 del 8.6.2004, presentata dalla consigliera Biancofiore, riguardante “Documento predisposto dal Presidente del Parlamento Austriaco Andreas Khol”. pag. 50

Mozione n. 130/04 del 25.6.2004, presentata dai consiglieri Minniti, Holzmann e Urzì, riguardante Criteri assegnazione posti personale scuola materna – Penalizzato il personale di ruolo?. pag. 55

Beschlussantrag Nr. 132/04 vom 29.6.2004, eingebracht von den Abgeordneten Holzmann, Minniti und Urzì, betreffend die Aussetzung von Tieren.Seite 57

Beschlussantrag Nr. 133/04 vom 29.6.2004, eingebracht von den Abgeordneten Holzmann, Minniti und Urzì, betreffend den Zweisprachigkeitsnachweis für Schüler. Seite 61

Beschlussantrag Nr. 134/04 vom 29.6.2004, eingebracht von den Abgeordneten Holzmann, Minniti und Urzì, betreffend Wohngemeinschaft für Multiple-Sklerose-Patienten. Seite 68

Beschlussantrag Nr. 140/04 vom 13.7.2004, eingebracht von den Abgeordneten Minniti, Holzmann und Urzì, betreffend einen wissenschaftlichen Wirtschaftsbeirat. Seite 72

Beschlussantrag Nr. 141/04 vom 14.7.2004, eingebracht von den Abgeordneten Minniti, Holzmann und Urzì, betreffend "Prozentsatz an Arbeitsplätzen für Invaliden – falls diese arbeitsunfähig sind, könnte die Stelle von einem Angehörigen besetzt werden".Seite76

Mozione n. 132/04 del 29.6.2004, presentata dai consiglieri Holzmann, Minniti e Urzì, riguardante l'abbandono di animali. pag. 57

Mozione n. 133/04 del 29.6.2004, presentata dai consiglieri Holzmann, Minniti e Urzì, riguardante il patentino di bilinguismo agli studenti. pag. 61

Mozione n. 134/04 del 29.6.2005, presentata dai consiglieri Holzmann, Minniti e Urzì, riguardante casa famiglia per malati di sclerosi-multiple. pag. 68

Mozione n. 140/04 del 13.7.2004, presentata dai consiglieri Minniti, Holzmann e Urzì, riguardante un comitato scientifico in economia. pag. 72

Mozione n. 141/04 del 14.7.2004, presentata dai consiglieri Minniti, Holzmann e Urzì, riguardante "quote posti di lavoro per invalidi – Possibilità per i parenti di coloro che non possono lavorare". pag. 76

VORSITZ DER PRÄSIDENTIN:

Dr. VERONIKA STIRNER BRANTSCH

PRESIDENZA DELLA PRESIDENTE:

ORE 10.05 UHR

(Namensaufruf – Appello nominale)

PRÄSIDENTIN: Die Sitzung ist eröffnet.

Ich ersuche um die Verlesung des Protokolls der letzten Sitzung.

THALER ZELGER (Sekretärin - SVP): *(Verliest das Sitzungsprotokoll – legge il processo verbale)*

PRÄSIDENTIN: Wenn keine Einwände erhoben werden, so gilt das Protokoll als genehmigt.

Die Mitteilungen gelten im Sinne des im Kollegium der Fraktionsvorsitzenden erzielten Einvernehmens als verlesen und werden dem Wortprotokoll beigelegt.

Im Kollegium der Fraktionsvorsitzenden wurde beschlossen, dass wir bis morgen 12.00 Uhr die Landesgesetzentwürfe und Beschlussanträge der politischen Minderheit behandeln. Anschließend kommen die Tagesordnungspunkte 2, 3 und 4 zur Behandlung. Dann beginnen wir mit der Behandlung von Landesgesetzentwurf Nr. 47/04. Gemeinsam mit diesem Gesetzentwurf werden auch die Tagesordnungspunkte Nr. 98, 99 und 100 behandelt.

Punkt 1 der Tagesordnung: **“Aktuelle Fragestunde”**.

Punto 1) dell’ordine del giorno: **“Interrogazioni su temi di attualità”**.

PRÄSIDENTIN: Anfrage Nr. 1/07/05 vom 10.6.2005, eingebracht vom Abgeordneten Pöder, betreffend den Verbleib und die Zweckbestimmung der Unterberger-Sammlung. Ich ersuche um Verlesung der Anfrage.

PÖDER (UFS): Der Unterfertigte ersucht um Auskunft über den Verbleib und die Zweckbestimmung der im Jahr 2000 vom Land Südtirol im Tauschwege von Ing. Siegfried Unterberger gegen die Überlassung des damals landeseigenen Stegerhofes in Labers/Meran übernommenen 130 Gemälde.

KASSLATTER MUR (Landesrätin für Denkmalpflege sowie Deutsche Kultur und Familie – SVP): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen, Abgeordneter Pöder! Seit der Schließung der doch sehr erfolgreichen Ausstellung der Unterberger-Sammlung im Kurhaus Meran, die im August, September und Oktober 2001

stattfand, befinden sich 126 der insgesamt 127 Bilder leihweise - sie sind ja im Besitz des Landes - im Brixner Diözesanmuseum. Das 127ste Bild mit dem Titel "Andreas Hofers letzter Gang" von Franz von Defregger befindet sich als Leihgabe im Museum "Andreas Hofer" in St. Leonhard in Passeier.

Die Zweckbestimmung dieser Sammlung liegt vorzugsweise in der Zugänglichkeit der Sammlung für die Öffentlichkeit. Meine Beamtinnen haben mir mitgeteilt, dass Sie bereits Ende Mai 2004 ein eigenes Schreiben von der Abteilung erhalten haben, aus dem hervorging, dass die Bilder seit 2. Juli 2004 im Diözesanmuseum in Brixen in der Hofburg bis auf Widerruf ausgestellt und für alle zugänglich sind. Dasselbe gilt für das Andreas-Hofer-Bild im Museum Passeier. Das ist der aktuelle Stand der Dinge, Herr Pöder!

PÖDER (UFS): Ich verzichte auf die Replik.

PRÄSIDENTIN: Wir kommen zu **Anfrage Nr. 2/07/05** vom 10.6.2005, eingebracht vom Abgeordneten Pöder, betreffend Abwesenheit von Landtagssitzungen – Gehaltsabzüge nicht möglich? Ich ersuche um Verlesung der Anfrage.

PÖDER (UFS): Dem Vernehmen ist das Regionalratspräsidium zum Schluss gekommen, dass der Regionalrat von der Amtsentschädigung bzw. vom Tagegeld der Südtiroler Landtagsabgeordneten keine Abzüge wegen der Abwesenheit von Landtagssitzungen vornehmen kann.

- Hat das Landtagspräsidium diese rechtliche Problematik vor der Vorlage des Beschlussvorschlages über die Sitzungsgelder, Aufwandsentschädigungen und Abwesenheit von Sitzungen nicht begutachtet?
- Hat das Landtagspräsidium sich hinsichtlich der Möglichkeit, die Abzüge vom Tagegeld der Abgeordneten vorzunehmen vor der Vorlage des Beschlussvorschlages mit dem Regionalratspräsidium in Verbindung gesetzt und die rechtliche Problematik beraten?
- Wie sollen die Gehaltsabzüge nun vorgenommen werden – welche Alternativmöglichkeiten gibt es?

PRÄSIDENTIN: In Beantwortung Ihrer Anfrage muss ich zunächst einmal festhalten, dass das Regionalratspräsidium nicht – wie Sie schreiben – zum Schluss gekommen ist, dass die vom Südtiroler Landtag beschlossenen Abzüge von dem den Landtagsabgeordneten zustehenden Tagegeld nicht vorgenommen werden können. Im Regionalratspräsidium hat es in diesem Zusammenhang lediglich, wie mir Präsident Magnani mit Schreiben vom 9. Juni d.J. mitgeteilt hat, unterschiedliche Meinungen und Positionen gegeben, die eine eingehende rechtliche Überprüfung der Angelegenheit für notwendig erschienen ließen.

Die daraufhin vorgenommene rechtliche Überprüfung hat, immer laut Schreiben des Regionalratspräsidenten, ergeben, dass die erwähnten Abzüge von Seiten des Regionalrates, gewissermaßen im Auftrag des Südtiroler Landtages (ich erinnere daran, dass die Abgeordneten nach der Reform des Autonomiestatutes als Abgeordnete zum Südtiroler Landtag gewählt werden und nur als solche gleichzeitig auch Abgeordnete des Regionalrates sind, auch wenn letzterer derzeit noch bis zum allfälligen Erlass einer entsprechenden landesgesetzlichen Regelung für die wirtschaftliche Behandlung derselben aufkommt) durchaus getätigt werden können, dass es dafür aber, aus verwaltungstechnischer Sicht, einer mit Beschluss des Präsidiums des Regionalrates zu erlassenden neuen Verordnung oder der Abänderung bzw. Ergänzung der geltenden Verordnung zum R.G. Nr. 2/1995, die bereits Abzüge für die Abwesenheit bei Sitzungen des Regionalrates vorsieht, bedarf. Diese "technische" Notwendigkeit mag durchaus gegeben sein und soll auch nicht in Frage gestellt werden, nur fällt der Erlass der angesprochenen Maßnahme in die Zuständigkeit des Regionalratspräsidiums, weshalb ich von diesem Platz aus nur an die Abgeordneten des Südtiroler Landtages, die auch Mitglieder des Regionalrates sind, appellieren kann, den vom Südtiroler Landtag einstimmig gefassten Beschluss auch in ihrer Eigenschaft als Mitglieder des Regionalratspräsidiums mitzutragen und die erwähnte Verordnung baldmöglichst zu genehmigen.

Zu den Fragen 2 und 3 kann gesagt werden, dass insbesondere die mit den Abzügen bei Abwesenheit von den Landtagssitzungen verbundene Problematik sehr wohl überprüft worden ist und dass das Regionalratspräsidium, zumindest in der Person des Präsidenten, von Beginn der Ausarbeitung der entsprechenden Vorlage an, d.h. unmittelbar nach der Genehmigung (am 1.4.2004) des von Ihnen, Herr Abg. Pöder, eingebrachten Beschlussantrages, über den Umstand, dass die im genehmigten Beschlussantrag vorgesehenen Abzüge vorerst zwangsläufig über den Regionalrat getätigt werden mussten, voll informiert war. Von Seiten der verschiedenen Verantwortungsträger auf der Ebene des Regionalrates sind diesbezüglich aber in keiner Phase grundsätzliche Bedenken rechtlicher Natur gegen das Vorhaben angemeldet worden, im Gegenteil, es kam sogar dankenswerterweise ein Hinweis für die korrekte Formulierung der einschlägigen Bestimmung.

Die Antwort auf die Frage 3 ergibt sich aus dem eingangs Gesagten, nämlich dass die vom Landtag beschlossenen Abzüge durchaus über den Regionalrat nach dem Erlass einer entsprechenden Verordnung durch das Regionalratspräsidium getätigt werden können. Es ist deshalb müßig, über allfällige Alternativmöglichkeiten nachzudenken.

PÖDER (UFS): Vielen Dank, Frau Präsidentin! Ich nehme die Antwort zur Kenntnis. Mein Informationsstand ist jener, dass man im Regionalratspräsidium ohne Abstimmung einhellig der Meinung war, man könne diesen Beschluss nicht umsetzen. Es wurde dann richtigerweise ein Gutachten eingeholt. Ich kenne dessen Inhalt nicht

und möchte mich dann auch beim Regionalratspräsidium diesbezüglich erkundigen. Ich schicke voraus, dass wir immer der Meinung waren, dass die gesetzliche Regelung für die Amtsentschädigungen vom Landtag vorgenommen werden müsste. Wir haben im Zuge der letzten Debatte im Regionalrat hinsichtlich der Amtsentschädigungen unmissverständlich klargemacht, dass wir der Meinung sind, dass die gesamte Regelung der Amtsentschädigungen in der vorliegenden Form juristisch nicht korrekt gelöst ist, weil der Landtag und nicht der Regionalrat zuständig ist. Wir sind Landtagsabgeordnete und werden im Prinzip von einer anderen Institution wirtschaftlich behandelt bzw. entschädigt.

Ob nun ein Widerspruch darin besteht, dass der Landtag dem Regionalrat nicht vorschreiben kann, von irgendeiner Aufwandsentschädigung, sprich dem Tagegeld, etwas abzuziehen, wird sicher ein Rechtsgutachten klären müssen. Ich möchte allerdings eine rhetorische Frage in den Raum stellen: Was passiert, wenn die Abzüge nach einem Beschluss des Regionalratspräsidium vorgenommen werden und irgendein Mitglied des Landtages "Nein" dazu sagt? Der Betroffene ist also nicht damit einverstanden und kündigt an, gegen den Abzug einen Einwand zu erheben. Ich möchte diese rhetorische Frage nur stellen, weil mein Gehalt bzw. mein Tagegeld nicht von dieser, sondern von einer anderen Institution bezahlt wird. Diese hat im Prinzip kein Recht, der anderen Institution eine Vorschrift zu machen. Diese rhetorische Frage möchte ich in den Raum stellen. Das sollte geklärt werden, um zu vermeiden, dass danach eine Situation entsteht, in der zwar Abzüge vorgenommen werden, all die Abzüge aber wieder rückgängig gemacht werden müssen, weil es in rechtlicher Hinsicht nicht korrekt war.

PRÄSIDENTIN: Wir kommen zu **Anfrage Nr. 3/07/05** vom 15.6.2005, eingebracht von der Abgeordneten Klotz, betreffend die La-Loggia-Kommission für Toponomastik. Ich ersuche um Verlesung der Anfrage.

KLOTZ (UFS): Der Landeshauptmann hatte in der Fragestunde Mai 2003 (Anfrage Nr. 7) erklärt, er habe Regionenminister La Loggia anlässlich dessen Südtirol-Besuch im September 2001 die Zustimmung zur Einsetzung einer Toponomastik-Kommission gegeben. Diese sollte „Lösungsvorschläge“ ausarbeiten, aber nicht Unterkommission der Sechser-Kommission sein. Ich hatte damals gewarnt, der Sechser-Kommission direkt oder indirekt ein Mitspracherecht einzuräumen. Laut Zeitungsberichten Anfang Mai 03 hatte es diesbezüglich Auseinandersetzungen zwischen dem LH und Siegfried Brugger gegeben.

- Stimmt das, hatte Brugger die autonomiepolitische Gefahr erkannt?
- Inzwischen hat die La-Loggia-Kommission Vorschläge ausgearbeitet, die vom Ministerium an die Sechser-Kommission weitergeleitet wurden. Diese will den „Rahmen“ für die Toponomastikgesetzgebung festlegen.

- Was sagt der LH zu diesem schweren Eingriff in die ausschließliche Zuständigkeit des Landes?
- Was sagt er zum Vorwurf, dies durch seine Zusage an La Loggia mit verursacht zu haben?

DURNWALDER (Landeshauptmann - SVP): Sehr verehrte Frau Präsidentin, verehrte Damen und Herren! Liebe Frau Kollegin Klotz! Vielleicht wäre es ganz gut gewesen, wenn Sie die Unterlagen vorher ein bisschen durchstudiert und vor allem auch die Hintergründe besser verfolgt hätten. Sie wissen ja, dass das römische Parlament bereits im Jahre 1997 einen Beschlussantrag verabschiedet hat, mit dem vorgesehen wurde, dass die Grundzüge und Richtlinien für die Regelung der Toponomastik von der 6er-Kommission überprüft werden sollten. Dies war auch der Aufhänger, warum diese Kommission eingesetzt wurde. Wir haben bei dieser Gelegenheit ausdrücklich gesagt, dass die Toponomastik in die Zuständigkeit des Landtages bzw. des Landes fällt. Dies ist in den beiden Autonomiestatuten, also sowohl im ersten als auch im zweiten Autonomiestatut, vorgesehen. Darin heißt es, dass die deutschen Namen wieder eingeführt werden können, soweit deren Existenz mit Landesgesetz vorgesehen oder nachgewiesen werden kann. Somit wird ausdrücklich festgehalten, dass dies in die Zuständigkeit des Landes fällt. Die Kommission hat Richtlinien für die Hodonomastik, das heißt für die Straßenbenennung, vorgesehen und dies hat mit der Toponomastik als solcher überhaupt nichts zu tun. Die Toponomastik fällt nach wie vor in die Zuständigkeit des Landes, wobei Kollege Brugger gestern beispielsweise den Vorschlag gemacht hat, die 6er-Kommission könnte Richtlinien für die Definition der Toponomastik festlegen. Deshalb ist es keineswegs im Widerspruch bzw. gegen den Willen der anderen Kommissionsmitglieder gemacht worden. Wie gesagt, was bisher gemacht wurde, ist im Sinne der Hodonomastik getan worden. Jetzt will die 6er-Kommission versuchen, Richtlinien festzulegen, wobei von vorne herein klargestellt werden muss, dass die gesamte Materie in die Zuständigkeit des Landtages bzw. des Landes fällt. Somit hat diese Kommission mit der Toponomastik nichts zu tun, sondern lediglich Richtlinien für die Hodonomastik festgelegt, und zwar aufgrund eines Antrages im Parlament. Kollege Brugger sowie andere Vertreter unseres Landes waren anwesend, konnten dies allerdings nicht verhindern. Dieser Beschluss wurde gefasst. Ich bin der Meinung, dass man nicht von vorne herein gegen neue Vorschläge, neue Richtlinien bzw. neue Ansätze sein kann. Deswegen behalten wir unsere Zuständigkeiten nach wie vor aufrecht.

KLOTZ (UFS): Ich habe recherchiert und mir alle diesbezüglichen Unterlagen herausgesucht, Herr Landeshauptmann! Ich ersuche Sie, mir diesen Beschluss des Parlaments von 1997, auf den Sie sich berufen, zukommen zu lassen. Dieser sogenannte Beschluss hat in der Diskussion bisher niemals Erwähnung gefunden. Ich habe

hier Ihre Stellungnahme bzw. Ihre Antwort auf meine Anfrage der Fragestunde vom Mai 2003. Ich erinnere Sie daran, was Sie gesagt haben: *“Im September 2001 ist Regionenminister La Loggia nach Südtirol gekommen, um einen Antrittsbesuch zu machen und über die wichtigsten Themen zu reden. Selbstverständlich haben wir dabei auch über die Toponomastik gesprochen. Sie wissen, dass im Koalitionsabkommen geschrieben steht, dass wir versuchen, das zu lösen, indem wir versuchen, einen Kompromiss zwischen Staat und Land herbeizuführen. Nur auf diese Art ... können wir das Problem lösen. Deshalb hat Minister La Loggia damals die Einsetzung einer Kommission vorgeschlagen, die aus Experten besteht und entsprechende Lösungsvorschläge ausarbeiten sollte. Ich habe selbstverständlich zugesagt, denn man kann ja nicht "Nein" sagen, wenn eine Fachkommission Lösungsvorschläge ausarbeitet. Dabei habe ich aber nicht gesagt, dass die 6er-Kommission durch eine Unterkommission zu ergänzen wäre. Das wäre eine neue Prozedur, die wir nicht akzeptieren könnten. Wennschon, dann sollte im Ministerium des Regionenministers eine Kommission eingesetzt werden usw.”* Wir hören jetzt, dass damit die Grundlagen gelegt worden sind, der 6er-Kommission eine Zuständigkeit einzuräumen. Auch Brugger hat diese Befürchtung. Kommissionspräsident Guido Rispoli sagt wörtlich: *“Es wäre gut, einen Rahmen für die Toponomastik-Gesetzgebung zu finden. Es braucht eine Lösung mit Hausverstand.”* Herr Landeshauptmann, Sie sagen, das, was hier vorgelegt wurde, ist kein Rahmen, sondern ein detailliertes Konzept, das für ein Landesgesetz keinen Spielraum zulässt. Wir haben inzwischen die Richtigstellung gehört, dass es sich um einen Vorschlag zur Hodonomastik, also der Bezeichnung von Straßen, Plätzen usw., handelt. Ich würde mit Ihnen wetten, dass als nächster Schritt sehr bald - ich nehme an, dass Sie es genau wissen - in der 6er-Kommission insgesamt über das Thema Toponomastik geredet wird. Es handelt sich nicht mehr nur um einen Vorschlag für den Regionenminister, sondern es ist unbestritten, dass dieser Vorschlag, den die Kommission ausgearbeitet hat - Kollmann wurde ja entfernt - vom Ministerium an die 6er-Kommission weitergeleitet wird und diese dann darüber zu befinden hat. Dieser Vorwurf wird sicherlich noch einmal auftauchen.

PRÄSIDENTIN: Wir kommen zu **Anfrage Nr. 4/07/05** vom 15.6.2005, eingebracht von der Abgeordneten Klotz, betreffend *“Gesuchsformulare für landwirtschaftliche Beiträge nur italienisch”*. Ich ersuche um Verlesung der Anfrage.

KLOTZ (UFS): Die Gesuchsformulare für Mutterkuhprämien, Zuchtvieh usw. seien seit längerem nur noch italienisch und würden vom Bauernbund auch nur noch in italienischer Sprache ausgefüllt. Die allermeisten Bauern seien deshalb nicht in der Lage, zu verstehen, was sie da jeweils unterschreiben.

- Ist dies dem Landesrat für Landwirtschaft bekannt?
- Weshalb verwendet der Bauernbund nur italienische Vordrucke, geht das direkt oder indirekt von Landesämtern aus?

- Welche Formulare, die der Bauernbund für seine Mitglieder ausfüllt, werden in deutscher Sprache oder zweisprachiger Version verwendet, welche ausschließlich in italienischer und warum?

BERGER (Landesrat für Landwirtschaft, land-, forst- und hauswirtschaftliche Berufsbildung, Informationstechnik, Grundbuch und Kataster - SVP): Frau Präsidentin, Kollegin Klotz! Es ist so, dass es sehr wohl Gesuchsformulare für Mutterkuhprämien gibt. Es ist mir aber nicht bekannt, dass für Zuchtviehprämien irgendwelche italienischen Formulare unterwegs wären. Die Situation ist so, dass für Förderungen, die sich auf Landesgesetze beziehen, von unserer Seite alle Gesuchsformulare doppelsprachig geführt werden. Für die Agrar- und Umweltmaßnahmen sowie für die Ausgleichszulage im Sinne der EU-Verordnung Nr. 1257 aus dem Jahre 1999 werden zweisprachige Gesuchsformulare verwendet.

Seit 1.1.2005 gibt es die Betriebsprämie, das heißt eine Einheitsprämie, die die Mutterkuhprämien, die Mastprämien und die Schlachtungsprämien ersetzt. Diese Gesuchsformulare stammen aus der zentralen Zahlstelle von Rom, welche für die Koordinierung zuständig ist. Sie hat die Ausführung der Tätigkeit an den Südtiroler Bauernbund bzw. an die Bauernbund-Service-GmbH übertragen. Dadurch, dass die Texte und Inhalte dieser Gesuchsformulare so kurzfristig erlassen wurden, war es für die Bauernbund-Service-GmbH nicht mehr möglich, doppelsprachige Formulare zu drucken. Es wurden nämlich Termine festgesetzt, die für die Einreichung der Gesuche bindend waren. Deswegen war es zeitlich nicht mehr möglich, diese zu ersetzen. Im September 2004 wurde ein Schreiben von der AGEA, der Zahlstelle in Rom, direkt an die Landwirte gerichtet, in dem sie bestimmte Hinweise und Erklärungen erhalten haben. Als Anhang befand sich ein Schreiben des Südtiroler Bauernbundes in deutscher Muttersprache, in dem die Inhalte erläutert wurden. In diesem Fall stimmt es, dass bestimmte Formulare für die Betriebsprämie, die - wie gesagt - nicht über unsere Landesstellen läuft, sondern im Auftragsweg von der Bauernbund-Service-GmbH gemacht wurden, in diesem Jahr nur einsprachig waren. Sollten sich die Inhalte nicht ändern und dies frühzeitig bekannt sein - es passiert ja immer wieder, dass sich die Kriterien von Jahr zu Jahr ändern -, werden diese Gesuchsformulare sehr wohl auch in zweisprachiger Form zur Verfügung stehen. Sollten sich allerdings kurz vor dem Einreichtermin irgendwelche inhaltliche Neuerungen ergeben, wird es wahrscheinlich auch in Zukunft nicht möglich sein, kurzfristig doppelsprachige Formulare zur Verfügung zu stellen. Die Betriebsprämie gilt voraussichtlich bis zum Jahr 2013. Wenn die Kriterien die gleichen bleiben - wie ich hoffe -, werden in Zukunft sehr wohl zweisprachige Formulare verfügbar sein. Es handelt sich - wie gesagt - um die einzige Prämie, bei der einsprachige Formulare verwendet wurden. Alle anderen waren sehr wohl zweisprachig.

KLOTZ (UFS): Ich werde dem Herrn Landesrat eine Fotokopie zur Verfügung stellen. Ich möchte ihn auffordern, dafür zu sorgen bzw. Wert darauf zu legen, dass man hier schnell reagiert. Ich verstehe schon, dass es Engpässe gibt. Wir erleben es ja auch bei den Steuererklärungen, die jährlich abzugeben sind. Natürlich gibt es jedes Jahr Änderungen. Aber im Zeitalter der technisch ungeahnten Möglichkeiten müsste es eigentlich schon möglich sein, früh genug deutsche bzw. zweisprachige Formulare zur Verfügung zu stellen. Die meisten Bauern verstehen nicht, was sie da unterschreiben, abgesehen davon, dass das Recht auf Muttersprache besteht. Die allermeisten werden still sein, weil sie sich denken, dass, wenn sie Beiträge erhalten, sie auf ihr Recht auf Muttersprache verzichten können. Es gibt auch sehr, sehr viele, die gerne wissen möchten, was sie hier unterschreiben. Zudem ist es ja das Recht eines jeden Einzelnen, all das, was amtlich ist, in seiner Muttersprache zu erhalten.

PRÄSIDENTIN: Wir kommen zu **Anfrage Nr. 5/07/05** vom 15.6.2005, eingebracht von der Abgeordneten Klotz, betreffend die Ermittlung der Sprachgruppenstärke bei der Volkszählung. Ich ersuche um Verlesung der Anfrage.

KLOTZ (UFS): Die Änderung der Prozedur bei der Erklärung der Zugehörigkeit zur Sprachgruppe wirft eine Reihe von Fragen auf. Eines ist die individuelle Erklärung, die für das ganze Leben gelten kann, etwas anderes die Erklärung zwecks Anwendung des ethnischen Proporz auf Landes- und Gemeindeebene.

- Wie wird von jetzt an die Sprachgruppenstärke bei der Volkszählung ermittelt?
- Wie wird die Stärke der Sprachgruppen ermittelt, die dann auf Landes- und Gemeindeebene hinsichtlich der Stellenbesetzung usw. als Maßstab verwendet wird?
- Wie will man sicherstellen, dass der bei der Volkszählung ermittelte Bestand mit jenem übereinstimmt, der sich im Laufe der Zeit infolge von individuellen Umerklärungen ergeben wird?
- Kann ausgeschlossen werden, dass die jetzt geltende verzögerte Wirkung der Umerklärung von 2 Jahren über kurz oder lang verkürzt oder ganz abgeschafft, und die Anwendung des ethnischen Proporz untergraben wird?

DURNWALDER (Landeshauptmann - SVP): Sehr verehrte Frau Präsidentin, verehrte Damen und Herren! In Bezug auf die neue Durchführungsbestimmung möchte ich von vorne herein mitteilen, dass die allgemeine Pflicht zur Volkszählung, wie es bisher der Fall war, auch für die Erklärung der individuellen Sprachgruppenerklärung weiterhin aufrecht bleibt. Man hat die Trennung zwischen der anonymen und der nominellen Erklärung eingeführt, das heißt, dass der anonyme Bogen von der eigentlichen Erklärung getrennt ist. Es ist also nicht mehr so,

dass das andere unterschrieben werden muss, sondern es handelt sich um eine anonyme Erklärung.

Die Stärke der Sprachgruppen wird, wie bisher, bei der Volkszählung nach denselben Kriterien und Berechnungen ermittelt. Der bei der Volkszählung ermittelte Proporz stimmt mit dem Proporz infolge der Umerklärungen natürlich ab und zu nicht mehr voll und ganz überein. Es ist jetzt nämlich möglich, innerhalb von 10 Jahren eine Umerklärung zu machen, die allerdings für 2 Jahre keine Gültigkeit hat, wie Sie in der Zwischenzeit sicher wissen. Eventuelle Änderungen sind nur deshalb möglich, weil der eine oder andere innerhalb von 10 Jahren nach 5 Jahren wieder eine Umerklärung machen kann, was aber sicher sehr, sehr selten der Fall sein wird. Diese eventuellen Erklärungen, die minimal sein werden, könnten dann mit den 10-jährigen Aufstellungen nicht mehr übereinstimmen. Alle 10 Jahre bleibt die Verpflichtung aufrecht, eine personelle Erklärung, wenn auch in anonymer Form, abzugeben.

Die zuständigen Ämter sind vor allem aufgrund der in der Zwischenzeit ermittelten Erfahrungen der Auffassung, dass diese neue Form mit der effektiven Zugehörigkeit viel besser übereinstimmen wird. Deshalb müsse man in keinster Weise befürchten, dass durch irgendwelche Tricks falsche Erklärungen abgegeben werden können. Auf jeden Fall bleibt die Verpflichtung aufrecht, alle 10 Jahre, wenn auch in anonymer Form, eine Erklärung abzugeben, und zwar sowohl individuell als auch in Bezug auf die allgemeine Statistik. Infolgedessen bleibt das bisherige System betreffend die Erhebung der Stärke der Volksgruppen weiterhin aufrecht.

KLOTZ (UFS): Etwas ist mir noch nicht klar. Anlässlich der Volkszählung wird alle 10 Jahre sowohl die individuelle, als auch die zu statistischen Zwecken durchgeführte Erklärung abgegeben. Bisher war es ja so, dass eine Erklärung ohne Unterschrift und die zweite Erklärung mit Unterschrift gemacht wurde. Das bedeutet, dass letztere wegfällt. Ab jetzt gibt es bei der Volkszählung nur mehr eine dem allgemeinen Couvert beigefügte, ausgefüllte Erklärung ohne Unterschrift. Herr Landeshauptmann, Sie gehen davon aus, dass es keine Probleme geben wird, wenn jemand alle 10 Jahre eine Erklärung zwecks statistischer Festlegung des Bestandes der Volksgruppe abgibt. Dies ist wichtig bei der Besetzung von Stellen, bei der Wohnbauförderung und anderen Sozialmaßnahmen. Parallel dazu gibt es eine andere Schiene, nämlich jene der individuellen Erklärungen. Mit der Möglichkeit der Umerklärung könnte passieren, dass beispielsweise die ladinische Volksgruppe - nehmen wir einmal die kleinste Volksgruppe her - einen schönen Bestand bei der anonymen Volkszählung erhält. Ich erkläre mich somit als Ladiner. Danach könnte ich mich wieder umerklären, weil ich sehe, dass die deutsche Volksgruppe momentan mehr Wohnungen erhält bzw. der italienischen Volksgruppe mehr Stellen zustehen. Wenn diese Schere mit dieser Möglichkeit der ständigen Sanierung irgendwann einmal zu weit auseinander klafft, stimmt ja die offizielle, die statistische Erklärung mit der privaten Erklärung nicht mehr überein.

DURNWALDER (SVP): Das war bisher auch so!

KLOTZ (UFS): Nicht in dieser Form! Deswegen möchte ich zusätzlich fragen, ob Sie davon überzeugt sind, dass diese Sperrfrist von 2 Jahren aufrecht bleiben wird! Ich bin nämlich nicht davon überzeugt. Ich habe diese Befürchtung seit langem. Es wird zur Ad-hoc-Erklärung und dann zum Absurdum kommen, dass die eine Schiene mit der anderen nicht mehr übereinstimmt, was über kurz oder lang zum Einsturz des gesamten Proporzsystems führen kann.

PRESIDENZA DEL VICEPRESIDENTE:

GIORGIO HOLZMANN

VORSITZ DES VIZEPRÄSIDENTEN:

PRESIDENTE: Passiamo all'**interrogazione n. 6/07/05** del 15.6.2005, presentata dai consiglieri Leitner e Mair, riguardante l'assicurazione obbligatoria sulla vecchiaia. Prego di dare lettura dell'interrogazione.

MAIR (Die Freiheitlichen): Nach jahrelanger Diskussion um die Einführung einer Pflegeversicherung und nach der Erreichung eines Kompromisses wurde dieser von den Sozialpartnern nun wieder aufgekündigt. Das Projekt Pflegeversicherung schwimmt weiter auf hoher See und es ist nicht absehbar, ob und wann es den sicheren Hafen erreicht.

Angesichts der Tatsache, dass die Menschen auch in Südtirol immer älter werden, dass die Anzahl der Pflegefälle steigt und dass die Ausgaben für die Pflege stark zunehmen, ist ein "Weiterwurschteln" unverantwortlich.

An die Landesregierung werden folgende Fragen gerichtet:

- Wer hat konkret den vorliegenden Kompromiss aufgekündigt?
- Welche Begründung liegt der Absage zugrunde? Welche Schritte plant die Landesregierung aufgrund der neuen Situation?
- Wann rechnet die Landesregierung mit der Einführung einer Pflegeversicherung in Südtirol?

THEINER (Landesrat für Gesundheit und Sozialwesen – SVP): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! In diesem Zusammenhang sei angemerkt, dass im Sprengel Unterland in den vergangenen Monaten eine Erhebung durchgeführt wurde, um das genaue Ausmaß der Pflege in Südtirol zu ergründen. Die Zahlen, die auf Landesebene hochgerechnet wurden, besagen, dass wir insgesamt 10.600 Pflegebedürftige in Südtirol haben. Davon werden gut 7.200 ambulant und über 3.300 stationär versorgt. Es wird festgehalten, dass noch nie so viele Menschen zu Hause gepflegt wurden wie zur Zeit. Es gilt jetzt die Voraussetzungen zu schaffen,

dass diese Pflegebereitschaft erhalten bleibt. Diese Bemühungen laufen in allen europäischen Ländern.

Nun konkret zu den Fragen, die Sie hier aufgeworfen haben! Über die Notwendigkeit zur Einführung der Maßnahmen zur Sicherung der Pflege herrscht in allen Kreisen die Einsicht. Mir ist nicht bekannt, dass hier eine Gruppierung bzw. eine Schicht gegenteiliger Meinung wäre. In den vielen getätigten Aussprachen stellen alle fest, dass dieser Konsens vorhanden ist. Wennschon gibt es unterschiedliche Auffassungen in Bezug auf die Finanzierung. Das ist richtig. Aber auch wir sind bemüht, im Dialog einen Konsens zu finden.

In Bezug auf die Frage, bis wann es soweit sein wird bzw. wann die Landesregierung mit der Einführung der Pflegeversicherung rechnen wird, verweise ich auf das bereits genannte Datum. Zu Beginn des Jahres 2007 soll dieses Gesetz voll wirksam werden.

MAIR (Die Freiheitlichen): Ich nehme diese Antwort zur Kenntnis. Herr Landesrat, Sie haben gesagt, dass allgemein Konsens darüber herrsche, dass die Einführung der Pflegeversicherung aufgrund der Zahlen, die Sie genannt haben, notwendig ist. Ich frage mich natürlich, warum man nicht endlich dessen Realisierung angeht. Seit Jahren wird darüber diskutiert. In der Öffentlichkeit herrscht ganz einfach Konfusion. Man hat irgendwo den Eindruck, dass es immer wieder an den innerparteilichen Reibereien und Schwierigkeiten der Südtiroler Volkspartei gescheitert ist, weil man einfach keine Einigung erzielen konnte. Der Landeshauptmann beispielsweise hat gesagt, dass, wenn sich die Sozialpartner nicht einigen könnten, man es auch lassen könne. Ich glaube ganz einfach, dass diese Verzögerung den Leuten gegenüber unverantwortlich ist. Mit den Wortmeldungen, die in der Vergangenheit von verschiedenen Seiten in der Öffentlichkeit gemacht worden sind, verunsichert man die Leute, statt ihnen konkret zu sagen, was bezüglich der Pflegeversicherung Sache ist.

PRESIDENTE: Passiamo all'interrogazione n. 7/07/05 del 15.6.2005, presentata dai consiglieri Leitner e Mair, riguardante "Centrale della TIWAG a Natorno? – Protesta dei contadini della Val Senales contro il danneggiamento dei pascoli a Vent". Prego di dare lettura dell'interrogazione.

LEITNER (Die Freiheitlichen): Es gibt sie also doch, die Pläne für die Errichtung eines Kraftwerkes seitens der TIWAG, von denen auch Naturns und die Bauern des Schnalstaales betroffen sind. Die Bevölkerung hatte zu Beginn des Jahres offensichtlich mehr Informationen als die Landesregierung, wie der Antwort von Landesrat Laimer auf die Anfrage Nr. 1612/05 vom 11. Jänner 2005 zu entnehmen ist.

Nach den Einwänden der Bürger von Naturns steigen nun die Bauern aus dem Schnalstal auf die Barrikaden, die im Ötztal Weidegründe besitzen. Diese Weideflächen sollen von den Plänen der TIWAG zur Verwirklichung eines großen Projektes

entscheidend betroffen sein. Die Bauern aus Vent, die Hauptbetroffenen der drohenden TIWAG-Ausbaupläne, hatten bereits im Dezember protestiert. Die Landesregierung will zu Jahresbeginn nichts von diesen Plänen gewusst haben, obwohl sie über die SEL ausgezeichnete Kontakte zur TIWAG unterhält.

An die Landesregierung ergehen folgende Fragen:

- Hat die Landesregierung inzwischen von den Kraftwerksplänen der TIWAG Kenntnis?
- Was beinhalten diese Pläne im Detail und inwiefern ist Südtirol (Gemeinde Naturns, Bauern des Schnalstales) davon betroffen?
- Hat die Landesregierung in der Zwischenzeit mit der Gemeinde Naturns bzw. mit der Gemeinde Schnals Kontakt aufgenommen, um die Interessen der Betroffenen zu schützen?
- Ist die SEL an diesen Plänen der TIWAG beteiligt?
- Wenn ja, in welcher Form?

LAIMER (Landesrat für Raumordnung, Natur und Landschaft, Umwelt, Wasser und Energie – SVP): Herr Präsident, werte Damen und Herren! Zur Frage Nr. 1! Mittlerweile haben wir natürlich Kenntnis von diesen Vorschlägen. Ich kann mich jetzt nicht auf Pläne beziehen, weil noch keine Projektunterlagen vorhanden sind. Es handelt sich um einen sogenannten Optionenbericht der TIWAG, also eine Studie, die rein technisch auflistet, welche Möglichkeiten für künftige Standorte der Wassernutzung möglich wären.

Zur Frage Nr. 2 gebe ich Ihnen gerne eine detaillierte Auskunft. Eine dieser Optionen betrifft die eventuelle Wasserkraftnutzung im Ötztal mit dem Bau eines Pumpspeicherkraftwerkes Fischbach-Aschbach und einer Unterstufe Aschbach-Haiming mit anschließendem Schwallausgleichskraftwerk im Tiroler Oberland. Eine Variante dazu ist die Option Nr. 4. Diese sieht vor, mit dem Zubau der Oberstufe Rofenache-Vernagt eine zusätzliche Nutzung durch Beileitung von Wasser aus dem hinteren Ötztal bis zum Timmelbach vorzunehmen. Zentrale Merkmale dieser Wasserkraftnutzung sind der Bau eines Speichers Rofenache, eines weitläufigen Beileitungssystems auf österreichischem Staatsgebiet zum sogenannten Speicher sowie eine Zuleitung zum bestehenden Speicherkraftwerk Vernagt im Schnalstal und die entsprechende Nutzung des Wassers in einer zusätzlichen Unterstufe in Naturns. Es ist etwas kompliziert, aber es handelt sich um eine Hauptidee mit verschiedenen Optionen. Bereits im genannten Optionenbericht wird darauf verwiesen, dass die Option Nr. 4 entfällt, wenn eine der Optionen Nr. 2, 3 oder 5 realisiert wird, da das Wasserdargebot aus dem hinteren Ötztal nicht mehr zur Verfügung stehen würde. Zudem ist für die Umsetzung der genannten Option ein zwischenstaatliches Übereinkommen, also ein Staatsvertrag zwischen Österreich und Italien, notwendig. Die TIWAG hat den Optionenbericht der Nordtiroler Landesverwaltung übermittelt, welche dann die einzelnen Varianten in den nächsten Monaten einer technischen, wirtschaftlichen und ökologi-

schen Überprüfung unterziehen wird. Dafür hat die Tiroler Landesverwaltung eine eigene Expertengruppe eingerichtet. Der Optionenbericht hat den Statuts einer Machbarkeitsstudie. Detaillierte Projekte sind daher erst nach der Überprüfung durch die Nordtiroler Landesregierung auszuarbeiten.

Die SEL ist an diesem Projekt nicht beteiligt. Somit sind die Fragen Nr. 4 und 5 beantwortet. Wir sind bei diesem Vorhaben auf Nordtiroler Seite nicht involviert.

Es stimmt, dass einige Bauern aus dem Schnalstal auf Ötztaler Seite Liegenschaften besitzen bzw. zumindest solche nutzen. Man hat auch gehört, dass sich diese Bauern vehement dagegen wehren. Von der rechtlichen Seite her sage ich, dass die Option Nr. 4 mit der Variante Schnalstal-Naturns nicht möglich ist, und zwar aufgrund einer Naturpark-Bestimmung und der Natura-2000-Bestimmungen, sowie auch politisch nicht realisierbar ist, weil Gemeinden und Land dagegen sind. Es wird somit nicht zu einer Realisierung dieses Projektes kommen. Ich gehe davon aus, dass man nicht einmal in die Projektierungsphase gehen wird, sondern diese Variante in der nun erfolgenden Überprüfung streichen wird.

LEITNER (Die Freiheitlichen): Danke, diese Informationen sind sicherlich wichtig für die Bevölkerung von Naturns. Diese muss darüber in Kenntnis gesetzt werden, was wirklich geplant ist. Ich denke, dass es die Aufgabe der Politik ist, diese hochkomplizierten Dinge, die Sie soeben dargestellt haben, so zu formulieren, dass sie von der Bevölkerung auch verstanden werden. Dann wird es in Zukunft sicher weniger Protest geben. Andernfalls wird es nicht dabei bleiben. Wie gesagt, die Bauern von Vent haben im Jänner mit Protesten angefangen. Danach haben die Bauern des Schnalstals protestiert. Letztes Wochenende haben die Wildwassersportler im Ötztal protestiert und so geht es weiter. Ich habe in den Medienberichten über den letzten Parteitag der ÖVP aus den Worten von Landeshauptmann Van Staa ganz deutlich gehört, dass der Ausbau der Wasserkraft in Nordtirol, also im Bundesland Tirol, ein vordringliches Anliegen ist. Man kolportiert hier eine Summe von insgesamt 1,3 Milliarden Euro. Somit wird hier ein riesiges Projekt angegangen. Für uns ist wichtig zu wissen, inwieweit Südtirol davon betroffen sein könnte. Eines sind die Weidenflächen der Bauern im Ötztal, etwas anderes wäre - was natürlich viel schwerwiegender wäre -, wenn auch die Gemeinde Naturns und die dortige Bevölkerung von solchen Plänen betroffen würden. Deshalb ist es wichtig den Leuten von Anfang an klar zu sagen, was Sache ist. Wir wissen jetzt immerhin mehr als vor einem halben Jahr. Damals wusste die Landesregierung nicht einmal Bescheid darüber. Es erscheint mir ein wenig sonderbar, man verzeihe mir hier den Exkurs! Die Kommunikation zwischen dem Bundesland Tirol und Südtirol ist nicht immer so, wie man sie in Sonntagsreden darstellt. Das gilt nicht nur für die Ehrenzeichen, sondern auch für die Strompolitik.

PRESIDENTE: Passiamo all'**interrogazione n. 9/07/05** del 15.06.2005, presentata dai consiglieri Leitner e Mair, riguardante il turismo – pernottamenti. Prego di dare lettura dell'interrogazione.

LEITNER (Die Freiheitlichen): Die Nächtigungszahlen der Südtiroler Tourismusbetriebe werden monatlich dem Landesinstitut für Statistik (ASTAT) gemeldet. Die Sammlung des Datenmaterials bildet die Grundlage für die Erarbeitung neuer Strategien bezüglich Werbung und anderer Felder. Rasches Reagieren ist heute immer stärker gefragt, weshalb die Handhabung dieser Daten ein wesentliches Steuerungselement im Tourismus darstellen. Umso unverständlicher ist jedoch der Umstand, dass das entsprechende Zahlenmaterial vom ASTAT relativ spät veröffentlicht wird.

An die Landesregierung werden folgende Fragen gerichtet:

- Innerhalb welchem Zeitrahmen muss das Landesinstitut für Statistik die Nächtigungszahlen veröffentlichen?
- Stimmt es, dass die Zahlen vom April d.J. immer noch nicht veröffentlicht wurden?
- Gedenkt die Landesregierung die Verantwortlichen anzuweisen, die Zahlen schneller zu veröffentlichen, damit dieses Steuerungselement seine Wirkung erzielt?

DURNWALDER (Landeshauptmann – SVP): Sehr verehrter Herr Präsident, verehrte Damen und Herren! Zunächst einmal möchte ich Kollegen Leitner und Frau Kollegin Mair recht herzlich danken, dass sie diese Anfrage gestellt haben. Damit wird mir die Gelegenheit geboten, mich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des ASTAT zu bedanken. Ich möchte ihnen zur ihrer Arbeit, die sie leisten, gratulieren, und zwar deshalb, weil sie in diesem Bereich wirklich beispielhaft arbeiten. Verglichen mit den Institutionen in ganz Europa, veröffentlicht das ASTAT die Daten wirklich am schnellsten. Auch das muss einmal gesagt werden.

Nun aber zu Ihrer Anfrage! Das ASTAT veröffentlicht monatlich, in diesem Fall zu Monatsende, die vorläufigen Fremdenverkehrsdaten des Vormonats. So sind beispielsweise Ende Mai die vorläufigen Ergebnisse für April erschienen. Man muss also das darauffolgende Monat abwarten. Vorher kann man die Daten beim besten Willen nicht veröffentlichen! Am Ende des Monats werden also die vorläufigen Daten sofort veröffentlicht. Es kann natürlich sein, dass im einen oder anderen Fall eine Zahl erst später einlangt. Infolgedessen können die Daten noch nicht als endgültig bezeichnet werden, weil von vorne herein eine Korrektur möglich sein muss.

Mitte des darauffolgenden Monats werden dann die endgültigen Daten veröffentlicht. Somit erscheinen Mitte Juni die endgültigen Daten über den Monat April. Ich wiederhole, dass Ende des darauffolgenden Monats die provisorischen Daten und 14 Tage danach die endgültigen Daten veröffentlicht werden. Die Daten werden nicht immer in einer Pressekonferenz vorgestellt. Sie werden veröffentlicht und

können auch in der jeweiligen Homepage abgerufen werden. So hat jeder die Möglichkeit des Zugangs zu den Daten. Meist wird eine Pressekonferenz nur am Ende einer Periode abgehalten, damit man die Entwicklung der jeweiligen Monate feststellen kann. Erst dann können die betreffenden Daten kommentiert werden. Ich glaube, dass es schneller wirklich nicht geht. Ohne überheblich zu sein, kann ich behaupten, dass wir, was die Bereitstellung von Statistiken anbelangt, sicher die schnellsten in allen umliegenden Gebieten sind. Deswegen sollte man den zuständigen Beamten dafür danken!

LEITNER (Die Freiheitlichen): Unsere Anfrage war sicherlich keine Kritik an den Beamten des Statistikinstitutes. Es freut mich, wenn die Beamten dort so fleißig arbeiten. Es ist offensichtlich so - obwohl Ostern schon Ende März war -, dass es heuer einen Einbruch mit den Zahlen in bestimmten Gebieten, was den Ostertourismus anbelangt, gegeben hat ist. Es handelt sich doch immerhin um einen Drahtmesser der Südtiroler Tourismuswirtschaft. Einige Tourismustreibende haben diese Zahlen offensichtlich nicht bekommen. Aufgrund dieses Wunsches haben wir die vorliegende Anfrage, welche am 15. Juni eingereicht wurde, gemacht. Der Landeshauptmann hat uns soeben mitgeteilt, dass die offiziellen Daten Mitte des Monats zur Verfügung standen. Wir bekommen als Abgeordnete immer die Publikationen des ASTAT. Es werden hier sehr, sehr viele gemacht, welche sicherlich interessant sind. Die Statistik ist ja eine Wissenschaft für sich und die Grundvoraussetzung dafür, dass man bestimmte Dinge gerade in der Wirtschaft planen kann. Hier geht es einfach um schnelles Handeln. Es freut mich, wenn es so ist, wie der Landeshauptmann gesagt hat. Offensichtlich wurden die Zahlen der Öffentlichkeit nicht vorgestellt, sondern nur über die Homepage des ASTAT zur Verfügung gestellt. Einige Leute wollten offensichtlich die Daten ein bisschen schneller wissen.

PRESIDENTE: Passiamo all'interrogazione n. 10/07/05 del 16.6.2005, presentata dai consiglieri Mair e Leitner, riguardante l'Alps Coliseum. Prego di dare lettura dell'interrogazione.

MAIR (Die Freiheitlichen): Bezugnehmend auf die Anfrage Nr. 19 zur aktuellen Fragestunde im Monat Juni 2005 wurden uns mittlerweile Informationen zugetragen, dass nach der Schließung des Alps Coliseums in Neumarkt auf diesem Gelände ein Einkaufszentrum entstehen soll.

Dazu werden an die Landesregierung folgende Fragen gerichtet:

- Sind der Landesregierung diese Gerüchte bzw. entsprechende Pläne bekannt?
- Wenn ja, wer sind die Betreiber bzw. Planer und in welchem Zeitrahmen soll das Projekt verwirklicht werden?

- Wie steht die Landesregierung zur möglichen Errichtung eines Einkaufszentrums auf diesem Gelände?

DURNWALDER (Landeshauptmann – SVP): Sehr verehrter Herr Präsident, verehrte Damen und Herren! Der Reitstall des Alps Coliseums befindet sich im landwirtschaftlichen Grün, die Reithalle in der Sportzone. Dort besteht eine Konvention zwischen dem Eigentümer und der Gemeinde Neumarkt. Es ist so, dass aufgrund der heutigen Gesetzgebung überhaupt keine Möglichkeit besteht, ein Einkaufszentrum zu errichten. Einkaufszentren mit einer Fläche von mehr als 500 m² können nur in Gemeinden mit über 10.000 Einwohnern errichtet werden. Außerdem ist die Errichtung eines Einkaufszentrums im landwirtschaftlichen Grün nicht möglich. Es ist auch ausgeschlossen, in der Sportzone ein Einkaufszentrum zu errichten. Deshalb erübrigt sich jede Spekulation. Wir haben auch keine wie immer geartete Absicht, die gesetzlichen Bestimmungen abzuändern.

MAIR (Die Freiheitlichen): Ich verzichte auf die Replik.

PRESIDENTE: Passiamo all'interrogazione n. 11/07/05 del 16.6.2005, presentata dai consiglieri Dello Sbarba, Heiss e Kury, riguardante "inceneritore di Bolzano: Aumento dei costi, aumento anche delle tariffe?". Prego di dare lettura dell'interrogazione.

DELLO SBARBA (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda): La Giunta provinciale ha portato la spesa prevista per il nuovo inceneritore di Bolzano da 71,1 a 98,4 milioni di euro. Il 2° aggiornamento del "Piano di gestione dei rifiuti 2000" fissa come obiettivo non una riduzione, ma una crescita del 2% all'anno dei rifiuti. La positiva esperienza di alcuni comuni del Sudtirolo, come Brunico, dimostra però che con politiche adeguate si possano superare gli obiettivi posti e ottenere una riduzione dei rifiuti. Se 100 milioni di euro venissero investiti per una politica straordinaria di riduzione e raccolta differenziata, si potrebbero raggiungere risultati ecologicamente e economicamente migliori. Anche in Trentino sulla scelta dell'incenerimento è stata avviato di recente un ripensamento profondo.

Ciò considerato, si chiede alla giunta provinciale:

- Se, con l'aumento di quasi il 40% dei costi di costruzione dell'inceneritore, ritenga possibile mantenere anche per il nuovo impianto le tariffe - per ogni chilo di rifiuti conferiti - attualmente praticate da Ecocenter, secondo l'aspettativa dei comuni, oppure se prevede che sarà necessario aumentarle e, in caso affermativo, di quanto.
- Se non ritenga opportuna una pausa di riflessione per verificare se, con una più rigorosa politica di riduzione, raccolta e recupero, si possa portare in tempi ragionevoli la quantità di rifiuti residui a quote via via decrescenti, da

smaltire con metodi ecologicamente e economicamente più sostenibili di un nuovo costoso inceneritore.

LAIMER (Landesrat für Raumordnung, Natur und Landschaft, Umwelt, Wasser und Energie – SVP): Die Kosten für den Verbrennungsofen – man sollte richtigerweise von einer thermischen Restmüllverwertungsanlage sprechen – sind deutlich erhöht worden. Die Gründe dafür liegen zum Teil in neuen Auflagen der Umweltverträglichkeitsprüfung. Sie sind aber auch auf Forderungen von Seiten der Gemeinde Bozen zurückzuführen, die bestimmte Auflagen eingefordert hat. Nicht unerheblich ist auch die dramatische Erhöhung des Stahlpreises. Allein die Stahlpreiserhöhung verursacht Mehrkosten von sage und schreibe 15 Millionen Euro.

Dass man im Trentino über andere Möglichkeiten nachdenkt, ist eine schöne Umschreibung der Tatsache, dass man politisch nicht imstande ist, einen Standort zu finden. Im Trentino hätte man schon längst gerne einen Verbrennungsofen gebaut, aber man schafft es nicht, einen Standort zu finden. Dies nur zur Erklärung dieser recht interessanten Umschreibung, die Sie hier gewählt haben.

Sie haben von Bruneck gesprochen. Dort hat man bisher sehr gut gearbeitet und hat die Restmüllverwertungsfraktionen erhöht, und zwar durch eine getrennte Sammlung des Biomülls oder anderer Elemente wie Glas, Holz, Metall, Papier, Plastik. Dadurch ist es gelungen, diesen Anteil in der Menge und im Gewicht deutlich zu erhöhen. Dennoch ist es zu einer Erhöhung des Restmülls gekommen. Der Restmüll hat in den letzten Jahren stetig zugenommen, und zwar im Schnitt um vier Prozent auf Landesebene. Wir gehen bei der Berechnung des Verbrennungsofens aber nicht von diesen vier Prozent aus, denn dann wäre er zu klein, sondern von zwei Prozent, damit er in dieser längerfristigen Perspektive auch die Kapazitäten hat, diese Müllmengen aufzunehmen. Zwei Prozent bedeuten, dass wir den Zuwachs der letzten Jahre halbieren müssen. Das ist machbar, vor allem dann, wenn auch Bozen mit fast 100.000 Einwohnern endlich auf das Verursacherprinzip umsteigen und die getrennte Biomüllsammlung einführen würde. Dann wäre es sicher möglich, diese zwei Prozent zu erreichen. Im Vergleich zu anderen Ländern ist das nur sehr wenig, denn dort spricht man von 7, 8, 9 und 10 Prozent im Jahr. Wir haben aufgrund der recht langen Tradition des Sensibilisierens in den Schulen und durch die Kultur, mit diesem Bereich umzugehen, erreicht, dass man bewusster einkauft, wieder verwertet und wieder verwendet. Es gibt eine Fülle von kleinen Aktionen und Schulprojekte, die es ermöglichen, diesen Bereich in den Griff zu bekommen. Deshalb wundert mich die Frage 2. Wenn wir wollen, dass der neue Ofen rechtzeitig fertig ist, dann ist es höchste Zeit, mit der Umsetzungsphase zu beginnen. Das Siegerprojekt steht fest, auch die UVP, und jetzt braucht es noch die Ausschreibung und die Realisierung der Arbeiten. Der neue Ofen soll dann im Jahr 2009, spätestens im Jahr 2010 in Betrieb gehen. Dann würde der derzeitige Ofen in seiner Funktion auslaufen, denn es wären so viele Investitionen für die Instandhaltung notwendig, dass er sich nicht mehr rechnen würde. Wir gehen

davon aus, dass wir trotz der erhöhten Kosten aufgrund der höheren Strom- und Wärmeproduktion die Kosten für den Verursacher nicht anheben müssen. Ich hoffe, dass uns das gelingen wird.

DELLO SBARBA (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda):

L'ultima parte della Sua risposta mi tranquillizza solo in parte, perché è abbastanza generica. Voi avevate fatto il calcolo di mantenere sostanzialmente le tariffe di conferimento per i comuni al livello attuale che mi pare sia 185 lire per kg. – lo esprimo in lire perché era il vecchio costo praticato dall'Eco Center – nella previsione era stato calcolato anche il risparmio energetico dato dal nuovo inceneritore ecc. Ci potrebbe essere la preoccupazione fondata che aumentando del 40% i costi di costruzione dell'impianto e confluendo i costi d'ammortamento per quasi la metà nella tariffa per kg di conferimento che i comuni pagano all'inceneritore, il nuovo inceneritore non riuscirà a praticare le stesse tariffe e ci sarà un aumento dei costi per i comuni, che gli stessi scaricheranno sui cittadini. Per questo abbiamo chiesto una pausa di riflessione, 100 milioni di euro sono una grossa somma, il Sudtirolo non è la Campania, non ha un'emergenza rifiuti. Il Sudtirolo ha una grande tradizione di risparmio delle risorse naturali e quindi potrebbe mettersi a fianco di altre regioni e città italiane che hanno raggiunto positivi risultati nel campo della raccolta differenziata.

Quello che Lei dice sul Trentino, assessore, è esatto solo in parte. In realtà la nuova amministrazione del comune di Trento, ho qui l'intervista al nuovo assessore Pompermaier dei Verdi, si pone la meta del 50% di raccolta differenziata entro quest'anno e del 70% nel 2006. Naturalmente è un obiettivo ambizioso, ma lo scopo è quello di evitare la costruzione dell'inceneritore. Con 100 milioni di euro il Sudtirolo potrebbe risparmiarsi un inceneritore e potrebbe investire questi denari per un recupero di quelle risorse che oggi rischiamo di incenerire chiamandoli semplicemente rifiuti.

Ricordo anche che comunque un inceneritore ce l'abbiamo, di potenza più ridotta, e potrebbe aiutarci a gestire la fase di transizione. Di fronte all'aumento dei costi e alla nuova situazione sarebbe giustificata una verifica delle possibilità di rivedere le previsioni del piano gestione rifiuti, prevedendo una diminuzione progressiva dei rifiuti prodotti all'anno e non un aumento, anche se del 2%, e in questo modo fare una scelta economicamente migliore e più compatibile.

PRESIDENTE: Passiamo all'interrogazione n. 12/07/05 del 16.6.2005, presentata dai consiglieri Heiss, Dello Sbarba e Kury, riguardante "Il Comune di Fortezza è destinato a diventare la discarica della provincia?". Prego di dare lettura dell'interrogazione.

HEISS (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda): Nach jahrelangen Prozessen, enormen Erschließungskosten und einem mehrjährigen Moratorium

hat die Südtiroler Landesregierung das Projekt einer Mülldeponie in der Sachsenklemme wieder neu aufgerollt. Die neue Variante dieses Großprojekts soll rund 650.000 m³ umfassen, hierzu hat der UVP-Beirat am 1. Juni 2005 positives Gutachten erteilt. Die geplante Anlage soll angeblich vor allem Verbrennungsrückstände aus der künftigen Bozner Müllverbrennungsofen aufnehmen und eine unbestimmte Betriebsdauer aufweisen. Mit der neuen Entscheidung für die Sachsenklemme belastet die Landesregierung eine der strukturschwächsten, durch den Verkehr und seine Kollateralschäden stark betroffenen Gemeinden des Landes zusätzlich und weist ihr die Rolle eines Entsorgungsparks zu. Zudem wird der LKW-Transport der Schlacken das Verkehrsvolumen entlang der Brennerstrecke erhöhen, wenn keine leistungsfähige Bahnlogistik aufgebaut wird.

Daher wird um die Beantwortung folgender Fragen ersucht:

- Warum ist die Wahl für eine Bezirksmülldeponie neuerdings auf die Sachsenklemme gefallen, obwohl Geologie und Gelände erhebliche Probleme bereiten?
- Welche Beträge wurden bisher für die Projektierung und Erschließung aufgewendet?
- Welches Einzugsgebiet, welche Typologie von Abfällen und Rückständen sollte die Deponie aufnehmen?

LAIMER (Landesrat für Raumordnung, Natur und Landschaft, Umwelt, Wasser und Energie – SVP): Zunächst muss ich auf die Prämissen Ihrer Anfrage eingehen, wo Sie fragen, ob die Landesregierung das Projekt einer Mülldeponie in der Sachsenklemme wieder neu aufgerollt hat. Das entspricht nicht der Wahrheit, denn das Projekt stammt von der Bezirksgemeinschaften Eisacktal und Wipptal. Es ist Aufgabe der Landesverwaltung, die eingereichten Projekte zu bewerten. Es handelt sich also nicht um ein Projekt der Landesverwaltung, sondern um ein Projekt der Bezirksgemeinschaften Eisacktal und Wipptal. Die Studie zur UVP ist auch von diesen beiden Bezirksgemeinschaften in Auftrag gegeben worden und dann, so wie vom Gesetz vorgesehen, von den entsprechenden Gremien bewertet und begutachtet worden.

Insgesamt wurden 20 Standorte untersucht. Dabei wurde nicht nur die Geologie, sondern auch andere Indikatoren wie zum Beispiel Verbrennung, Verkehrsaufkommen, Lärm, Flora und Fauna usw. überprüft. Auch soll gesagt werden, dass man aufgrund der bereits ausgeführten Schutzmaßnahmen baulicher Natur, die auch zum Schutz der Eisenbahn und der Autobahn dienen, die Problematik der geologischen Gefahr schon einigermaßen gelöst hat.

Zu den Kosten. Bis heute wurden für Planungsspesen 1.223.877 Euro ausgegeben, inklusive Umweltverträglichkeitsstudie, geologische, diagnostische und hydrogeologische Studien sowie Beträge an Freiberufler während der Planung und Bau-

ausführung. Weitere 826.628 Euro wurden für die Erschließung des Geländes ausgegeben.

Durch die zweite Fortschreibung des Abfallkonzeptes wurden nicht nur die Einzugsgebiete der Anlagen, sondern auch die Strategie zur Abfallentsorgung festgelegt. Diese sieht vor, dass die durch die Verbrennung von Hausmüll anfallenden Schlacken in Deponien für nicht gefährliche Abfälle, darunter auch jene im Wipptal, eingelagert werden. Diese Deponie ist also keine Hausmüll- und schon gar nicht eine Restmülldeponie, sondern ist eine Schlackendeponie. Schlacken können mit einem relativ geringen Verkehrsaufwand transportiert werden. Sie sind ein Restprodukt der Verbrennung und können mit Lkw und vielleicht auch mit dem Zug in diese Deponie gebracht werden.

HEISS (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda): Danke für die Antwort. Natürlich ist es nicht primär Zuständigkeit des Landes, aber das Land hat doch einen erheblichen Einfluss auf die Entscheidungsbildung der beiden Bezirksgemeinschaften gewonnen. Aus unserer Sicht ist es doch fragwürdig, warum nicht versucht wird, das Hinterland der bisherigen Deponie, etwas das Riggertal, stärker in Anspruch zu nehmen. Diese Entscheidung ist offenbar nicht gewünscht.

Die Grundfrage, die wir gestellt haben, richtet sich darauf, welches Einzugsgebiet diese Deponie umfasst. Darauf haben Sie eher ausweichend geantwortet, aber ich nehme doch an, dass das ganze Einzugsgebiet unserer Provinz gemeint ist. Ich denke, dass doch erhebliche Verkehrsbelastungen auftreten können, vor allem dann, wenn der Verbrennungsofen von Bozen mit ins Spiel kommt. Hier wird es ein erhebliches Maß an Lkw-Transporten geben. Unserer Meinung nach ist es nach wie vor eine problematische Standortwahl. Wir kennen die Leidensgeschichte der Sachsenklemme. Auch andere Kollegen haben sich bereits eingehend damit befasst. Wir kennen auch die Unsicherheit, die das Gelände bietet. Wir haben die Muren der vergangenen Jahre, etwa auch jene im Jahr 1998, noch deutlich in Erinnerung. Die Zusicherungen, die seitens der Techniker gegeben worden sind, sind sehr unzureichend. Deshalb ist das eine sehr dubiose Wahl, die sich auch in der Kostenintensität der geplanten Anlage niederschlagen wird. Das muss sehr sorgfältig beobachtet werden und allenfalls auch mit rechtlichen Schritten nicht nur seitens der Gemeinden, sondern auch seitens der Betroffenen und der Verbände beantwortet werden.

PRESIDENTE: Passiamo all'interrogazione n. 13/07/05 del 21.06.2005, presentata dai consiglieri Kury, Dello Sbarba e Heiss, riguardante il rilevamento dei gruppi linguistici. Prego di dare lettura dell'interrogazione.

KURY (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda): Am 13.6.2005 ist bekanntlich die neue Durchführungsbestimmung zur Sprachgruppenerhebung im Gesetzesanzeiger der Republik veröffentlicht worden. Gemäß Artikel 3

Absatz 5 sind den Gemeinden zwei wichtige Verpflichtungen auferlegt. Einmal haben sie den Gesetzestext für den Zeitraum von fünf Monaten an den eigenen Amtstafeln auszuhängen und somit vollinhaltlich einsehbar zu machen; sie haben außerdem die Pflicht, die Bürger durch geeignete Kommunikationsmittel über die Rechte, welche diese aufgrund der Übergangsbestimmung in den nächsten fünf Monaten ausüben können, eingehend zu informieren.

Was gedenken die Landesregierung und – insbesondere – der Landeshauptmann zu unternehmen, um die Gemeinden rechtzeitig von diesen gesetzlichen Verpflichtungen zu unterrichten und darüber zu wachen, dass diese auch rechtzeitig und umfassend eingehalten bzw. effektiv umgesetzt werden?

DURNWALDER (Landeshauptmann – SVP): Sehr verehrter Herr Präsident, verehrte Damen und Herren! Die Durchführungsbestimmung Nr. 99 vom 23. Mai 2005, veröffentlicht im Gesetzesanzeiger der Region vom 16.6.2005, tritt am 1. Juli 2005 in Kraft. Die Gemeinden werden sowohl seitens des Landes, als auch seitens des Gemeindenverbandes entsprechende Anweisungen erhalten, wie die neuen Durchführungsbestimmungen anzuwenden sind. Aufgrund der weitgehenden Zuständigkeit des Staates bei statistischen Erhebungen und Volkszählungen wird eine Absprache mit dem Regierungskommissariat wohl sinnvoll und notwendig sein. Der Regierungskommissar wird auch selbst entsprechende Rundschreiben verfassen und die staatlichen Organe und die zuständigen Beamten entsprechend informieren. Die Gemeinden werden das Dekret sicher nicht nur an der Amtstafel anschlagen, sondern sie haben auch entsprechende Amts- und Gemeindeblätter und werden also auch in diesen entsprechende Informationen und Mitteilungen erteilen. Außerdem werden die Parteien entsprechende Informationen geben, damit die Bürger Bescheid wissen. Natürlich werden auch wir von Seiten des Landes die notwendigen Informationen durch die Medien bekannt geben, damit jeder einzelne Bürger weiß, was er tun kann bzw. muss, wenn er die gesetzlichen Bestimmungen einhalten will.

KURY (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda): Ich bedanke mich bei dem Landeshauptmann dafür, dass hier wirklich alles getan wird, um die Bürger zu informieren. Ab dem 1. Juli können sich die Bürger dann ja für fünf Monate ab- bzw. ummelden. Deshalb scheint es mir wesentlich zu sein, dass die Bürger über ihre Rechte informiert werden. Danke!

PRESIDENTE: Passiamo all'interrogazione n. 14/07/05 del 21.65.2005, presentata dai consiglieri Kury, Dello Sbarba e Heiss, riguardante il rilevamento dei gruppi linguistici – che fine hanno fatto le vecchie buste e i vecchi dati personali? Prego di dare lettura dell'interrogazione.

KURY (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda): Nach Inkraft-Treten der neuen Durchführungsbestimmung zur Sprachgruppenerhebung stellt sich die Frage, was mit den namentlichen Zugehörigkeitserklärungen aus den Volkszählungen von 1981 und 1991 geschehen ist. Diese – insgesamt ca. 800.000 Briefumschläge – haben bekanntlich an Gültigkeit verloren. Es hat aber nie eine amtliche Mitteilung über deren Vernichtung bzw. Weiterverwahrung gegeben.

Welche Informationen haben die Landesregierung und, insbesondere, der Landeshauptmann, auch aufgrund der ihm in Volkszählungs- und Statistikfragen ausdrücklich zugedachten Überwachungs- und Garantiefunktion, bezüglich des Verbleibs dieser Umschläge bzw. Personendaten, ihrer eventuellen Weiterverwahrung oder aber ihrer Vernichtung und des dabei angewandten Verfahrens?

DURNWALDER (Landeshauptmann – SVP): Sehr verehrter Herr Präsident, verehrte Damen und Herren! Die Fragen, die in dieser Anfrage gestellt werden, sind nicht so leicht zu beantworten. Tatsache ist, dass die Sprachgruppenzugehörigkeitserklärungen im Jahr 1981 bei den Gemeinden abgegeben werden mussten. Wir haben entsprechende Erhebungen durchgeführt, die noch nicht abgeschlossen sind, aber die Gemeinden, die uns geantwortet haben, haben uns mitgeteilt, dass die betreffenden Daten nach der zweiten Volkgruppenerhebung im Jahr 1991 vernichtet worden sind. Es gibt auch einige Gemeinden, von denen wir noch keine Antwort erhalten haben, und die uns aber gesagt haben, dass sie geglaubt hätten, dass man diese Daten nicht vernichten dürfe. Deshalb haben wir die Rechtsämter beauftragt, mit den zuständigen Stellen in Rom abzuklären, ob wir den Auftrag für die Vernichtung dieser Daten erteilen können. Wie gesagt, sie sind zum Großteil vernichtet worden, aber es gibt noch einige Gemeinden, von denen wir keine diesbezügliche Bestätigung erhalten haben.

Die Sprachgruppenzugehörigkeitserklärungen im Jahr 1991 sind bei Gericht hinterlegt worden. Deshalb werden die Gerichte entscheiden müssen, ob die Daten vernichtet werden dürfen oder nicht. Wir haben noch keine entsprechende Mitteilung von Seiten der Gerichte bekommen. Auf jeden Fall glaube ich, dass Sie Recht haben, wenn Sie sagen, dass diese Frage endlich zu klären ist. Bevor ich den Auftrag erteile, die eventuell noch vorhandenen Daten zu vernichten, möchte ich ein entsprechendes Rechtsgutachten habe. Daraufhin werde ich dann die entsprechenden Anweisungen erteilen.

KURY (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda): Danke, Herr Landeshauptmann! Also, die Daten der Volksgruppenerhebung aus dem Jahr 1981 sind zum Großteil vernichtet worden.

DURNWALDER (SVP): *(unterbricht)*

KURY (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda): Ja, aber der Großteil der Daten ist vernichtet worden. Bleibt die Frage, was mit den Daten der Volksgruppenerhebung aus dem Jahr 1991 geschieht. Diese sind ja bei Gericht, und hier waschen Sie sich Ihre Hände in Unschuld. Ich denke, dass es in Zusammenhang mit dem Verfahren auf EU-Ebene wesentlich ist, dass wir hier nicht überflüssige Daten für die Zukunft aufbewahren. Deshalb ist es wohl unser aller Interesse, dass alle Daten, die bis zum Jahr 2001 eingeholt worden sind, vernichtet werden.

DURNWALDER (SVP): *(unterbricht)*

KURY (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda): Vielleicht können Sie mich informieren, wenn Sie dieses Rechtsgutachten haben, denn die Sache interessiert mich schon. Danke!

PRESIDENTE: Passiamo all'interrogazione n. 15/07/05 del 21.6.2005, presentata dai consiglieri Kury, Dello Sbarba e Heiss, riguardante la vendita di due particelle fondiarie di proprietà della Provincia all'ing. Siegfried Unterberger. Prego di dare lettura dell'interrogazione.

KURY (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda): Am 06.06.2005 hat die Landesregierung mit Beschluss Nr. 1938 den Verkauf der G.P. 915/3 und 915/4 in E.Z. – K.G. Burgstall an Dr. Ing. Siegfried Unterberger ermächtigt. Der Verkaufspreis beträgt 30.000 Euro (Euro 25 x 1200 m²). Diese beiden Parzellen sind kurz vorher mit Dekret des Landeshauptmannes vom 14.03.2005 aus dem öffentlichen Wassergut im Bereich des Sinichbaches, K.G. Burgstall ausgegliedert worden, obwohl ein negatives Gutachten des Amtes für Landschaftsökologie vorlag. Fragen:

- Welche Gründe haben dazu bewogen, die Parzellen aus dem öffentlichen Wassergut auszugliedern?
- Warum ist das negative Gutachten des Amtes für Landschaftsökologie missachtet worden? Welche übergeordneten Interessen lagen vor?
- Warum hat das Land diese beiden Parzellen nicht für die „Wiederherstellung der natürlichen Vegetation in Streifen unmittelbar entlang der Oberflächengewässer“ genutzt, wie der Artikel 48 des Landesgesetzes Nr. 8/2002 „Bestimmungen über die Gewässer“ vorsieht?
- Gedenkt das Land, dort und in der unmittelbaren Umgebung eine Gewerbezone von Landesinteresse auszuweisen?

DURNWALDER (Landeshauptmann – SVP): Sehr verehrter Herr Präsident, verehrte Damen und Herren! Es ist nicht so, dass irgendeine freie Grundparzelle vorhanden wäre, die für irgendeinen Zweck verwendet werden könnte. Es handelt sich

um ein altes, früheres Wassergut, das bereits seit mehr als fünfzehn Jahren landwirtschaftlich genutzt wird. Es ist also nicht ein unproduktiver Grund, der für den Naturschutz verwendet werden könnte. Es ist auf beiden Seiten von Grundstücken umgeben, die dem früheren Eigentümer und jetzt dem neuen Eigentümer gehören. Der frühere Eigentümer hat diese Grundstücke bepflanzt und bewirtschaftet, ohne dafür etwas zu bezahlen. Um ja nicht den Eindruck zu vermitteln, dass irgendjemand Grundstücke des Landes benutzt, ohne dafür zu bezahlen, haben wir gefordert, dass Ing. Unterberger diesen Grund kaufen muss. Wir haben den Grund vom Schätzamt schätzen lassen und Ing. Unterberger hat für diesen Grund zahlen müssen, obwohl der bisherige Eigentümer das nicht getan hat.

Dieser Grund ist kein Biotop und auch kein landschaftlich besonders interessantes Territorium. Es handelt sich um eine Obstwiese, die nicht unter die von Ihnen zitierten Bestimmungen fällt. Die Fläche ist mehr als zehn Meter vom Fluss entfernt und fällt deshalb nicht mehr unter die entsprechenden Bestimmungen. Die diesbezüglichen Rechtsgutachten sind jederzeit einsehbar.

Kollegin Kury, es handelt sich bei besagter Fläche um einen Grund, durch den das Abwasser der Kläranlage von Meran durchfließt. Außerdem liegt dort auch der Ausfluss der Kläranlage für die Einmündung in den Fluss und auch andere Rohre führen dort vorbei. Deshalb könnte dort niemals etwas gebaut werden. Auf jeden Fall machen nicht wir die entsprechende Ausweisung, sondern wenn schon müsste die Gemeinde in dieser Zone irgendetwas ausweisen. Von unserer Seite gibt es diesbezüglich kein Programm.

KURY (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda): Ich bedanke mich beim Landeshauptmann für die Antwort. Wenn ich ihn richtig verstanden habe, so besteht von Seiten der Landesregierung keine Absicht, in nächster Zeit dort eine Gewerbezone von Landesinteresse auszuweisen.

DURNWALDER (SVP): *(unterbricht)*

KURY (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda): Danke für die Präzisierung. Ich sehe hier nur eine Analogie zu dem Gewerbestück, das ein bisschen nördlicher liegt. Im Norden wurde die Gewerbezone "Sandhof" von Amts wegen ausgewiesen. In der Zwischenparzelle liegt die Kläranlage, und deshalb möchte ich fragen, ob dieses Stück südlich der Kläranlage bis zur nächsten Gewerbezone weiterhin landwirtschaftliches Grün bleibt. Wir plädieren dafür!

DURNWALDER (SVP): *(unterbricht)*

KURY (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda): Das freut uns. Wir sind der Meinung, dass dieser Teil landwirtschaftliches Grün bleiben sollte.

Ich habe in meiner Anfrage darauf hingewiesen, dass das Amt für Landschaftsökologie bezüglich der Ausklammerung dieses Grundes ein negatives Gutachten abgegeben hat. Es stimmt, dass ein Teil der beiden Parzellen landwirtschaftlich genutzt wird. Im Normalfall werden diese negativen Gutachten ...

DURNWALDER (SVP): *(unterbricht)*

KURY (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda): Herr Präsident, ich ersuche Sie, mir noch ein bisschen Zeit für meine Replik einzuräumen, denn der Landeshauptmann hat doch einen Teil der mir zur Verfügung stehenden Zeit in Anspruch genommen.

Wie gesagt, die Gutachten des Amtes für Landschaftsökologie werden normalerweise schon respektiert. Der Landeshauptmann hat zwar gesagt, dass ein Teil der Fläche landwirtschaftlich genutzt sei, aber es handelt sich um Parzellen des öffentlichen Wassergutes! Deshalb ist das illegal! Ich kenne x Fälle von illegal genutzten Parzellen des öffentlichen Wassergutes. Da werden wir auf jeden Fall noch ein bisschen nachhaken.

PRESIDENTE: Passiamo all'interrogazione n. 8/07/05 del 15.6.2005, presentata dai consiglieri Mair e Leitner, riguardante lo sportello contro la discriminazione. Prego di dare lettura dell'interrogazione.

MAIR (Die Freiheitlichen): Aufgrund der rasant steigenden Anzahl an Einwanderern und den damit einhergehenden Familienzusammenführungen, hat die Landesregierung eine Beobachtungsstelle zur Einwanderung eingerichtet. Die Beobachtungsstelle hat laut Landesregierung in erster Linie die Aufgabe, das Angebot an Diensten den Bedürfnissen der ausländischen Benutzer anzupassen, aber auch jene, um Informationen zur Entwicklung der Einwanderung zu überprüfen und die durchgeführten Maßnahmen stets zu überwachen. So weit, so gut. Jetzt habe ich gelesen, dass auch eine Antidiskriminierungsstelle unter dem Motto: „Bist du Opfer oder Zeuge einer Diskriminierung?“ eingerichtet wurde, die bis dato der Öffentlichkeit aber noch nicht näher vorgestellt worden ist.

Daher ergehen an die Südtiroler Landesregierung folgende Fragen:

- Ist die Antidiskriminierungsstelle bei der Landesbeobachtungsstelle für Einwanderung untergebracht?
- Wer kontrolliert die Anrufe unter der Grünen Nummer und wer entscheidet, ob es sich um tatsächliche Diskriminierungen handelt oder nicht?
- Können sich auch Südtiroler Bürgerinnen und Bürger an diese Stelle wenden, die mit Ausländern Probleme haben, die z.B. angepöbelt oder beschimpft werden?

GNECCHI (Assessora alla scuola italiana, al lavoro, alla formazione professionale italiana nonché all'innovazione, ricerca e cooperative – Insieme a Sinistra – Pace e diritti/Gemeinsam Links – Frieden und Gerechtigkeit): Questo centro di tutela contro le discriminazioni è uno dei tre assi di intervento, ricerca e monitoraggio dell'osservatorio provinciale sulle immigrazioni. Peraltro agli articoli 43 e 44 del decreto legislativo 286 del 1998, che è ritenuto il Testo unico per l'immigrazione, testualmente è proprio il "Testo Unico delle disposizioni concernenti la disciplina dell'immigrazione e norme sulla condizione dello straniero", prevede esplicitamente che si attivino a livello regionale, quindi per noi provincia autonoma, dei centri che diano informazione e tutela legate alle possibili discriminazioni. Naturalmente ci auguriamo che possa essere un numero verde che non deve mai essere utilizzato, perché ognuno di noi si augura che non accadano discriminazioni legate al proprio essere straniero, quindi è stato attivato come in tante altre situazioni e le telefonate sono raccolte e controllate dagli operatori del servizio dell'osservatorio, che sono il dott. Matthias Oberbacher, la dottoressa Karin Giroto, il dott. Rainer Girardi e un docente legato all'immigrazione a cui vengono segnalate le situazioni, il dott. Udo Enwereuzor, Coordinatore del National Focal Point della Rete RAXEN.

Noi speriamo che non debba essere utilizzato, però ci rendiamo conto che spesso basta anche ascoltare e dare anche delle informazioni per riuscire a spiegare anche come culture diverse a confronto possano cadere in atteggiamenti di difficoltà e di poca accoglienza.

Iniziative di questo genere credo vadano proprio nella direzione nell'aiutare a capire culture diverse, la cultura del posto in cui si arriva e anche per noi la cultura di chi viene in questa provincia. Sappiamo che ormai siamo arrivati a 19.850 cittadini/cittadine provenienti da altri Paesi che risiedono in questa nostra provincia, e all'anno abbiamo circa 17.500 permessi per lavoratori stagionali che provengono da altri Paesi. Questa è la nostra realtà e cerchiamo di lavorare perché si evitino situazioni di tensione.

MAIR (Die Freiheitlichen): Danke, Frau Landesrätin! Ich möchte vorausschicken, dass wir die Anfrage bereits eingebracht haben, bevor die Landesregierung die Antidiskriminierungsstelle der Öffentlichkeit vorgestellt hat. Nichtsdestotrotz bleiben viele Fragen offen. Wir hoffen, dass diese Nummer nie angerufen werden muss. Auf jeden Fall werden wir in dieser Sache weiterhin nachfragen. Ich habe den Eindruck, dass es hier um eine reine Interpretationsgeschichte geht. Es ist nämlich schon so, dass jemand, der eine andere Meinung vertritt, keinesfalls ausgeliefert werden darf. Ich würde mich schon dagegen verwehren, dass man dann bei dieser Nummer anruft. Außerdem stellt sich die Frage, wer darüber entscheidet, ob es zu einer Anzeige kommt. Wenn der Satz "Bist Du Opfer oder Zeuge einer Diskriminierung geworden" einfach so hingestellt wird, dann fördert man damit meiner Meinung nach das Denunziantentum. Natürlich bin ich damit einverstanden, dass Diskri-

minierungen bzw. rassistische Vorfälle in Südtirol gemeldet werden müssen, aber diese Stelle birgt meiner Meinung nach auch die Gefahr, dass Missbrauch in die andere Richtung betrieben werden kann, das heißt, dass man jemanden aufgrund einer anderen Meinung sehr leicht anschwärzen kann. Ich bezweifle die Necessità di questa Stelle in Südtirol, denn es kommt mir so vor, als würden in Südtirol jetzt auf Teufel komm raus tagtäglich Ausländer diskriminiert. Das ist wohl nicht der Fall, denn die Südtiroler sind kein rassistisches Volk!

PRESIDENTE: Sono passati i 90 minuti previsti per la trattazione delle interrogazioni su temi di attualità. Alle interrogazioni non trattate verrà fornita risposta scritta entro i prossimi 5 giorni.

Punto 6) dell'ordine del giorno: *Disegno di legge provinciale n. 8/03: “Modifiche alla legge provinciale 17-8-1976, n. 36 – Nuovo ordinamento per le scuole dell’infanzia”* (continuazione).

Punkt 6 der Tagesordnung: *Landesgesetzentwurf Nr. 8/03: “Änderungen zum Landesgesetz vom 17. August 1976, Nr. 36 – Neue Rechtsordnung des Kindergartenwesens”* (Fortsetzung).

Ricordo che nella seduta del 5-4-2005 sono già state lette le relazioni al disegno di legge per cui ora passiamo alla discussione generale.

Ha chiesto intervenire il consigliere Minniti, ne ha facoltà.

MINNITI (AN): Anche in questa legislatura, così come nella passata, Alleanza Nazionale ha voluto stimolare un dibattito su una materia che riteniamo necessita per forza di cose, non solo per motivi di datazione, di una riflessione seria da parte della Giunta provinciale e dei colleghi. Materia del contendere è una riforma necessaria che riguarda le scuole materne, che in futuro sarebbe più opportuno chiamare scuole per l’infanzia, che già da questa prima analisi dimostrano come sia necessario un aggiornamento non solo nelle terminologie ma nei contenuti stessi della materia. La legge che oggi regola le scuole materne risale addirittura al 1976, una legge che il prossimo anno sarà vecchia di 30 anni, eppure in questo lasso di tempo è cambiata la vita sociale delle famiglie, è cambiata la didattica all’interno delle scuole materne, sono cambiate le necessità del personale che opera al suo interno, sono cambiate le capacità del personale stesso, certo molto più professionale rispetto a quello cui si era abituati 30 anni fa, un personale di scuole materne e un’istituzione quale quella delle scuole materne che speriamo in futuro possano prima o poi essere definite vere e proprie scuole per l’infanzia, che deve essere preso in maggiore considerazione.

Purtroppo Alleanza Nazionale ha sempre visto respingere questo disegno di legge anche nella passata legislatura, benché avessimo riempito di contenuti questo documento non sulla base di nostre opinioni, quindi non con la presunzione di ritenere che quanto scritto sia giusto perché lo ritiene tale Alleanza Nazionale, ma avevamo riempito di contenuti questo documento nel 1998 sulla base di due anni di lavori, di confronti con il personale che opera all'interno delle scuole materne, con il personale di assistenza, con il personale di docenza e anche con alcuni dirigenti. Quindi quando noi abbiamo ribadito in questo disegno di legge la necessità che ci fosse un'evoluzione delle scuole materne non solo in scuole per l'infanzia ma anche in altre considerazioni, quando abbiamo promosso l'iniziativa che le scuole per l'infanzia dovessero rimanere aperte tutto l'anno attraverso determinate procedure che abbiamo indicato ma anche proposto con ulteriori iniziative in quest'aula, quando Alleanza Nazionale ha sottolineato come fosse necessario riconoscere una maggiore qualifica alle cosiddette assistenti di scuola materna, di fatto annullando la famosa "circolare Viola" che impartiva ad esse l'obbligo di fare le pulizie benché non fosse un loro preciso compito, quando Alleanza Nazionale ha ritenuto necessario che ci fosse una doppia docenza all'interno delle classi sull'esempio di quanto avveniva già in altre zone d'Italia, lo ha fatto non perché fosse solo una nostra idea, ma anzi perché stimoli di questo genere provenivano proprio dal mondo della scuola e anche da molte famiglie altoatesine.

Procediamo con ordine, affermando come sia necessario che oggi la scuola per l'infanzia debba rispondere a delle nuove necessità delle famiglie. Sappiamo che ormai in gran parte delle famiglie per poter vivere durante il mese entrambi i genitori devono lavorare, ma ciò accade anche perché c'è stata un'evoluzione all'interno della composizione delle famiglie: finalmente non c'è più solo uno dei due componenti della famiglia che lavora, c'è stata un'emancipazione per fortuna, e quindi vi è la necessità, anche psicologica di vita, che genitori possano lavorare. Questo però comporta che almeno nei tre mesi di chiusura delle scuole materne, così come avviene per tutte le scuole statali oltre che provinciali, vi sia comunque un'offerta per le famiglie, visto che le ferie per ogni lavoratore durano trenta giorni l'anno, e che, comunque sia, nel periodo estivo si possono usufruire in linea di massima di non più di 20 giorni. Da qui la proposta che Alleanza Nazionale ha rilanciato attraverso questo disegno di legge, cioè quella di creare delle scuole materne estive, il cui servizio può essere affidato a personale in graduatoria o a studenti che diventeranno insegnanti presso la facoltà delle scienze della formazione a Bressanone, dando comunque la possibilità a chi opererebbe nel periodo estivo di poter fare una certa esperienza nel settore. Ecco la risposta dei cosiddetti asili estivi, che è contenuta in questo nostro disegno di legge.

Abbiamo visto che questa ipotesi, sempre osteggiata dal centrosinistra che ha governato la provincia in tutti questi anni, fu tentata nella scorsa estate a Ora con un risultato fallimentare, ovviamente. Peccato che questa strada sia stata tentata a Ora e non a Bolzano, Merano o Laives, dove sicuramente ci sono delle situazioni sociali e familiari diverse. Permettetemi di dire che ci si è trovati di fronte ad una "truffa

politica”, perché un servizio di questo genere non può partire da un comune la cui richiesta del servizio è enormemente inferiore di quanto può avvenire invece in città come Bolzano, Merano e Laives.

Altra questione riguarda le assistenti di scuola materna, quelle che recentemente il nuovo contratto, sul quale esprimiamo alcuni giudizi di forte perplessità, ha chiamato “collaboratrici pedagogiche”. Voi sapete che una circolare dell’allora assessore del PDS Romano Viola, di sinistra, la n. 4, affidò alle cosiddette assistenti il compito di fare le pulizie. Non mi stancherò mai di ricordarvi come l’allora sindacalista della CGIL, oggi assessora, Luisa Gnechi, scaricò tutta la propria comprensibile rabbia contro questa circolare perché di fatto toglieva dignità alle assistenti, perché le sottraeva da quelli che erano i compiti che non erano certo quelli di fare la pulizia delle strutture. Peccato che in questi quasi dieci anni in cui l’assessora Gnechi da sindacalista è passata dall’altra parte della barricata, non abbia operato per modificare quella circolare. Ancora oggi le assistenti sono in qualche maniera chiamate a fare le pulizie. Assessore Saurer, se non lo sa, è bene che faccia un giro di telefonate presso le scuole, perché così avviene, e sa che glielo dico con tutta la stima che nutro nei Suoi confronti.

Anche su questo tema siamo arrivati in ritardo, così come si è arrivati in ritardo sul nuovo contratto. Permettetemi di dire che non è stato elegante sottoscrivere un contratto quale quello delle scuole materne, che è stato sottoscritto di recente, firmato solo dai sindacati di lingua tedesca, perché diventa un contratto etnico e non un contratto tecnico. Sapete benissimo che quel contratto, se risponde in qualche maniera alle aspettative del personale appena laureato, di fatto penalizza fortemente il personale docente che da 20 o 30 anni opera all’interno delle scuole materne e che sicuramente ha acquisito una esperienza ed una professionalità che nessuno uscito dopo cinque di studi universitari può avere. Dico questo perché il contratto prevede che coloro che sono in possesso di un diploma di laurea vengano inquadrati all’ottavo livello, mentre le docenti che hanno anche 20 anni di esperienza alle spalle rimangono inquadrati al sesto livello. Questa è una iniquità non solo economica ma di riconoscimento professionale cui non ci si doveva sottoporre. Beffa nella beffa, non solo i docenti si ritrovano al sesto livello anche se hanno 20 anni di esperienza, ma si ritrovano a quello stesso sesto livello a cui sono state elevate le collaboratrici pedagogiche, ovvero le assistenti alle quali verrà riconosciuto, dopo il corso quinquennale di studi pedagogico-didattico, la cosiddetta docenza. Anche su questo c’è molto da riflettere e, aggiungiamo per l’ultima volta ancora, le stesse assistenti, o chiamiamole collaboratrici pedagogiche, dovranno essere sottoposte ad un corso quinquennale di studi per poter elevarsi al ruolo di docenti, anche se hanno alle spalle anni di esperienza fatta all’interno delle scuole. L’esperienza sappiamo che molte volte vale più dello studio, e lo studio sappiamo che per persone che ormai hanno 45 – 50 anni e che sono chiamate obbligatoriamente a fare un corso quinquennale, può creare non poche difficoltà. Ecco che quel contratto etnico e non tecnico viene in qualche maniera

a penalizzare il personale che è di oggi e in qualche maniera viene a favorire il personale laureatosi. Questo non dico che non sia accettabile, ma qualche perplessità la crea, perché anche l'esperienza conta.

Noi proponiamo, nel disegno di legge che è in discussione, una rivisitazione di questi ruoli, perché riteniamo che al personale assistente debba essere riconosciuto un ruolo diverso, ma anche ai docenti, un riconoscimento che oggi ancora all'interno della normativa manca. Non riusciamo a comprendere come si possa credere che una legge che ha presto 30 anni non si ritenga di modificarla. Non volete modificarla così come noi vi indichiamo, frutto di confronti avuti con il personale e con le famiglie, ma dovrete comunque modificarla, perché è una legge vecchia, e non c'è nessun contratto con il personale. Sarebbe serio che si mettesse mano alla normativa provinciale, per modificarla nella sua interezza, per dare avvio ad un nuovo ordinamento alle scuole per l'infanzia. E chi mi risponde – spero non sia l'assessora Gnechi che vedo che prende appunti – non mi dica la solita tiritera che ha già esposto in precedenti occasioni, ovvero che il problema è allo studio dell'assessorato, che una commissione sta lavorando, perché sono affermazioni che trovano il tempo che trovano, perché non è ammissibile che non dico in 30 anni ma almeno da quando noi abbiamo presentato questo disegno di legge, voi non siate stati capaci di presentare all'interno della Vostra organizzazione politica quale può essere la Giunta uno straccio di disegno di legge che possa andare a modificare la normativa vigente! Quindi non mi risponda che è allo studio una qualsiasi soluzione, che le commissioni stanno operando, perché siamo costretti poi, come abbiamo fatto nella scorsa legislatura, a chiedere da chi sono composte queste commissioni, quanto prendono queste commissioni e cosa stanno combinando, visto e considerato che operano dal 1997 o 1999 non ricordo, e non sono riusciti a produrre nulla che possa arrivare in aula per essere discusso.

Non voglio aggiungere altro a quanto abbiamo già più volte espresso in questo campo. Abbiamo parlato di organici, di quelle che possono essere le finalità di questo disegno di legge. Forse una finestra su una materia che qui non abbiamo citato ma che dovrebbe essere materia da porre all'attenzione, è quella riguardante proprio le rette. E' un problema, emerso di recente, che noi abbiamo sollecitato proprio in questi giorni con un nostro documento presentato alla Giunta provinciale, che è quello più specifico della fruizione del servizio. Non so se questa è solo competenza dei comuni o anche della Provincia, perché è vero che per quanto riguarda le rette i comuni sono chiamati a determinarle e ad incassarle, però forse la Provincia potrebbe dare un segnale diverso laddove si deve considerare la fruizione. Io potrei essere tacciato di conflitto di interessi in questo momento. Ho un figlio alle scuole materne, i genitori sono chiamati a pagare una retta di 30 o 31 giorni che vale per i mesi da ottobre a maggio, e un altro bollettino per metà settembre, metà giugno. Ebbene, benché si paghino nove mesi di scuola materna, in realtà le famiglie ne usufruiscono per 7 mesi e mezzo, perché ci sono le chiusure programmate, Natale, carnevale e Pasqua, in cui le scuole materne non vengono usufruite dai genitori, però i genitori vengono chiamati

ugualmente a pagare. Forse anche su questo bisognerebbe riflettere e intervenire a modifica di un sistema che non è comprensibile e che comunque crea un disagio economico ulteriore alle famiglie altoatesine.

Ci rimettiamo alla volontà dell'aula sull'analisi di questo disegno di legge, ma aggiungiamo che il nostro scopo è quello di stimolare un dibattito, sia in aula che al di fuori, su una materia che riteniamo importante e di fronte alla quale i ritardi della Giunta provinciale non sono più giustificabili.

GNECCHI (Assessora alla scuola italiana, al lavoro, alla formazione professionale italiana nonché all'innovazione, ricerca e cooperative – Insieme a Sinistra – Pace e diritti/Gemeinsam Links – Frieden und Gerechtigkeit): Già un paio di volte il gruppo di Alleanza Nazionale ha presentato il disegno di legge in discussione, però in questa legislatura gli attuali assessori competenti in materia di scuola ritengono che sia indispensabile andare ad una legge di riforma del sistema di istruzione e di formazione professionale, che parta come primo livello dell'area istruzione dalle scuole per l'infanzia. Era stata preparata una legge di modifica della legge n. 36 del 1976, ma si ritiene, e peraltro lo fa anche l'attuale riforma della ministra Moratti, che si debba partire dalla scuola per l'infanzia per una riforma organica di tutto il sistema, quindi scuola per l'infanzia, scuola primaria, scuola secondaria di primo grado e scuola secondaria e formazione professionale. Da questo punto di vista la modifica dei requisiti d'accesso per le insegnanti di scuola per l'infanzia non si differenzia dalla modifica del requisito d'accesso anche per le scuole elementari. Infatti sia per le scuole per l'infanzia che per le scuole elementari il corpo docente deve essere in possesso della laurea in scienza della formazione. E' una modifica che vede sia per le scuole per l'infanzia che per le scuole elementari delle modifiche strutturali.

Per quanto riguarda la figura professionale delle assistenti, è stato firmato il contratto che prevede il profilo professionale della collaboratrice pedagogica, e vengono inserite al sesto livello tutte le collaboratrici pedagogiche in possesso di maturità. Infatti il contratto differenzia tra chi è già in possesso di una formazione quinquennale e viene inserito al sesto livello, come al sesto livello nell'amministrazione provinciale vengono inseriti tutti i collaboratori/collaboratrici in possesso di un diploma di scuola superiore, e chi è in possesso di un diploma di laurea e viene inserito all'ottavo livello. Non avrebbero potuto essere trattate in modo diverso le docenti di scuola per l'infanzia in possesso di laurea.

Per quanto riguarda queste situazioni, ce n'è una analoga nella scuola elementare, dove chi è in graduatoria per poter accedere all'insegnamento e ha i titoli di studio che venivano richiesti precedentemente, ha ancora la possibilità di poter essere inquadrato in ruolo grazie al possesso del titolo che era previsto. E anche nel contratto della scuola c'è un'indennità che differenzia chi ha il titolo di scuola media superiore e chi ha la laurea. Sono state scelte contrattuali diverse. Nel momento in cui si creerà

un'area contrattuale del comparto scuola, così come un'area di riforma del sistema scolastico, potranno essere viste in modo analogo.

E' stata criticata la situazione per le scuole per l'infanzia come scuole che mantengano il calendario scolastico e una mancanza degli asili estivi. Il recente pacchetto famiglia che la Giunta provinciale ha varato prevede tutta una serie di misure a sostegno della famiglia. In questo bisogna un po' distinguere quali possono essere le misure a sostegno della famiglia e quindi, nell'ottica anche dell'intervento fatto per presentare la legge, quelle che sono delle misure che tengano conto che la nuova struttura familiare vede lavorare sia le madri che i padri, quindi c'è bisogno di tutta una serie di iniziative in termini di attività extrascolastiche ed estive, che però noi ci auguriamo siano attività ludiche. Speriamo che per quello che riguarda l'approccio di spazi estivi di intrattenimento e di educazione aperti a bimbi dai 3 ai 6 anni, questi abbiano un'impostazione che tiene conto che anche loro hanno diritto a periodi diversi di attività. Non è nella nostra ottica, e difendiamo anche questa posizione, l'idea di una possibile scuola per l'infanzia aperta 12 mesi all'anno. Pensiamo che si debba lavorare e quindi avere il sistema di istruzione che comprenda anche la scuola per l'infanzia e si differenzino comunque le attività ludiche, e la creazione di gruppi diversificati, anche perché non tutte le famiglie dei bimbi che frequentano abitualmente la scuola per l'infanzia fanno richiesta di servizi estivi. Il fatto di organizzare gruppi diversificati a seconda dell'attività, di sostenere quelle che sono iniziative di concerto con i comuni. Per l'amministrazione comunale di Bolzano sono ormai consolidate le iniziative "Estate bimbi" e "Estate ragazzi". Sono forme che riteniamo forme più valide anche dal punto di vista pedagogico ed educativo, che rispondo di più alle esigenze dei bambini di diversificare la propria attività nei 12 mesi.

Nel merito abbiamo affrontato il problema già in commissione legislativa in modo più approfondito, presente anche l'assessore Saurer. Per quanto riguarda l'articolo 1 il fatto che nelle scuole materne si veda un concetto di scuole materne speciali e sezioni integrate in cui l'età massima dei bambini ammissibile sia elevata a 8 anni non è la logica sulla quale stiamo lavorando per quanto riguarda l'accoglienza e l'integrazione di bimbi con disabilità. Così come non condividiamo all'articolo 2 un concetto di scuola per l'infanzia come preparazione alla frequenza della scuola dell'obbligo, perché dare dignità ad ogni singolo segmento dell'area di formazione e istruzione professionale ci sembra comunque importante rispetto al riconoscere l'importanza di ogni singola area. Peraltro abbiamo visto che è molto più frequentata di una volta, le famiglie di madrelingua tedesca stanno iniziando ad iscrivere i propri figli già dai tre anni, siamo praticamente al 100% dei bambini di cinque anni, al quasi 100% dei bambini di quattro anni, e siamo al 100% per quanto riguarda i bimbi che vengono iscritti nelle scuole di lingua italiana. Invece c'è ancora una "mancanza all'appello" dei bimbi di tre anni nelle scuole di lingua tedesca. Comunque è un segmento di istruzione a sé stante, che deve garantire la continuità con la scuola primaria, quindi una forte continuità di attività dal punto di vista di istruzione. Nelle

scuole si stanno affrontando vari progetti sperimentali, uno è quello della “valigetta”, cioè il bimbo che passa dalla scuola per l’infanzia alla scuola elementare ha questo passaggio morbido in termini di consegna al segmento superiore con tutto il bagaglio di quella che è stata l’acquisizione di competenze, esperienze e anche nozioni, rispetto ad un vecchio concetto di nozioni che forse per noi adulti è più familiare, comunque con il bagaglio di tutto quello che ha acquisito in questo periodo della scuola.

Per quanto riguarda il fatto che il contratto sia stato firmato solo dal sindacato autonomo e dalla ASGB, a me non verrebbe da dire che è poco. Il sindacato autonomo ha fra i dipendenti provinciali un gran numero di iscritti, non mi risulta che abbia scelto di connotarsi etnicamente, il problema della mancata firma ha visto una valutazione da parte dell’amministrazione diversificata. E’ vero che c’è questa grossa modifica del profilo professionale dell’assistente e quindi che i comuni dovranno da adesso fino al primo settembre riuscire ad attrezzarsi per far fronte a questa modifica strutturale legata alle pulizie. Abbiamo ritenuto importante dare ai comuni tutto lo spazio possibile, quindi cercare di avere un contratto firmato che vincoli anche i comuni a prendere atto che la firma c’è, che il profilo professionale si è modificato. Il contratto dice esplicitamente che la collaboratrice pedagogica o l’assistente per scuola per l’infanzia fa 35 ore con i bambini, così come le docenti fanno 35 ore con i bambini più le 210 ore di preparazione. Quindi anche i comuni hanno bisogno di preparare l’avvio della scuola. Cgil e Cisl hanno ritenuto che non potendosi tenere le assemblee sui luoghi di lavoro perché la scuola era ormai terminata, la firma del contratto venisse spostata a settembre. E’ una richiesta legittima, ma abbiamo ritenuto che potesse poi comportare un ulteriore anno di perdita dell’entrata in vigore di questa modifica che invece riteniamo una modifica strutturale significativa.

Avevamo sempre sostenuto che il problema delle pulizie fosse legato al profilo professionale, quindi al contratto di lavoro, quindi, come abbiamo dichiarato, ci siamo anche comportati, mentre la legge riguarda molto di più l’ordinamento del sistema dal punto di vista dell’istruzione. Credo quindi che non si possa dire che non ci sia stato un cambiamento nella scorsa legislatura che abbia permesso all’inizio di questa legislatura di fare alcune scelte di fondo. Ripeto per chiarezza, la scelta è stata quella di non andare ad una modifica solo della legge n. 36 del 1976, ma di inserire la riforma della scuola per l’infanzia nella riforma complessiva della scuola. Per arrivare al contratto è vero che abbiamo impiegato tre anni, un anno e mezzo adesso e un anno e mezzo nella scorsa legislatura, però non si può negare che è un salto qualitativo notevole quello di aver superato questo concetto delle pulizie, che confermo, non nego nulla di quanto ha detto il collega Minniti, è stato un impegno grosso. Ma c’è ancora qualcuno all’interno della Giunta provinciale che pensa che forse sia stato fatto un passo troppo avanti rispetto a questa modifica del profilo professionale. Come spesso accade in ogni trattativa, si poteva pensare di ottenere di più, ma le trattative comportano anche questo. In termini molto chiari credo che pensare alla figura della collaboratrice pedagogica sia un salto qualitativo veramente notevole.

Queste sono state le linee in cui ci siamo mossi per riformare. Lo sviluppo di quella che sarà l'impostazione legata alle iniziative extrascolastiche ed estive, comunque ad un'area che abbraccia la scuola per l'infanzia ma anche la scuola elementare e per un certo verso anche alcune attività di ragazzi e ragazze di 11 anni, è invece una nuova impostazione sulla quale è appena iniziata una collaborazione che vede impegnati tutti i comuni, che vede impegnata culturalmente anche la società e le famiglie. Anche la mensa, come concetto che non sia solo ed esclusivamente un obbligo istituzionale da garantire a chi faccia il tempo pieno oppure per i rientri pomeridiani o comunque in termini di obbligo scolastico ma invece in termini di visione del servizio, è veramente un cambiamento culturale di impostazione. La competenza su tutta questa parte è della ripartizione 40, quindi proprio della ripartizione che ha dell'assistenza scolastica il suo punto forte, cioè della Ripartizione diritto allo studio, che rientra nella competenza dell'assessore Saurer con un intreccio, una collaborazione con gli assessorati alla scuola di lingua italiana e ladina, e con l'impegno dell'assessora Kasslatter Mur che ha una competenza sulla famiglia in questa legislatura. Una parte del disegno di legge che riguarda più specificatamente le iniziative estive a sostegno della famiglia credo abbia un quadro di riferimento più omogeneo e complessivo nel quadro che ho spiegato.

MINNITI (AN): Non ci aspettavamo una risposta tanto diversa da quella che ci è stata fornita. Ribadiamo tutte le nostre perplessità sul comportamento di questa giunta che non ha risolto il problema contrattuale nella maniera dovuta, abbiamo già detto prima per quale motivo, perché non è stata riconosciuta l'anzianità e l'esperienza al personale attualmente in servizio, che viene acquisita anche sulla base di 10, 20, 30 anni di attività all'interno delle scuole e che, nonostante questo, per passare ad un titolo diverso, si chiede al personale di svolgere un corso di ulteriori 5 anni. Questo ci sembra che non rispetti il lavoro svolto. Così come non rispetta economicamente le attuali docenze il fatto che, mentre il personale con la laurea viene inquadrato all'ottavo livello, il personale che magari ha avuto un'esperienza ultradecennale rimanga al sesto livello. Quindi non potete affermare che questo sia un bel contratto, assolutamente, che peraltro non è stato firmato nemmeno da tutti i sindacati, e questo segnale dovrebbe essere arrivato alla Giunta provinciale. E' un contratto che accontenta pochissimi, forse solo le laureate, ma scontenta quasi tutti gli altri. Girate per le scuole materne, parlate con le assistenti, anche con quelle che adesso sono costrette a fare cinque anni di corso, parlate con le insegnanti che si vedranno uno stipendio uguale alle assistenti, e poi ragionateci sopra. Ma al di là di questo, il contratto è solo l'atto finale di un lungo problema. Rimangono sul piatto tutte le altre situazioni, a cominciare dall'importanza di cambiare la formula stessa delle scuole cosiddette materne, di creare non più delle dependance alla scuola elementare, così come le scuole per l'infanzia oggi sono, ma di creare delle strutture che già istituzionalizzando questo loro ruolo preparino il bambino ad un passaggio

ulteriore, per quanto sia necessario che al bambino sia riconosciuta la sua vita da infante e i suoi momenti negli anni così come avvengono dai tre ai sei anni. Però è ovvio che la scuola per l'infanzia non può continuare ad essere tarata su una normativa del 1976, nemmeno in questa Provincia che quando fa comodo prende ad esempio i comportamenti del governo nazionale, e quando non gli fa comodo opera per conto proprio. Sulla scuola materna si potrebbe intervenire immediatamente, perché la competenza c'è, per far riconoscere le professionalità e la qualità del servizio del personale, ma non lo si fa. Si aspetta la riforma delle scuole materne a livello nazionale. E' sbagliato, non ci si può richiamare all'autonomia solo quando fa comodo. Il problema è che quando non ci si richiama all'autonomia è perché non si hanno le idee chiare. Ma questo è tutto a scapito del servizio.

Non vengono date risposte, ancora una volta, alle necessità della popolazione sugli asili estivi. Poco importa se il cosiddetto "pacchetto famiglia" può andare a sostenere tutte le famiglie altoatesine relativamente al problema che abbiamo, ovvero relativamente all'apertura di asili estivi per coprire i mesi di ferie che non sempre i genitori riescono a passare con i propri bambini, perché i giorni di ferie non coincidono con i mesi di chiusura delle scuole. Non possiamo pensare che la soluzione sia il cosiddetto "contributo pacchetto famiglia", il quale è la classica forma di assistenzialismo tipico della sinistra e di una certa cultura di sinistra, di assistenzialismo e non di sostegno, che è quello che noi chiediamo con l'apertura di asili estivi. L'assistenzialismo è questo tipo di contribuzione che voi proponete attraverso il pacchetto famiglia, e non farà altro che far lievitare i prezzi delle opportunità che possono esserci sul territorio: baby sitter, Tagesmutter, magari costringendo le famiglie a cambiare i riferimenti per i bambini, perché una baby sitter è disponibile per 20 giorni e un'altra per altri 20. Quindi si rischia di perdere anche quel collegamento non solo con la struttura fisica che è la scuola stessa, ma anche con la persona fisica, che è l'insegnante, colei che è in graduatoria ma che magari non ha avuto modo di occupare il posto a scuola, o colei che è studente presso la facoltà di formazione come quella presente a Bressanone.

Non si risolve il problema degli asili estivi dando i soldi alle famiglie, e poi arrangiatevi. E i prezzi non si ridurranno con settembre; una volta lievitati, i prezzi rimangono tali. Bisogna poter dare altre opportunità ai bambini, altri punti di riferimenti, che non possono essere solo i riferimenti mass mediali. Molte volte, soprattutto nel periodo estivo, i migliori amici dei bambini sono la televisione o il computer, perché i nostri figli per gran parte del periodo estivo si trovano a doversi relazionare principalmente o con la televisione o con il computer. Queste non possono essere le risposte che voi date ai nostri figli. Devono essere diverse, devono favorire la continuità nella comunità, ovvero una permanenza nella comunità scolastica dei nostri figli anche in quei tre mesi in cui i genitori non possono accudire i propri figli.

Ecco perché riteniamo che le risposte che voi date non sono accettabili. Possono essere delle risposte, ma non sono le risposte di cui hanno bisogno le famiglie

altoatesine. Noi continueremo a promuovere questo disegno di legge, perché siamo fermamente convinti della validità di questi contenuti che non emergono solo o tanto da un'idea di Alleanza Nazionale, ma emergono dal confronto avuto con le famiglie, con il personale delle scuole materne, con alcune direttrici delle scuole materne. Abbiamo cercato di portare in aula quello che molte volte la Giunta provinciale non riesce a fare, ovvero la voce di chi con questi servizi deve relazionarsi ogni giorno. E quando poi questi servizi mancano, aumenta anche il disagio. Continueremo a promuovere queste idee perché ci crediamo, e sono idee che avanziamo anche per conto di altri. Auspichiamo che nel tempo queste proposte di Alleanza Nazionale possano essere prese in esame. Certo, 30 anni vuol dire che è passata tanta acqua sotto i ponti, 30 anni sulla base dei quali ci troviamo ancora a gestire le scuole con una vecchia normativa. 30 anni sono tantissimi. Se poi consideriamo come è cambiata la società altoatesina, il tipo di diritto che si deve riconoscere anche ai bambini, come è cambiata anche la necessità del crescere all'interno di queste strutture, capiamo come questa Giunta provinciale continui ad essere in preoccupante ed enorme ritardo di fronte ad un problema di questo genere. Se oggi le famiglie si trovano a pagare le situazioni di estremo disagio, è anche per il fallimento di questa Giunta provinciale che è l'esatta riproposizione della scorsa Giunta provinciale che non ha saputo intervenire su un problema di questo genere.

VORSITZ DER PRÄSIDENTIN:

Dr. VERONIKA STIRNER BRANTSCH

PRESIDENZA DELLA PRESIDENTE:

PRÄSIDENTIN: Wir stimmen über den Übergang zur Artikeldebatte ab: mit 7 Ja-Stimmen, 4 Enthaltungen und dem Rest Nein-Stimmen abgelehnt.

Die Sitzung ist bis 15.00 Uhr unterbrochen.

ORE 12.51 UHR

ORE 15.05 UHR

(Namensaufruf – appello nominale)

PRÄSIDENTIN: Wir fahren mit der Behandlung der Tagesordnung fort.

Punkt 7 der Tagesordnung: **“Beschlussantrag Nr. 55/04 vom 27.1.2004, eingebracht von den Abgeordneten Urzì, Holzmann und Minniti, betreffend die Einführung eines Gedenktages zur Erinnerung an die von den kommunistischen Regimen verübten Verbrechen”.**

Punto 7) dell'ordine del giorno: **“Mozione n. 55/04 del 27.1.2004, presentata dai consiglieri Urzì, Holzmann e Minniti, riguardante l'istituzione di una giornata a ricordo dei crimini commessi dai regimi comunisti”**.

Einführung eines Gedenktages zur Erinnerung an die von den kommunistischen Regimen verübten Verbrechen

Das Mitleid, das der schrecklichen Tragödie der Ausrottung der Juden in den nationalsozialistischen Lagern entgegengebracht wird, deren man endlich auch in Italien am vom Parlament vor kurzem per Gesetz eingeführten "Tag der Erinnerung" gedenkt, muss auch auf andere Opfer ausgedehnt werden. Namenlose Opfer, an die oft nicht einmal ein Grabstein erinnert, Opfer der blutrünstigen kommunistischen Regime, die das vergangene Jahrhundert gekennzeichnet haben und heute noch in einigen Teilen der Welt in einer völligen kulturellen und oft auch politischen Isolation überleben.

Die Shoah war ein dermaßen einzigartiges Phänomen, dass die Genehmigung eines eigenen Gesetzes zur Einführung eines Gedenktages (Gesetz vom 20. Juli 2000, Nr. 211) gerechtfertigt war. Es sieht vor, dass ab 2001 alljährlich am 27. Jänner, dem Tag, an dem die Tore des Konzentrationslagers Auschwitz niedergerissen wurden, "der Shoah gedacht wird, der Rassengesetze, der Verfolgung hebräischer Bürger durch Italien, der Italiener, welche deportiert, eingekerkert und umgebracht wurden, sowie derer, die sich - auch von unterschiedlichen Positionen aus - gegen die Ausrottung gestellt und unter Lebensgefahr Menschenleben gerettet und die Verfolgten beschützt haben."

In der Abgeordnetenkammer wurde das Gesetz praktisch einstimmig genehmigt (442 Ja-Stimmen bei 4 Enthaltungen), was beweist, dass alle Abgeordneten die Initiative gutgeheißen und generell alle unabhängig von den politischen Unterschieden ihrem Entsetzen und ihrer Entrüstung über diese in der Geschichte der Menschheit noch nie vorgekommenen Gräuelpunkte Ausdruck verliehen haben.

Bei den Veranstaltungen in den Jahren 2002 und 2003 wurde die Notwendigkeit unterstrichen, diese unermessliche Tragödie nicht zu vergessen und die Erinnerung daran vor allem bei der Jugend wach zu halten, die - so Staatspräsident Carlo Azeglio Ciampi - "die Pflicht hat, der Tragödie zu gedenken". Bei den zahlreichen Treffen und Debatten, die in ganz Italien stattfanden, wurde richtigerweise betont, dass "es notwendig ist, nie zu vergessen, wozu der Mensch fähig war."

"Die Pflicht zur Erinnerung" besteht aber auch in Bezug auf eine Reihe anderer Verbrechen, die dunkle und schreckliche Momente der Geschichte des vergangenen Jahrhunderts darstellen.

Wir dürfen die Massaker, die Deportationen, die Verfolgungen durch den Kommunismus vor allem in der ehemaligen Sowjetunion und auch in anderen Teilen der Welt nicht vergessen, in denen die kommunistischen Regime die oppositionellen Kräfte systematisch verfolgt haben.

Laut mehrfach zitierten und nie widerlegten Daten fielen mindestens 85 Millionen Menschen einem System zum Opfer, das durch Unterdrückung und Gewalt, Deportationen, Vorenthaltung der Menschen-

rechte und der elementaren zivilen und religiösen Freiheiten gekennzeichnet war. Dies wird in der historischen Aufarbeitung und in den Werken berühmter russischer Schriftsteller wie Alexander Solschenizyn zur Genüge belegt, der in seinem Roman "Ein Tag im Leben des Iwan Denissowitsch" das Leben in einem der sibirischen Straflager Stalins beschreibt, in denen Millionen Unschuldige ihr Leben lassen mussten.

Dies war alles schon seit der Gründung der kommunistischen Partei vorausbestimmt. Im letzten Absatz ihres "Kommunistischen Manifests" von 1848 erklärten Marx und Engels ihre Ziele in aller Deutlichkeit: "Die Kommunisten verschmähen es, ihre Ansichten und Absichten zu verheimlichen. Sie erklären es offen, dass ihre Zwecke nur erreicht werden können durch den gewaltsamen Umsturz aller bisherigen Gesellschaftsordnung. Mögen die herrschenden Klassen vor einer kommunistischen Revolution zittern." Und jahrzehntelang folgte darauf die praktische Anwendung.

Ausgehend von der Oktoberrevolution (1917) lud das der Zarenherrschaft nachgefolgte Regime eine lange Reihe von Verbrechen mit dem Ziel auf sich, die politischen Gegner und sogar ganze soziale Klassen systematisch zu eliminieren: Die Kulaken (5 Millionen) wurden als Kleinbauern beseitigt, da es sich um eine potentiell feindselige Klasse handelte; die ukrainischen Bauern (6 Millionen) starben infolge einer vom kommunistischen Regime hervorgerufenen Hungersnot. Die stalinistischen "Säuberungen" der Dreißigerjahre gingen mit dem Todesurteil oder der Deportation der gesamten alten bolschewistischen Führungsspitze einher, wodurch unter anderem die Rote Armee mehr als die Hälfte ihrer bedeutendsten Führungsoffiziere verlor. Und dann die "ethnischen Säuberungen" gegen die Kalmücken, Kirgisen, Russlanddeutschen, die russischen Juden, welche auch noch in jüngster Zeit gezwungen waren, sich im Ausland in Sicherheit zu bringen.

Eine Bestätigung dieser Verbrechen von unverdächtiger Seite gab es, als sie Nikita Chruschtschow, der Nachfolger Stalins, beim XX. Kongress der KPdSU (1956) öffentlich verurteilte und die Informationen bestätigte, welche seit geraumer Zeit in den Westen durchgesickert waren – die dortigen kommunistischen Parteien verharrten jedoch weiterhin in ihrem Stillschweigen. Seit damals kamen weitere Beweise hinzu und niemand kann bezweifeln, dass die Verbrechen wirklich begangen wurden. Der Historiker Renato Mieli berichtet, dass Nikita Chruschtschow 1956 bei einem Treffen mit Celeste Negarville und anderen Exponenten der KPI, die nach Moskau gereist waren, um Näheres über den berüchtigten Bericht über Stalins Verbrechen in Erfahrung zu bringen, den KPI-Vertretern folgende Frage stellte: "Wie viele Menschen sind eurer Meinung nach bei den Massakern ums Leben gekommen?" "Vielleicht eine Million", erkühnte sich Negarville. "Nein", antwortete Chruschtschow, "es waren mindestens 15 Millionen".

Vor kurzem wurde bekannt, dass in Russland von Zeit zu Zeit neue Massengräber entdeckt werden. Das letzte in der Nähe von St. Petersburg soll 25.000 – 30.000 Leichen enthalten. Ein weiteres Massengrab wurde seinerzeit in der Nähe von Moskau entdeckt.

Zu den Horrtaten des Kommunismus müssen auch jene gezählt werden, für die Mao Tse Tung in China und Pol Pot, der "Architekt des Völkermordes", in Kambodscha verantwortlich zeichnen. Ebenso wenig dürfen die Menschen vergessen werden, die beim Versuch der Überschreitung der Berliner Mauer gefallen sind, und auch nicht die Boatpeople, Frauen, Männer und Kinder, die beim Versuch ertranken, aus dem von Fidel Castro beherrschten Kuba oder aus dem vom Vietcong besetzten Südvietnam zu flüchten. Und weiter geht es mit den Opfern der Repression in der ehemaligen Tschechoslowakei, in Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Albanien und im ehemaligen Jugoslawien sowie in den anderen Ländern des "realen Sozialismus". Die Schreckensbilanz umfasst auch die Italiener (ungefähr tausend, wie vor kurzem die Feltrinelli-Stiftung nachgewiesen hat), die getötet wurden oder in den Konzentrationslagern Stalins verschwunden sind und – wie zum Spott – nach dem XX. Kongress der KPdSU "rehabilitiert" wurden, sowie die Tausende von Opfern der Tito-Partisanen in den Höhlenmassengräbern im Triestiner Karst.

Dieser summarische und unvollständige Überblick – über die vom Kommunismus verübten Gräueltaten wurden ja keine gründlichen und wissenschaftlichen Studien durchgeführt – soll lediglich die Nichtinformierten und Oberflächlichen an das erinnern, was auf Weltebene im Namen des Kommunismus verbochen wurde und nicht einfach weggewischt werden darf, als ob es nie geschehen wäre. Nichtsdestotrotz propagieren die Roten Brigaden weiterhin den "kommunistischen Klassenkrieg"; sie beziehen sich dabei auf die Ursprünge der bolschewistischen Revolution, wie es im Papier geschrieben stand, in dem sie für die Ermordung des Professors Marco Biagi verantwortlich zeichneten und das von den "Roten Brigaden für den Aufbau des antiimperialistischen Kampfes" verteilt wurde.

In den vergangenen Wochen wurde im Parlament ein Gesetzesvorschlag eingebracht, der darauf abzielt, an die vom Kommunismus begangenen Verbrechen zu erinnern. Die Verbrechen der kommunistischen Regime wurden in Italien sowohl von der Politik als auch von der Kultur all zu lange vergessen. Dies hatte zur Folge, dass die Jugendlichen auch in der Schule nur unzureichend oder überhaupt nicht über die Geschichte des vergangenen Jahrhunderts informiert wurden. Diesem Manko will der Gesetzesvorschlag abhelfen, damit die Jugend nicht vergisst und so denkt und handelt, dass derartige Grausamkeiten sich nicht wiederholen.

Für das Gedenken an die besagten Vorfälle muss ein treffender Tag ausfindig gemacht werden. Vielleicht ist der 13. April dazu am geeignetsten, da am 13. April 1943 die Welt von den zweiundzwanzigtausend polnischen Offizieren, eine ganze Generation, erfuhr, die die Sowjets ermorden und in den Massengräbern von Katyn verscharren ließen.

Auch der 9. November könnte sich als Gedenktag eignen: am 9. November 1989 fiel die Berliner Mauer. Der Mauerfall steht ja symbolhaft für das Ende der kommunistischen Regime in Osteuropa.

Aber bei der Festlegung eines symbolträchtigen Datums könnten auch noch andere Ereignisse berücksichtigt werden.

Durch die Einführung eines Gedenktages zur Erinnerung an die Opfer der kommunistischen Regime soll den Gedächtnisfeiern Würde verliehen, aber auch eine Informationskampagne gestartet sowie Initiativen in die Wege geleitet werden, um in allen Schulen die Geschichte ins Gedächtnis und ins Bewusstsein zurückzurufen; zudem soll dadurch auch die Veröffentlichung von Büchern und von Erinnerungsschriften gefördert werden.

Dies vorausgeschickt,

beschließt

DER SÜDTIROLER LANDTAG,

sich für die Einführung eines Tages des Gedenkens an die von den kommunistischen Regimen verübten Verbrechen auszusprechen.

Istituzione di una giornata a ricordo dei crimini commessi dai regimi comunisti

La pietà per l'immensa tragedia legata allo sterminio della comunità ebraica nei lager nazisti, che oggi finalmente anche l'Italia ricorda nel "Giorno della memoria" recentemente istituito con legge del Parlamento, ha la necessità di essere estesa anche ad altre vittime, senza nome e spesso senza lapidi, quelle dei sanguinari regimi comunisti che hanno caratterizzato il secolo trascorso e ancora oggi sopravvivono, in un totale isolamento culturale e spesso politico, in alcune parti del pianeta.

La Shoah ebbe un carattere di "unicità" tale da giustificare l'approvazione della legge istitutiva del giorno della memoria (la legge 20 luglio 2000, n. 211), in base alla quale la data del 27 gennaio di ogni anno, nella ricorrenza dell'abbattimento dei cancelli del campo di concentramento di Auschwitz, è, dal 2001, dedicata - come dice il testo - a "ricordare la Shoah, le leggi razziali, la persecuzione italiana dei cittadini ebrei, gli italiani che hanno subito la deportazione, la prigionia, la morte, nonché coloro che, anche in campi e schieramenti diversi, si sono opposti al progetto di sterminio e, a rischio della propria vita, hanno salvato altre vite e protetto i perseguitati".

Alla Camera dei deputati il provvedimento venne approvato praticamente all'unanimità (442 voti favorevoli e 4 astensioni), a riprova della partecipazione di tutti i deputati e del comune sentimento di orrore e di indignazione, al di là di ogni differenziazione politica, per un crimine senza precedenti nella storia dell'umanità.

Nel corso delle manifestazioni che si sono svolte nel 2002 e nel 2003 è stata ribadita l'esigenza di non dimenticare l'immense tragedia e di rinnovarne il ricordo soprattutto presso le giovani generazioni richiamate - come ha rilevato il Presidente della Repubblica Carlo Azeglio Ciampi - al "dovere della memoria". Nei numerosi incontri e dibattiti organizzati in tutta Italia si insiste, giustamente, sulla necessità di "non perdere la consapevolezza di cosa l'uomo è stato capace di commettere".

Il "dovere della memoria" si pone anche per una serie di altri crimini che rappresentano pagine buie e terribili del secolo passato.

Non possono essere ignorate, infatti, le stragi, le deportazioni, le persecuzioni che in nome del comunismo sono state condotte particolarmente nell'ex Unione Sovietica e anche nelle altre parti del

mondo in cui i regimi comunisti hanno imposto la legge della persecuzione sistematica degli oppositori.

Secondo dati più volte citati e mai smentiti, si calcola che siano state almeno 85 milioni le vittime di un sistema caratterizzato dall'oppressione e dalla violenza, dalle deportazioni, dalla negazione dei diritti umani e delle elementari libertà civili e religiose. Di tutto questo vi è ampia testimonianza nelle ricostruzioni storiche e nelle opere di illustri scrittori russi come Alexander Solgenitzin che, nella sua Giornata di Ivan Denisovic, descrive la vita in un campo di lavori forzati nella Siberia di Stalin dove morirono milioni di innocenti.

Tutto ciò era già previsto fin dalla fondazione del partito comunista. Marx ed Engels, nel loro Manifesto del 1848, spiegarono con precisione gli obiettivi perseguiti. Nell'ultimo capoverso si legge: "I comunisti sdegnano di nascondere le loro opinioni e le loro intenzioni. Essi dichiarano apertamente che i loro scopi non possono essere raggiunti che con l'abbattimento violento di ogni ordinamento sociale esistente. Tremino pure le classi dominanti davanti a una rivoluzione comunista". E seguirono per decenni le applicazioni pratiche.

A partire dalla Rivoluzione d'ottobre (1917) il regime subentrato al dominio degli Zar si macchiò di una lunga serie di delitti allo scopo di eliminare sistematicamente gli avversari politici e perfino intere classi sociali. Fu così per i kulaki (cinque milioni), piccoli proprietari terrieri tolti di mezzo come classe potenzialmente ostile; per i contadini ucraini (sei milioni) scomparsi a seguito di una carestia creata dal regime comunista. Le "purghe" staliniane degli anni '30 significarono la condanna a morte o la deportazione di tutta la vecchia guardia bolscevica, che privò fra l'altro l'Armata rossa di oltre la metà dei suoi comandanti più prestigiosi. E poi le "pulizie etniche" condotte contro i calmucchi, i kirghisi, i russi-tedeschi, gli ebrei russi costretti, anche in anni recenti, a riparare all'estero.

Di questi crimini si ebbe una testimonianza non sospetta quando il successore di Stalin, Nikita Krusciov, al XX Congresso del PCUS (1956), li denunciò pubblicamente confermando le informazioni già filtrate da tempo in occidente nel silenzio dei partiti comunisti locali. Da allora altre prove si sono aggiunte e nessuno può più dubitare della assoluta verità di quanto è stato commesso. Come ha ricordato lo storico Renato Mieli, Nikita Krusciov, incontrando nel 1956 Celeste Negarville e altri esponenti del PCI, recatisi a Mosca per sapere qualcosa di più a proposito del famoso rapporto sui crimini di Stalin, si sentirono chiedere: "Secondo voi, quante furono le vittime di quelle stragi?". "Forse un milione", azzardò Negarville. "No - replicò Krusciov - almeno 15 milioni".

In Russia, come si è appreso di recente, nuove fosse comuni vengono di tanto in tanto scoperte. L'ultima, nei pressi di San Pietroburgo, conterrebbe dai 25 ai 30 mila corpi. Un'altra fu a suo tempo trovata non lontano da Mosca.

Fra gli orrori del comunismo devono essere elencati anche quelli di cui si sono resi responsabili Mao Tse Tung in Cina, Pol Pot, definito l'"architetto del genocidio", in Cambogia. Né si possono dimenticare i caduti nel tentativo di attraversare il muro di Berlino o i boat people, uomini, donne e bambini, annegati per fuggire dalla Cuba di Fidel Castro o dal Vietnam del Sud invaso dai vietkong. E ancora le vittime

delle repressioni nell'ex Cecoslovacchia, in Ungheria, Romania, Bulgaria, Albania ed ex Jugoslavia e negli altri Paesi del "socialismo reale". Il terribile bilancio comprende anche gli italiani (circa, mille, come ha recentemente documentato la Fondazione Feltrinelli) morti o comunque scomparsi nei campi di concentramento staliniani, e, come per beffa, "riabilitati" dopo il XX Congresso del PCUS e le migliaia di vittime dei partigiani titini nelle foibe del Carso triestino.

Questo quadro, sommario e incompleto perché sui crimini commessi dal comunismo non sono stati fatti studi accurati e scientifici, vuole soltanto riportare alla mente dei disinformati o distratti quanto, in nome del comunismo, è stato fatto nel mondo e che merita di non essere cancellato come se non fosse mai accaduto. Eppure la "guerra comunista di classe" viene riproposta dalle Brigate Rosse, che si rifanno alle radici della Rivoluzione bolscevica, come è scritto nel documento di rivendicazione dell'assassinio del professor Marco Biagi diffuso dalle "BR per la costruzione del fronte combattente antimperialista".

Nelle scorse settimane è stata presentata una proposta di legge parlamentare, che intende ricordare i crimini del comunismo. La "memoria" dei crimini dei regimi comunisti è stata per troppo lungo tempo dimenticata, in Italia, a livello politico e culturale. Tende a fare in modo che i giovani, poco o nulla informati anche nella scuola della storia del secolo che ci siamo lasciati alle spalle, non dimentichino e pensino ed agiscano per evitare il ripetersi di simili atrocità.

Occorre indicare una data significativa per commemorare gli eventi di cui si tratta. Forse il giorno più adatto è il 13 aprile. Fu, infatti, il 13 aprile del 1943 che il mondo apprese del ritrovamento degli ufficiali polacchi - ventiduemila, un'intera generazione - fatti assassinare dai sovietici e sepolti nelle Fosse di Katyn.

Un'altra data potrebbe essere quella del 9 novembre nella ricorrenza (9 novembre 1989) della caduta del muro di Berlino che simbolicamente chiuse il capitolo dei regimi comunisti dell'est europeo.

Ma altre indicazioni potranno essere raccolte per l'individuazione di una data significativa.

L'istituzione di una giornata dedicata alla memoria delle vittime dei regimi comunisti dovrà essere utile per dare dignità alle commemorazioni ma anche avviare le campagne di informazione e recupero della memoria e consapevolezza storica nelle scuole di ogni ordine e grado e per favorire, con adeguate iniziative, la pubblicazione di libri e documenti rievocativi.

Ciò premesso,

IL CONSIGLIO DELLA PROVINCIA AUTONOMA DI BOLZANO
delibera

di approvare l'istituzione di una giornata a ricordo dei crimini commessi dai regimi comunisti.

Herr Abgeordneter Urzì, Sie haben das Wort für die Erläuterung.

URZÌ (AN): Fra poche settimane il Parlamento italiano sarà chiamato a licenziare, e con tutta probabilità lo farà, un apposito disegno di legge che istituirà una

giornata a ricordo dei crimini commessi dai regimi comunisti. Sarà un passo di grande portata simbolica e anche storica, che segnerà una tappa importante sul percorso della riacquisizione piena da parte della comunità nazionale di un vissuto, di una storia che ha segnato profondamente la nostra coscienza di cittadini occidentali in primo luogo, e cittadini del mondo comunque.

La motivazione che ha spinto una delegazione parlamentare, su iniziativa del nostro gruppo, a proporre tale iniziativa in Parlamento, è data dalla volontà di superare una congiura del silenzio che abbiamo voluto illustrare, ricorrendo ad un sufficiente numero di esempi, nella nostra mozione. E' l'orrore dato dal silenzio che provoca la reazione di coloro che ritengono che invece una memoria collettiva debba poggiare sul complesso dei fatti che hanno costruito la storia più recente, senza omissioni, senza mistificazioni né imbarazzi, ma con il desiderio pieno di restituire dignità per lo meno alla memoria di coloro che pagarono in prima persona direttamente il prezzo più alto dei regimi liberali, antidemocratici e dittatoriali, all'insegna delle più grandi ideologie che hanno contrassegnato il secolo scorso. L'identità dei popoli è sicuramente data dalla somma delle sue memorie e del suo vissuto. Quando si rimuove la memoria si rimuove una parte della propria identità. Esistono tutti i presupposti, anche in provincia di Bolzano, per aderire ad una richiesta di ordine morale e null'altro. In questo senso sarebbe opportuno precisare che la parte impegnativa prevede l'approvazione in termini morali dell'istituzione di una giornata del ricordo, che si affianchi nell'arco dell'anno a tutta un'altra serie di date simboliche nelle quali ricostruiamo il carattere pieno della nostra memoria, senza omissioni. Si sono fatte già delle proposte in relazione a quelle che potrebbero essere le date simbolo, e fra quelle che ho citato sicuramente quella del 9 novembre 1989 è quella a noi più vicina anche dal punto di vista storico e culturale. Il comunismo ha investito metà del continente europeo e ha lambito, attraverso l'istituzione dei propri regimi, anche quella parte di mondo occidentale in cui viviamo, siamo cresciuti, in cui abbiamo saputo difendere i valori della democrazia e della libertà. Oggi c'è bisogno di restituire a quella parte di cittadini meno fortunati, in termini di privazioni ma anche per le peggiori conseguenze patite, un riconoscimento in termini di dignità e di consapevolezza che deve essere costruita attorno a quel grande fenomeno internazionale che ha toccato tutti i continenti, ma del quale si vuole poco trattare in termini pubblici e di esatta collocazione di questa memoria attraverso l'attribuzione a questo periodo storico dei valori in negativo che noi riteniamo debbano essergli attribuiti.

Alla vigilia dell'importante voto parlamentare che questa giornata con tutta probabilità, quindi entro questa legislatura, istituirà, credo sia importante che le diverse articolazioni della Repubblica possano esprimere un loro sostegno di ordine morale per garantire la più ampia condivisione dal basso di questa espressione di volontà. Auspico che il Consiglio provinciale possa aderire a questa nostra richiesta, interpretando un volere che entro la fine dell'anno verrà manifestato attraverso un voto dal Parlamento nazionale.

HEISS (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda): Als Historiker sehe ich mich hier jetzt natürlich in die Schranken gerufen. Nach der vormittägigen Fragestunde mit dem täglichen Hausbrot unserer lokalen Anliegen und Probleme erreichen wir jetzt die Probleme der globalen Menschheitsgeschichte. Der Kollege Urzì hat ein waches historisches Bewusstsein, was anerkennenswert ist. Er stellt seine Kenntnis der Geschichte immer wieder unter Beweis. Das ist eine Haltung, die wir durchaus anerkennen. Trotzdem habe ich gegenüber diesem Beschlussantrag einige Bedenken, die sich wahrscheinlich auch zu einer Ablehnung verdichten werden. Es geht nicht so sehr um die inhaltliche Seite, Kollege Urzì, denn die Aufzählung der kommunistischen Verbrechen ist wichtig und weitestgehend lückenlos. Sie greift bis auf Karl Marx zurück, der an dem, was später passiert ist, allerdings nur eine geringe Verantwortung trägt. Karl Marx hat 1948 im Kommunistischen Manifest auf die Unterdrückungsverhältnisse des Kapitalismus und auf die Unterdrückungen der Zarenherrschaft reagiert. Er konnte nicht voraussehen, dass die mörderische Haltung gegenüber Kulaken und Angehörigen der kapitalistischen Klasse derart katastrophale Folgen haben würde. Es ist also ein komplexer und wichtiger Überblick, und ich stimme dem Kollegen Urzì teilweise zu, wenn er sagt, dass die Aufarbeitung dieser kommunistischen Verbrechen bis dato unzulänglich war. Hier wäre noch vieles zu tun. Allerdings muss man schon auch darauf hinweisen, dass in wissenschaftlicher Hinsicht in den letzten Jahren vieles passiert ist. Es gibt zum Beispiel von Robert Kurz das “Schwarzbuch des Kommunismus”, das alles umfassend aufgreift. Meiner Meinung nach wäre es auch wichtig, dass das Ganze auch in den Schulen Eingang findet. Deinen Schlussfolgerungen kann ich allerdings nur begrenzt Rechnung tragen, Kollege Urzì. Mit der Einführung von Gedenktagen für den Holocaust, Gedenktagen für die Vertriebenen, Gedenktagen für die Opfer usw. schafft man eine geteilte, segmentierte Gedächtniskultur, die eine Reihe von unterschiedlichen Laternenpfählen aufbaut, vor denen sich die einzelnen Kulturen verneigen. Es gibt keine gemeinsame Sicht der Geschichte mehr, trotz aller unterschiedlichen Bewertungen, sondern jeder begibt sich in die Ecke seines persönlichen Gedächtnisses: die einen in Richtung Holocaust, die anderen in Richtung Kommunismus und wieder andere in Richtung Verbrechen gegen die Humanität. Wenn man es zugespitzt sagen will, Kollege Urzì, so ist das, was wir erleben, auch eine Art von Gedächtnisfabrik und es erinnert in vielerlei Hinsicht an die Laternenpfähle, an denen Historiker und Betroffene ihre Duftmarken anbringen. Ich kann also nur davon abraten, diese Form von Gedächtnispflege zu betreiben. Meiner Meinung nach sollte man durch eine breite Geschichtskultur, vor allem in den Geschichtsbüchern und im Unterricht diese Kenntnis verbreitet. Wenn wir einen neuen Feiertag einführen würden, etwa den 9. November, der bereits durch die sogenannte Reichskristallnacht hinreichend besetzt ist, dann würden wir nichts weiter als eine Art von segmentiertem Gedächtnis erreichen. Davor würde ich entschieden warnen. Ich würde eher für eine breite Gedächtniskultur eintreten, die alle unterschiedlichen Erinnerungsformen ein-

schließt und in Austausch setzt. Geschichte muss dialogisieren und darf nicht nebeneinander herleben.

Abschließend noch ein paar kleine Hinweise auf die Prämissen. Wenn der Kollege Urzì von der Verfolgung hebräischer Bürger durch Italien spricht, so muss ich sagen, dass es nicht die Italiener waren, die die Juden verfolgt haben, sondern das faschistische Regime. Hier muss man schon etwas präzise sein. Wie gesagt, insgesamt enthält dieser Beschlussantrag einen wichtigen Ansatz, aber ich werde entschieden dagegen stimmen, wenngleich ich die historischen Ansätze des Kollegen Urzì für begrüßenswert halte.

LEITNER (Die Freiheitlichen): Vor nicht einmal einem Monat ist ein Beschlussantrag von uns Freiheitlichen behandelt worden, der die Einführung eines Gedenktages für alle Opfer von Regimes zum Inhalt hatte. Ich wundere mich, dass der Kollege Heiss damals dagegen gestimmt hat und jetzt genauso argumentiert, wie ich damals argumentiert habe. Auch ich bin der Meinung, dass es wenig Sinn hat, für jede Sache einen eigenen Gedenktag einzuführen. Nach all dieser Zeit sollten wir schon in der Lage sein, einen Gedenktag zu begehen, an dem man aller Opfer gedenkt! Diese Differenzierungen, die man hier macht, nützen doch niemandem etwas. Das, was in den Prämissen des Beschlussantrages steht, ist sicher richtig. Was die Katastrophe von Katyn anbelangt, so muss ich sagen, dass dieselbe den Deutschen in die Schuhe geschoben wurde. Erst vor kurzer Zeit ist man draufgekommen, dass es eigentlich die Russen waren. Diese sogenannte "Katyn-Lüge" hat sich also über Jahrzehnte aufrecht erhalten und deshalb wäre hier noch viel Aufarbeitung nötig. Ich möchte mich jetzt wirklich nicht auf die eine oder andere Seite stellen. Es waren auch nicht die Deutschen, die die Juden ermordet haben, sondern es war das deutsche Regime, Kollege Heiss, das dafür verantwortlich gezeichnet hat. Wenn man jetzt hergeht und diese Schattierungen herausarbeitet, dann begeben wir uns auf ein sehr glattes Feld. Ich bin nicht ein Befürworter für das Ziehen eines Schlussstriches im Sinne dass man nicht mehr darüber redet, aber in der heutigen Zeit sollten wir schon in der Lage sein, uns zusammensetzen und an einem Tag aller Opfer von Regimen usw. zu gedenken. Das wäre ehrlicher und diese Unterscheidung zwischen Bösen und weniger Bösen würde endlich aufhören. Die historische Wahrheit kommt über kurz oder lang ans Tageslicht. Eines ist klar - und da hat der Kollege Urzì schon Recht -, und zwar, dass in den letzten Jahrzehnten hinsichtlich der Gräueltaten des Kommunismus sehr wenig getan wurde. Auf der einen Seite wurde jedes kleinste Detail an die Öffentlichkeit gebracht, auf der anderen Seite hat man aber nicht unbedingt danach getrachtet, die Wahrheit ans Licht zu bringen. Wie gesagt, wir möchten sicher nicht hergehen und diese Aufteilungen vormachen. Wenn der Sohn des britischen Thronfolgers Nazisymbole trägt, dann schreit die ganze Welt auf, aber wenn in Bozen junge Menschen mit Che-Guevara-T-Shirts und mit gewaltverherrlichenden Parolen herumlaufen, dann ist das ganz etwas Selbstverständliches. Wir müssen in der Lage sein, auf eine Ebene

zu kommen, auf der wir alle Regimes verurteilen. Warum also nicht einen Gedenktag für die Opfer aller Regimes?

KLOTZ (UFS): Den Che Guevara würde ich da herauslassen, Kollege Leitner.

Wie heißt es so schön? Wer bis zwanzig nie Kommunist war, hat kein Herz, wer nach vierzig immer noch Kommunist ist, hat keinen Verstand.

LEITNER (Die Freiheitlichen): Sozialist!

KLOTZ (UFS): Danke für die Berichtigung, Kollege Leitner. Ich hätte das auf den Kommunismus umgelegt.

Ich schließe mich meinem Vorredner an. Es ist gut, dass diese Dinge einmal zur Sprache kommen. Die Einbringer des Beschlussantrages haben hier eine ganze Reihe von Quellen genannt. Auch das stalinistische Terrorregime ist hier erwähnt, und das war nicht das geringste, Kollege Urzì. Sie haben auch die Gräueltaten gegen die Kulaken und gegen ganze Völker erwähnt. Hier gab es ja eine regelrechte Ausrottungspolitik. Wir werden eines Tages auch noch die neueren chinesischen Gräueltaten in dieses allgemeine Gedenken aufnehmen. Allerdings bin auch ich der Meinung, dass man hier jede Inflation vermeiden sollte. Man sollte nicht einen Gedenktag für diese und für jene einführen, sondern man sollte insgesamt solcher Exzesse und Aktionen des Völkermordes gedenken und solchen Regimes eine überzeugende Abfuhr erteilen, die natürlich mit Geschichtsunterricht und entsprechender Aufklärung einhergehen muss. Es nützt gar nichts, wenn sich einige Staatsoberhäupter zu einem Gedenken treffen und die Bevölkerung kaum Kenntnis davon nimmt. Wenn schon, dann müssen solche Dinge den Jugendlichen möglichst umfassend nahegebracht werden. Wer glaubt, dass diese Dinge der Vergangenheit angehören, der müsste aufgrund der Meldungen über Gräueltaten des superzivilisierten Amerika schon eines Besseren belehrt worden sein. Deshalb bin ich nicht der Meinung, dass man separate Gedenktage einführen sollte, denn das führt sicher zu einer Inflation und nimmt dem Ganzen den Schrecken.

DURNWALDER (Landeshauptmann – SVP): Es ist sehr schwierig, zu diesem Beschlussantrag Stellung zu nehmen, denn wir sind uns wohl alle einig, dass wir gegen die Gräueltaten des Kommunismus zu Felde ziehen und sie verurteilen müssen. Es darf aber nicht so sein, dass man hergeht und sagt, dass die Verbrechen der Linken verurteilt werden und die Verbrechen der Rechten relativiert werden müssen. Jede Gräueltat, die geschehen ist und geschieht, ist zu verurteilen, unabhängig davon, ob sie von rechter oder von linker Seite kommt. Mit der Einführung von Gedenktagen

können wir sicher keine Verbesserung herbeiführen. Wir sollten versuchen, alles zu tun, damit in den Familien darüber gesprochen wird und damit die Kinder darauf aufmerksam gemacht werden. Es sollte auch in den Schulen darüber geredet werden, um auf diese Art und Weise die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass so etwas nicht mehr passiert. Jeder muss entsprechende Achtung und Respekt vor den anderen, vor allem aber vor den Schwachen und vor den Minderheiten haben. Auf diese Art und Weise tun wir viel mehr, als wenn wir jetzt eine Reihe von Gedenktagen einführen würden. Damit, dass wir einen Gedenktag abhalten, tragen wir bestimmt nicht zu mehr Frieden und Gerechtigkeit bei. Deshalb sprechen wir uns gegen diesen Beschlussantrag aus.

URZÌ (AN): Riconosco giustificato l'imbarazzo del presidente Durnwalder quando ammette candidamente di non poter spingersi oltre una certa misura, oltre dichiarazioni di prammatica, comprendo l'imbarazzo dopo lo schieramento aperto del suo partito, la SVP, con la sinistra ad ogni livello, a cominciare dal comune di Bolzano, dove nei giorni precedenti il ballottaggio era tutto un'affannarsi di composizioni di giunte virtuali di sinistra con l'assessore di Rifondazione Comunista, piuttosto che quello dei Comunisti italiani però scartato, perché fra "Galli e Galletti" c'era il rischio che potessero scoppiare delle incomprensioni all'interno di quell'area politica. Comprendo il suo imbarazzo quando quindi non ha il coraggio di andare oltre, dimostrando di essere coerente con un proprio pensiero espresso nel passato. Ma oggi evidentemente le condizioni politiche fanno della SVP un partito schierato a sinistra e quindi comprendo che debba esercitare fino in fondo questo ruolo, fino al punto di affermare ciò che è stato affermato.

Quando si discutono documenti di un certo tipo di valenza politica, di un certo tipo di taglio politico che attiene anche a responsabilità collettive della sinistra, la prima ad assentarsi è l'assessora Gneccchi, che non è assente giustificata, mi conferma la presidente, tanto è vero che l'abbiamo vista affannarsi ad abbandonare l'aula prima di affrontare un dibattito evidentemente tanto difficile da affrontare, con motivi che possano smentire le premesse che abbiamo posto nel nostro documento.

Apprezzo di più la limpidezza dei ragionamenti dei colleghi che sono intervenuti nel dibattito, che hanno affermato con grande chiarezza, anche morale, una loro posizione riguardo la forma in cui sarebbe da presentare un organico progetto di celebrazione della memoria più dolorosa.

Ma ritorniamo indietro. Ecco che l'assessora Gneccchi compare, peccato, poteva essere un'occasione per aprire un dibattito interessante su questo argomento, lo rinviemo solamente. Mi consola pensare che la giornata verrà istituita con tutta probabilità già nel corso dell'anno, a questa giornata parteciperanno tutte le istituzioni nazionali, quindi anche la Provincia autonoma di Bolzano. Ci ritroveremo anche, come è già stato fatto nel passato, per la giornata che celebra e ricorda, il 10 febbraio, la tragedia delle foibe, ci troveremo a chiedere alla Provincia di rendere conto di ciò che

ha avviato in termini di iniziative, celebrazioni, manifestazioni, per ricordare degnamente questi avvenimenti. Lo faremo con piacere sollecitando però un'azione più incisiva rispetto a quella che abbiamo potuto verificare nel recente passato, se è vero come è vero che per il 10 febbraio la Provincia di Bolzano ha dimostrato di essere un po' troppo lontana rispetto allo spirito che invece ha pervaso tutto il Paese. Allora non si ricorra ad una lettura di parte del documento che abbiamo presentato, signor Presidente, che non vuole in alcun modo limitare il doloroso ricordo di altre memorie, ma vuole facilitare la presa di coscienza su un altro doloroso e gravissimo precedente della storia dell'umanità, ma che ha anche il preciso dovere di essere degnamente fissato fra i fatti più importanti che hanno segnato la nostra civiltà. Volevamo che anche la Provincia di Bolzano in un certo qual modo assumesse questo impegno in via diretta. Se non sarà possibile, ma voglio ancora sperarlo, accadrà in via indiretta quando anche in provincia di Bolzano saremo chiamati a celebrare questa giornata nel modo più dignitoso e raccolto possibile.

PRÄSIDENTIN: Wir stimmen über den Beschlussantrag ab: mit 4 Ja-Stimmen, 4 Enthaltungen und dem Rest Nein-Stimmen abgelehnt.

Die Behandlung von Tagesordnungspunkt 8, Beschlussantrag Nr. 117/04, eingebracht von den Abgeordneten Minniti, Holzmann und Urzì, wird aufgrund des im Sinne von Ersteinbringer, Abg. Minniti, in der heutigen Fraktionssprechersitzung gestellten Antrages auf die nächste Sitzungsfolge vertagt.

Punkt 9 der Tagesordnung: **“Beschlussantrag Nr. 118/04 vom 8.6.2004, eingebracht von der Abgeordneten Biancofiore, betreffend ‘Vom Präsidenten des österreichischen Nationalrates, Andreas Khol, ausgearbeitetes Dokument’”**.

Punto 9) dell'ordine del giorno: **“Mozione n. 118/04 del 8.6.2004, presentata dalla consigliera Biancofiore, riguardante ‘Documento predisposto dal Presidente del Parlamento Austriaco Andreas Khol’”**.

Vom Präsidenten des österreichischen Nationalrates, Andreas Khol, ausgearbeitetes Dokument

Festgestellt, dass die Lokalpresse anlässlich des kürzlichen Südtirolbesuchs des Präsidenten des österreichischen Nationalrates, Andreas Khol, von einem beunruhigenden von ihm verfassten Dokument berichtete, in dem Khol zugibt, dass der Präsident der Europäischen Kommission Romano Prodi sich auf ungebührliche und schwerwiegende Weise politisch in die Arbeit des institutionellen Ausschusses, dem Khol vorsteht, eingemischt hat, u.zw. hinsichtlich eines Gesetzes, das dem EU-Recht zuwiderläuft, zu dessen Einhaltung Prodi ja verpflichtet wäre; festgestellt, dass anscheinend aus dem selben Dokument hervorgeht, dass Landeshauptmann Durnwalder in seiner Eigenschaft als Präsident der Regierung der Autonomen Provinz Bozen, also einer

italienischen Gebietskörperschaft, schriftlich auf den österreichischen Bundeskanzler Wolfgang Schüssel, also den Regierungschef einer ausländischen Nation, Druck ausgeübt hat, um ihn aufzufordern, sich für eine allfällige Änderung eines von der Rechtsordnung der Republik Italien festgelegten Gesetzes einzusetzen, was einer Verletzung der italienischen Verfassung gleichkommt, auf die ja der Landeshauptmann seinen Eid abgelegt hat;

wird

DIE LANDESREGIERUNG UND DER LANDESHAUPTMANN
verpflichtet,
von Handlungen Abstand zu nehmen, welche die Interessen des italienischen Staates verletzen könnten, da die Autonome Provinz Bozen gemäß Artikel 126 der italienischen Verfassung - auf die jeder Abgeordnete einschließlich des gewählten Landeshauptmanns seinen Eid abgelegt hat - einen integrierenden Teil desselben darstellt;
auch infolge der von Österreich im Jahre 1992 abgegebenen Streitbeilegungserklärung die dauernde Bezugnahme auf eine unwahrscheinliche "Schutzmachfunktion" der österreichischen Nation und ihre Miteinbeziehung in Reformen, welche die italienische Rechtsordnung und die Entscheidungen des Parlaments in seiner Souveränität betreffen, als nicht angebracht zu bezeichnen;
weitere instrumentelle Provokationen zu vermeiden, die zu diplomatischen Verstimmungen zwischen zwei angrenzenden und befreundeten Staaten führen könnten, welche den Prozess der europäischen Integration und die in der Charta der Grundrechte der Europäischen Union enthaltenen Prinzipien respektieren, Prinzipien, laut denen das Ziel in der Schaffung eines Europas der Völker und der Nationen besteht.

Documento predisposto dal presidente del Parlamento Austriaco Andreas Khol

Presa visione dalla stampa locale di un inquietante documento predisposto dal Presidente del Parlamento Austriaco Andreas Khol, in occasione della sua recente visita in Alto Adige, che ammette la già grave e indebita ingerenza politica del Presidente della Commissione Europea, Romano Prodi, sulla Commissione istituzionale da lui presieduta, circa una legge che contravviene lo stesso diritto europeo del quale egli sarebbe dovuto essere garante;

stante che dallo stesso documento si evincerebbe il fatto che il presidente Durnwalder, nella sua qualità di presidente della Giunta della Provincia Autonoma di Bolzano, dunque di un ente territoriale italiano, avrebbe esercitato pressioni, messe per iscritto, sul presidente del consiglio austriaco Wolfgang Schüssel, capo di governo di una nazione straniera, per sollecitare un intervento dello stesso circa una eventuale modifica di una legge stabilita dall'ordinamento della Repubblica italiana, violando con ciò le norme dell'ordinamento della Costituzione italiana sulla quale ha peraltro, prestato giuramento;

si impegna

LA GIUNTA PROVINCIALE E IL PRESIDENTE

a evitare di compiere atti potenzialmente lesivi degli interessi dello Stato italiano del quale la Provincia Autonoma di Bolzano è parte integrante, ai sensi dell'articolo 126 della Costituzione italiana, sulla quale

*ogni consigliere, ivi compreso il presidente eletto, ha prestato giuramento;
a concordare sull'inopportunità, anche a seguito della quietanza liberatoria rilasciata dall'Austria nel 1992, del riferimento continuo a una improbabile "funzione tutrice" della stessa nazione austriaca e il suo coinvolgimento in riforme che riguardano l'ordinamento giuridico italiano e le decisioni del parlamento sovrano;
a evitare ulteriori strumentali provocazioni che possano cagionare frizioni diplomatiche fra due stati confinanti e amici, rispettosi del processo di integrazione europea e dei principi ispiratori contenuti nella Carta dei diritti fondamentali dell'UE, che prevedono l'obiettivo dichiarato di un'Europa dei Popoli e delle Nazioni.*

Frau Abgeordnete Biancofiore, Sie haben das Wort für die Erläuterung.

BIANCOFIORE (Forza Italia): Ho volutamente procrastinato l'esame di questa mozione nei mesi precedenti, perché si andava incontro ad una campagna elettorale che poteva risultare esasperata se si fossero toccati oltre modo temi che ormai ci portiamo avanti da anni e che non sono mai stati affrontati alla luce di documenti realistici e storici che riguardano la nostra provincia, anche con la collusione di governi che non sono quelli oggi in carica, governi democristiani prima e dell'Ulivo poi, che hanno contribuito a creare un clima di non verità storica sulla quale oggi, con questa mozione, vorrei in qualche maniera partecipare a far chiarezza, anche se non posso auspicare molto, perché purtroppo conosciamo i precedenti storici. Qua c'è un problema relativo più ad una questione di metodo più che di merito, portata avanti dal presidente della Provincia autonoma di Bolzano, di un'autonomia locale facente parte dell'ordinamento dello stato italiano. Il "Corriere della Sera/Alto Adige" circa un anno fa, pubblicava integralmente il dossier predisposto dal presidente del Parlamento austriaco Andreas Khol, che è sempre molto ingerente delle questioni interne dello stato italiano, non solo della riforma costituzionale ma dell'autonomia dell'Alto Adige, prerogativa che dai documenti storici, in mio possesso, dell'archivio di stato non gli competerebbe – so che troverò molte dissonanze in merito, questo dossier riportava un carteggio predisposto dal presidente Durnwalder il quale sollecitava il presidente del governo dell'Austria, cioè di un'altra nazione benché sempre dell'Unione Europea, Schüssel ad intervenire sull'allora presidente della Commissione europea Romano Prodi, del quale per fortuna ci siamo oggi come oggi liberati visto anche come ha messo in evidenza la sua funzione *super partes*, lui che doveva garantire le direttive europee, affinché non venisse messa in mora l'Italia su una norma d'attuazione che riguarda lo statuto d'autonomia dell'Alto Adige, che ha rango costituzionale, come tutti sappiamo, e che era in quel momento oggetto di procedura d'infrazione già deliberata e che, per fortuna, grazie all'accordo trovato fra Provincia autonoma di Bolzano e il governo italiano, è andata a buon fine nei mesi scorsi. Quindi non voglio più parlare del merito che per fortuna è stato risolto secondo noi con la dichiarazione ad hoc, voi la definite non ad hoc, chiamiamola come vogliamo, ma il problema è stato

risolto. Ma rimane un problema di metodo, che non è accettabile, il ricorso ad una nazione straniera per risolvere un problema inerente la normativa italiana, perché comunque lo statuto d'autonomia è atto interno dello Stato italiano, così come tutti i documenti rivelano e come anche il presidente Durnwalder credo sappia.

In questa mozione La invito a ripristinare quella che è la verità storica. Tutti sappiamo che la funzione tutrice dell'Austria non è mai stata riconosciuta dallo Stato italiano, perché la questione italiana portata davanti all'ONU nel 1960 fu poi chiarificata durante la cosiddetta relazione Rumor, quando fu deliberato il pacchetto delle leggi sull'Alto Adige e quindi, di fatto, debellata questa funzione tutrice con la quietanza liberatoria del 1992. Questo è ribadito in tutti i documenti storici, non un governo politico, non una parte politica ma i documenti dell'Archivio di stato sia del Ministero degli Affari regionali che del Ministero degli Affari esteri che della Presidenza del Consiglio dei Ministri. Vorrei invitare a mettere da parte ogni considerazione relativa a queste funzioni tutrici di una nazione straniera, tra l'altro di una nazione che fa parte dello stesso processo di integrazione europeo, quindi di una nazione amica.

Vorrei sentire dal presidente Durnwalder innanzitutto se smentisce di aver scritto questo documento al presidente Schüssel, perché è incappato nell'articolo 126 della Costituzione, quindi nella violazione della Carta Costituzionale italiana.

DURNWALDER (Landeshauptmann – SVP): Sehr verehrte Frau Präsidentin, verehrte Damen und Herren! Ich habe schon immer gesagt, dass die Kollegin Biancofiore vom Autonomiestatut und den gesetzlichen Bestimmungen, die unsere Autonomie regeln, keinen blassen Schimmer hat. Sonst könnte sie solche Dinge nicht verzapfen! Frau Kollegin Biancofiore, wir haben uns in Südtirol lange bemüht, Frieden zu schaffen und das Pariser Abkommen entsprechend zu interpretieren. Viele Südtirolerinnen und Südtiroler haben in den 60-er Jahren eine Reihe von Opfern gebracht, damit diese Richtigstellung der Akten nach dem Pariser Abkommen vollzogen werden konnte. Wir haben heute eine Autonomie, und wenn sich die Kollegin Biancofiore die Mühe gemacht hätte, die geschichtlichen Verträge und Abmachungen zu studieren, dann könnte sie heute nicht so etwas Unverständliches von sich geben. Jeder weiß, dass die Streitbeilegungserklärung die Schutzfunktion Österreichs nicht nur festgelegt, sondern auch anerkannt hat. Das, was vor der UNO hinterlegt worden ist, ist auch auf internationaler Ebene anerkannt worden. Diesbezüglich gibt es wohl keinen Zweifel, mit Ausnahme von Seiten derjenigen, die das Zusammenleben einfach nicht akzeptieren wollen und immer wieder Streit und Hader schüren möchten. Das, was die Kollegin Biancofiore gesagt hat, ist ein Beweis dafür, dass sie von der Geschichte keine Ahnung hat und dass sie zwischen Staaten getroffene Vereinbarungen nicht zur Kenntnis nimmt. Sie hat gesagt, dass wir alle den Eid auf die italienische Verfassung abgelegt haben. Wir alle sind dem eigenen Gewissen verpflichtet, das heißt das zu tun, was Recht und Gerechtigkeit ist. Wir alle haben dafür zu sorgen, dass internationale

Verträge eingehalten werden. Wir müssen uns also dafür einsetzen, dass die getroffenen Vereinbarungen als Grundlage für den Frieden in unserem Lande eingehalten werden. Wenn der italienische Staat Durchführungsbestimmungen, die ein Teil der Verfassung sind, nicht einhalten will und zum Teil sogar in Zweifel zieht, dann müssen wir uns zur Wehr setzen! Die Dokumente, die von der italienischen Regierung genehmigt worden sind, müssen auch eingehalten werden. Es ist eine Schande, dass gewisse Leute gefasste Beschlüsse und Durchführungsbestimmungen nicht einhalten wollen. Liebe Kollegin Biancofiore, ich bin bei der Schutzmachtinhaberin, also bei der Republik Österreich vorstellig geworden und habe darum gebeten, dass man sich dafür einsetzen möge, dass die von der italienischen Regierung genehmigten Durchführungsbestimmungen eingehalten werden. Das, Kollegin Biancofiore, werde ich auch in Zukunft tun! Wir wollen ja nicht, dass nur Papier geschaffen wird, sondern wir wollen, dass der Inhalt dieser Vereinbarungen eingehalten wird. Ich freue mich, dass es dank unseres Einsatzes gelungen ist, eine für uns alle tragbare Lösung zu finden.

BIANCOFIORE (Forza Italia): Lei continua ad insultare le persone sulla verità storica, perché le Sue, Presidente, rimangono parole, io invece ho documenti scritti dell'Archivio dello Stato italiano, che posso leggere a tutta l'aula, documenti della presidenza del Consiglio dei Ministri. Le Sue rimangono parole, a meno che Lei non voglia confutare un documento reale. Siamo al paradosso istituzionale e non soltanto storico. Ciò detto, Lei continua ad insultare le persone, imputando a loro la non conoscenza dello Statuto d'autonomia. Lo conosciamo invece tutti e anche in questi giorni abbiamo dimostrato di rispettarlo, il più delle volte anche rispetto a Lei. Qua non si tratta del rispetto della normativa sul censimento, anche perché questa normativa, che fa parte dell'ordinamento dello Stato italiano, perché lo Statuto d'autonomia è un atto interno dello Stato italiano e non della repubblica austriaca, è stato portato davanti al Parlamento austriaco, ma è stato varato dallo Stato italiano, e anche l'Onu ha decretato, di fronte ad entrambi gli stati, che la quietanza liberatoria chiudeva la vertenza internazionale. Lei vuole confutare le verità storiche, io speravo invece che potessimo fare un passo in avanti una volta per tutte ed evitare questo continuo ricorso che risulta ormai ridicolo, ad una "potenza tutrice". Anzi per fortuna loro, è stata capita ormai la gravità di un'espressione di questo genere in Europa, visto che siamo stati confinanti dove c'è la contiguità linguistica. Quindi non c'è nessuna preoccupazione di non difesa della minoranza tedesca. Per fortuna già loro hanno smorzato i toni e sono passati a dire "funzione tutrice". Io spero soltanto che in itinere, visto che qua dentro non si può ragionare, sarà l'Austria a prendere la distanza da questioni retrograde che qualcuno vuole ancora portare avanti soltanto per motivazioni politiche. Io parlo con documenti alla mano, se Lei sarà in grado di fornirmi gli stessi documenti, potremo iniziare a ragionare.

PRÄSIDENTIN: Wir stimmen über den Beschlussantrag ab: mit 2 Ja-Stimmen und dem Rest Nein-Stimmen abgelehnt.

Punkt 10 der Tagesordnung: **“Beschlussantrag Nr. 130/04 vom 25.6.2004, eingebracht von den Abgeordneten Minniti, Holzmann und Urzì, betreffend Kriterien für die Stellenvergabe an das Kindergartenpersonal – Hat das im Stellenplan eingestufte Personal das Nachsehen?”.**

Punto 10) dell'ordine del giorno: **“Mozione n. 130/04 del 25.6.2004, presentata dai consiglieri Minniti, Holzmann e Urzì, riguardante Criteri assegnazione posti personale scuola materna – Penalizzato il personale di ruolo?”.**

Kriterien für die Stellenvergabe an das Kindergartenpersonal - Hat das im Stellenplan eingestufte Personal das Nachsehen?

Mit Beschluss Nr. 1264 vom vergangenen 19. April legte die Landesregierung die Kriterien für die Stellenvergabe an das Kindergartenpersonal fest. Rund um diesen Beschluss sind so manche Polemiken entstanden, da das Personal mit befristetem Arbeitsverhältnis vor dem im Stellenplan eingestuftem Personal zum Zug kommt. Aufgrund der amtlichen Wiederbestätigung auf der jeweiligen Stelle für das gesamte Personal, welches 2001 die Eignungsprüfung bestanden hat, hat das im Stellenplan eingestufte Personal (mit unbefristetem Auftrag), welches versetzt werden möchte und viele Dienstjahre aufweisen kann, wegen der Wiederbestätigung des Personals mit einem befristetem Arbeitsverhältnis das Nachsehen, wie in Abschnitt II – Versetzungen, Art. 12 Absätze 3 und 6 vorgesehen.

Zudem wählen die Bewerberinnen mit Laureat, denen bis zu 4 Dienstjahre angerechnet werden, nach jenen aus, die in diesem Schuljahr an der Eignungsprüfung teilnehmen, weshalb das Laureat - das auf gesamtstaatlicher Ebene zum Unterricht ermächtigt - weniger zählt als die von der Provinz Bozen eingeführte Eignungsprüfung, an der alle teilnehmen können, die 3 Dienstjahre aufweisen.

In Südtirol hat das Land seit 1999 - dem Jahr, in dem die Universität gegründet wurde - 4 Eignungsprüfungen abgehalten: eine 2001 und eine 2003 für die Kindergärtnerinnen und weitere zwei für die Assistentinnen. Eignungsprüfungen deshalb, da anscheinend keine Planstellen vorhanden sind; und dies obwohl die Anzahl des für geeignet befundenen Personals (das im übrigen ausnahmslos eine Stelle besetzt) meines Wissens jene des im Stellenplan eingestuften Personals um 80 übersteigt. Damit wird leider an einer prekären Situation festgehalten, die weder dem Arbeitnehmer noch der Schule noch der Organisation und Kontinuität derselben von Nutzen sein kann. Vielleicht wäre es angesichts dieser Tatsachen angebracht, besagten Stellenplan in Bezug auf die italienische und die ladinische Sprachgruppe zu erweitern.

Dies vorausgeschickt,

verpflichtet

DER SÜDTIROLER LANDTAG

die Landesregierung,
den eingangs erwähnten Stellenplan zu erweitern und vorzusehen,
dass das im Stellenplan eingestufte Personal bei Versetzungen erst
nach dem Personal mit einem befristeten Arbeitsverhältnis zum Zuge
kommt, wie dies in Abschnitt II – Versetzungen, Artikel 12 Absätze 3
und 6 vorgesehen ist. Es könnten dadurch nämlich die mit dem
Dienstalter erworbenen Rechte verletzt und die Mobilität des
Personals unmöglich gemacht werden. Damit soll erreicht werden,
dass der von der Provinz Bozen eingeführten Eignungsprüfung, zu
der sämtliche Bewerberinnen mit 3 Dienstjahren bei der Landesver-
waltung zugelassen sind, nicht mehr Gewicht eingeräumt wird als dem
Laureat, das auf gesamtstaatlicher Ebene anerkannt ist und zum
Unterricht ermächtigt.

Criteria assegnazione posti personale scuola materna - Penalizzato il personale di ruolo?

Con delibera n. 1264 del 19 aprile u.s. la Giunta provinciale stabiliva i criteri per l'assegnazione di posti al personale di scuola materna. Si tratta di una delibera al centro di alcune polemiche in quanto il personale di ruolo verrebbe scavalcato dal personale a tempo determinato. Vale a dire che a causa delle riconferme d'ufficio nel relativo posto di lavoro per tutto il personale che nel 2001 ha superato l'esame di idoneità all'insegnamento, il personale di ruolo (a tempo indeterminato) che vuole trasferirsi e che ha molti anni di servizio si vedrebbe scavalcato dalle riconferme del personale a tempo determinato, come stabilisce il capo II - Trasferimenti articolo 12, comma 3 e 6. Si rischia pertanto di ledere i diritti acquisiti con l'anzianità di servizio e viene meno la possibilità di mobilità del personale.

Inoltre le aspiranti laureate, alle quali viene dato un punteggio fino a 4 anni di servizio, scelgono dopo coloro che in quest'anno scolastico stanno espletando il concorso per l'idoneità all'insegnamento per cui la laurea, titolo valido in ambito nazionale e abilitante all'insegnamento, vale meno dell'esame di idoneità istituito dalla Provincia di Bolzano al quale possono accedere tutte le aspiranti che avevano 3 anni di servizio.

In questo contesto in Alto Adige dal 1999, anno in cui è stata istituita l'Università, a oggi sono stati espletati ben 4 esami di idoneità all'insegnamento da parte della Provincia: uno nel 2001 e uno nel 2003 per le insegnanti e altri due per le assistenti. Esami di idoneità in quanto non esisterebbero posti da mettere a ruolo nonostante il personale idoneo (peraltro tutto occupato) mi risulti superi di 80 unità il personale in pianta organica. Mantenendo quindi, colpevolmente, una forma di precariato che non agevola né il lavoratore né la scuola né l'organizzazione e la continuità della stessa. Forse, alla luce di questa considerazione, sarebbe il caso di ampliare tale organico sia per quanto riguarda il gruppo linguistico italiano come quello ladino.

Ciò premesso,

IL CONSIGLIO DELLA PROVINCIA AUTONOMA DI BOLZANO
impegna

la Giunta provinciale

ad ampliare l'organico di cui in premessa e a prevedere che il personale di ruolo in occasione di trasferimenti non possa essere scavalcato dal personale a tempo determinato come stabilisce il capo II - Trasferimenti articolo 12, comma 3 e 6 attraverso il quale si rischia di ledere i diritti acquisiti con l'anzianità di servizio e viene meno la possibilità di mobilità del personale, in maniera che l'idoneità istituita dalla Provincia di Bolzano e alla quale possono accedere tutte le aspiranti che hanno 3 anni di servizio in provincia non costituisca una valutazione in qualche modo superiore alla laurea, titolo valido in ambito nazionale e abilitante all'insegnamento.

Der Abgeordnete Minniti hat mich gebeten, die Erläuterungen nachher vornehmen zu können, was bedeutet, dass wir die Behandlung dieses Beschlussantrages kurzfristig aussetzen.

Punkt 11 der Tagesordnung: “Beschlussantrag Nr. 132/04 vom 29.6.2004, eingebracht von den Abgeordneten Holzmann, Minniti und Urzì, betreffend die Aussetzung von Tieren”.

Punto 11) dell'ordine del giorno: “Mozione n. 132/04 del 29.6.2004, presentata dai consiglieri Holzmann, Minniti e Urzì, riguardante l'abbandono di animali”.

Aussetzung von Tieren

Vorausgeschickt,

dass jedes Jahr zahlreiche Tiere ausgesetzt und viele davon sogar misshandelt werden. Im Vorjahr wurden auf den Straßen des Landes sogar einige LKW abgefangen, die Hunde beförderten, welche für die Vivisektion bestimmt waren;

dass es zwar einen Schalter für die Rechte der Tiere gibt, der einen ersten Schritt in Richtung neue Sensibilität den schwächsten Lebewesen gegenüber darstellt, was aber noch nicht ausreicht, solche Probleme in Zukunft zu verhindern;

mit dem nahenden Sommer das Aussetzen von Haustieren voraussichtlich zunehmen wird,

verpflichtet

DER SÜDTIROLER LANDTAG

die Landesregierung,

die Möglichkeit zu prüfen, Bestimmungen zu erlassen, welche den Transit von Fahrzeugen, die für Tierversuche und Vivisektion bestimmte Tiere transportieren, auf den Straßen in Landeszuständigkeit einschränken bzw. verbieten, unabhängig davon, ob sich der Zielort in Italien oder in einem anderen europäischen Land befindet;

sich bei der Regierung, dem italienischen und dem europäischen Parlament dafür zu verwenden, dass binnen kurzem Gesetze bzw. EU-Bestimmungen erlassen werden, welche Tierversuche und Vivisektion, die diesbezügliche Züchtung und den damit zusammenhängenden Handel verbieten;

sich dafür einzusetzen, dass die Zuchtstellen, die Tiere zwecks Tierversuchen und Vivisektion aufziehen, aufgefordert werden, die Tiere kontrolliert freizulassen und nach Möglichkeit deren Übergabe an interessierte Bürger und deren Eingliederung in ihr natürliches Habitat zu begünstigen;

eine Kampagne zur Sensibilisierung der Bevölkerung zu finanzieren, die im Einvernehmen mit den Schulen aller Sprachgruppen von den in diesem Bereich tätigen Südtiroler Vereinen und von den Südtiroler Tierheimen koordiniert werden soll; Gegenstand der Kampagne: die oben erwähnten spezifischen Themen und die Aufnahme ausgesetzter Tiere.

Abbandono di animali

Premesso che:

ogni anno moltissimi animali vengono abbandonati e molti di questi addirittura maltrattati. Lo scorso anno erano addirittura stati intercettati sulle strade della Provincia alcuni camion che trasportavano cani destinati alla vivisezione;

è attivo uno sportello dei diritti degli animali che è solo un primo passo nella direzione di una nuova sensibilità nei confronti degli esseri più indifesi, ma non è sicuramente la soluzione sufficiente affinché tali problemi non si ripresentino in futuro;

in vicinanza della stagione estiva è prevedibile un aumento degli abbandoni di animali d'affezione;

IL CONSIGLIO DELLA PROVINCIA AUTONOMA DI BOLZANO
impegna

la Giunta provinciale

a verificare la possibilità di licenziare una normativa che limiti o impedisca il transito sulle strade di sua competenza agli automezzi che trasportano animali destinati alla sperimentazione e alla vivisezione, sia in territorio nazionale che in quello europeo;

ad attivarsi presso il Governo e i Parlamenti nazionale ed europeo affinché si arrivi in tempi brevi a una legislazione nazionale ed europea che vieti la sperimentazione e la vivisezione sugli animali, il loro allevamento e il relativo commercio;

ad attivarsi affinché agli allevamenti di animali destinati alla sperimentazione e vivisezione sia richiesta la liberazione controllata degli animali attualmente detenuti favorendo, ove possibile, la loro adozione da parte dei cittadini interessati e il reinserimento degli stessi nel loro habitat naturale;

a finanziare una campagna di sensibilizzazione dell'opinione pubblica, coordinata dalle associazioni di settore e dai canili operanti sul territorio provinciale e in accordo con le scuole di tutti i gruppi linguistici, su questi temi specifici e sull'adozione di animali abbandonati.

Herr Abgeordneter Holzmann, Sie haben das Wort für die Erläuterung.

HOLZMANN (AN): Il problema di abbandono di animali è ricorrente soprattutto in questa stagione dell'anno, e anche nella nostra provincia i canili si trovano spesso ad avere problemi di accoglienza proprio perché l'abbandono è più frequente. A

questo riguardo sono state fatte varie iniziative a livello nazionale, comprese campagne pubblicitarie, ed è stata compiuta una certa opera di sensibilizzazione. Visto che ne ha la competenza, la Provincia potrebbe promuovere anche a livello locale una campagna informativa contro l'abbandono degli animali domestici.

Qualche anno fa ha suscitato molto scalpore la notizia di autocarri carichi di cani destinati a laboratori della Germania per la sperimentazione su di loro. In quella occasione ci fu una mobilitazione popolare e questi animali vennero salvati in extremis. Successivamente ancora sulle strade della nostra provincia sono stati segnalati transiti di animali destinati alla vivisezione e in alcuni casi si è riusciti ad impedire che ciò avvenisse. Ora, pur con il ragionevole dubbio sulla possibilità da parte della Provincia di legiferare in materia perentoria, tuttavia qualcosa si potrebbe forse fare. Mi riferisco soprattutto alla campagna contro l'abbandono di animali d'affezione e anche verificare, in collaborazione con altri enti pubblici, la possibilità di impedire il transito di automezzi che trasportano animali destinati alla vivisezione.

Da questo punto di vista non ho certezza che la Provincia possa attivarsi, ma chiedo all'assessore di esprimersi in merito.

KURY (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda): Es freut mich, dass sich der Kollege Holzmann für Tiere einsetzt. Wir haben das auch des Öfteren versucht. Der Punkt 3 des beschließenden Teiles wird wahrscheinlich nur schwierig umzusetzen zu sein, denn meines Wissens sind Tierversuche in Südtirol verboten. Deshalb wird man die Zuchtstellen nicht auffordern können, auf Tierversuche zu verzichten. Allerdings stimmt es, dass Tiere vor allem von Süden nach Norden befördert werden, um dort, wo es keine entsprechenden Verbote gibt, für Tierversuche hergenommen zu werden. Hier wäre zu schauen, ob man den Transit verbieten kann, und deshalb würde ich den Punkt 1 absolut unterstützen.

Unsere volle Unterstützung gibt es auch dafür, dass man sich sowohl bei der italienischen Regierung, als auch beim Europäischen Parlament und bei der Europäischen Kommission gegen Tierversuche ausspricht. Auch der Punkt 4 geht in Ordnung.

BERGER (Landesrat für Landwirtschaft, land-, forst- und hauswirtschaftliche Berufsbildung, Informationstechnik und Grundbuch und Kataster – SVP): Herr Abgeordneter Holzmann, es ist dies die Wiederholung eines Beschlussantrages aus dem Jahre 2002. Es ist gut, dass über dieses Thema gesprochen wird, denn es geht effektiv darum festzuhalten, welche Kompetenzen wir wo haben. Was den Verkehr anbelangt, so spricht das europäische und italienische Recht eine andere Sprache, als wir es möchten. Mit dem Punkt 4 des beschließenden Teiles, also mit der Finanzierung einer Sensibilisierungskampagne, haben wir überhaupt kein Problem, denn Sensibilisierungskampagnen werden heute schon gemacht, sei es durch die Sanitätseinheit, durch den landestierärztlichen Dienst und durch die Tierschutzorganisationen. Letzteren gewähren wir sogar Beiträge. Das, was der Sanitätsbetrieb macht,

wird ja auch mit öffentlichen Mitteln bezahlt. Vielleicht könnte noch mehr getan werden, aber es wird effektiv etwas getan. Sie wissen auch, dass es in Brixen eine eigene Ladestation für Tiere gibt, die nicht artgerecht transportiert worden sind. So etwas finden Sie nirgendwo anders entlang der Brennerautobahn. Gerade auf dieser Strecke finden diese Transporte statt. Wir haben im Bereich der Tiertransporte, die für Tierversuche bestimmt sind, leider nicht die Möglichkeit zu sagen, dass solche Transporte in Südtirol untersagt sind. Es hängt dann ja auch von der Deklaration ab. Zu welchen Zwecken Tiere transportiert werden, kann kaum festgestellt werden, denn in einem Papier wird wahrscheinlich kaum aufscheinen, dass die Tiere zum Zweck von Tierversuchen transportiert werden. Wir wissen auch, dass Tierversuche innerhalb der Europäischen Union nicht verboten sind. Deshalb können wir solche Transporte in Südtirol auch nicht verbieten. Wir wissen, dass bei Tiertransporten eine erhöhte Kontrolltätigkeit stattfindet, aber wir müssen auch feststellen, dass die Tiertransporter inzwischen besser ausgestattet sind. Das soll aber nicht heißen, dass Tierversuche richtig sind. In Südtirol sind Tierversuche verboten. Das haben Sie ja selbst bestätigt. Die Züchtungen, die es in Südtirol gibt, wurden alle erhoben, aber wer wird deklarieren, dass er Hunde oder andere Tiere züchtet, mit dem Ziel, sie für Tierversuche zur Verfügung zu stellen? So etwas gibt es nicht. Wenn Tiere verkauft werden, so kann derjenige, der sie verkauft, frei darüber entscheiden, an wen er sie verkauft. Da haben wir keine Chance einzuschreiten und zu sagen: "Dieser Verkauf darf nicht stattfinden." Das Ziel dieses Beschlussantrages ist sicher richtig, aber das, was wir machen können, wird auch gemacht. Ich kann Ihnen nur zusagen, dass ich die Tierschutzorganisationen und unsere Ämter auffordern werde, hinsichtlich der Sensibilisierung vielleicht noch mehr zu machen. Es würde nichts bringen, wenn wir diesen Beschlussantrag annehmen würden, da wir für die anderen Punkte nicht zuständig sind.

HOLZMANN (AN): Mi pare di capire che le riserve che l'assessore ha espresso siano soprattutto sui punti 1 e 3 della parte impegnativa, mentre sui punti 2 e 4 c'è una sua disponibilità. Eventualmente non avrei difficoltà a separare la votazione per questi punti. Il punto 2 è solo una richiesta alla Provincia di sensibilizzare il Governo, per quanto nelle sue possibilità, ma questo lo facciamo in moltissimi casi, affinché il Governo vieti la sperimentazione sul territorio nazionale. Questo è più un'iniziativa "diplomatica" che la Provincia dovrebbe fare nei confronti del Governo, in occasione magari di uno dei prossimi incontri col ministro dell'agricoltura. Per quanto riguarda il punto n. 4, una campagna di sensibilizzazione a livello locale potrebbe essere fatta, attraverso per esempio un maggior coinvolgimento delle scolaresche che potrebbero essere portate a visitare le strutture dove questi animali vengono ricoverati. Molto spesso sappiamo che quando vengono abbandonati questi animali subiscono anche incidenti. Sarebbe un aspetto molto educativo, non oneroso per la Provincia ma certamente di grande significato, e credo anche molto utile, perché laddove c'è un abbandono di animale domestico, spesso dietro ci sta un bambino che

riceve in dono l'animale e che poi la famiglia non vuole più gestire e quindi se ne libera. La sensibilizzazione dei minori potrebbe fungere da deterrente verso questa pratica incivile che purtroppo però perdura ancora. Se l'assessore mi facesse un cenno con il capo, sarei disponibile a chiedere la votazione separata sulle due parti.

BERGER (SVP): *(unterbricht)*

HOLZMANN (AN): Chiedo alla presidente di sospendere al momento la votazione per non far perdere tempo, e passare alla mozione successiva, dandomi modo di sistemare questa mozione.

PRÄSIDENTIN: Gut. Die Abstimmung über den Beschlussantrag wird vorläufig ausgesetzt.

Punkt 12 der Tagesordnung: **“Beschlussantrag Nr. 133/04 vom 29.6.2004, eingebracht von den Abgeordneten Holzmann, Minniti und Urzì, betreffend den Zweisprachigkeitsnachweis für Schüler”**.

Punto 12) dell'ordine del giorno: **“Mozione n. 133/04 del 29.6.2004, presentata dai consiglieri Holzmann, Minniti e Urzì, riguardante il patentino di bilinguismo agli studenti”**.

Zweisprachigkeitsnachweis für Schüler

Jedes Jahr müssen zahlreiche Schüler aus Südtirol wie ihre Kollegen im übrigen Italien am Ende der verschiedenen Schulzyklen (Grund-, Mittel- und Oberschulen) eine Abschlussprüfung ablegen. Im Unterschied zu ihren Kollegen müssen die Jugendlichen, welche eine Schule in Südtirol besuchen, auch eine Prüfung über die Zweitsprache ablegen: die Schüler einer italienischen Schule eine Deutschprüfung und die Schüler einer deutschen Schule eine Italienischprüfung.

Leider wird bis heute die Kenntnis der Zweitsprache nicht genügend honoriert.

Den Südtiroler Schülern sollte der Zweisprachigkeitsnachweis gemeinsam mit dem Zeugnis über die bestandene staatliche Abschlussprüfung am Ende des Schulzyklus ausgestellt werden. Es wäre dies eine gerechte Anerkennung der Arbeit, die von Lehrern und Schülern im Laufe des Schuljahres geleistet wird.

Dies vorausgeschickt,

verpflichtet

DER SÜDTIROLER LANDTAG

die Landesregierung,

bei den zuständigen Stellen zu intervenieren, damit eine Bestimmung verabschiedet wird, welche die Ausstellung des Zweisprachigkeitsnachweises bei bestandener Abschlussprüfung des jeweiligen Schulzyklus vorsieht.

Il patentino di bilinguismo agli studenti

Ogni anno molti studenti della provincia di Bolzano si impegnano, come i colleghi del resto d'Italia, ad affrontare gli esami scolastici al termine dei vari cicli di studio (scuole elementari, scuole medie e scuole superiori). A differenza però degli altri colleghi, i giovani che frequentano le scuole nella provincia di Bolzano devono sostenere anche l'esame di seconda lingua, ovvero la lingua tedesca per i ragazzi che frequentano le scuole italiane e la lingua italiana per quelli che frequentano le scuole in lingua tedesca.

Purtroppo a oggi questa prova di conoscenza della seconda lingua non viene sufficientemente premiata.

Agli studenti altoatesini dovrebbe essere riconosciuto l'attestato di conoscenza della seconda lingua insieme all'esame di Stato che viene sostenuto al termine del ciclo di studi. Si tratterebbe di un giusto riconoscimento per il lavoro che viene svolto dai docenti e dagli studenti nel corso dell'anno.

Ciò premesso,

IL CONSIGLIO DELLA PROVINCIA AUTONOMA DI BOLZANO
impegna

la Giunta provinciale

a intervenire presso gli organi competenti affinché si provveda ad introdurre una normativa che preveda il riconoscimento dell'attestato di bilinguismo al termine degli esami di fine ciclo scolastico.

Herr Abgeordneter Holzmann, Sie haben das Wort für die Erläuterung.

HOLZMANN (AN): Anche questo è un argomento non nuovo, di cui ci siamo occupati in più occasioni anche negli anni scorsi. Riteniamo ancora giusto soffermarci su questo argomento affinché si creino le necessarie premesse per arrivare alla soluzione da noi auspicata. L'attestazione di bilinguismo ha una notevole importanza nella nostra provincia, non fosse altro per il fatto che ci sono circa 40 mila posti pubblici. Quindi una grande fetta dei nostri cittadini deve possedere un attestato per poter accedere all'impiego pubblico. Negli anni questo requisito ha subito alcune modifiche, per lo meno la procedura per la verifica dell'esatta conoscenza. Oggi la situazione è un po' migliorata, tuttavia riteniamo che ci sia ancora molto da fare, perché l'ideale sarebbe che ci fosse una popolazione bilingue, e da questo punto di vista la scuola può fare molto. Certamente non può imprimere una conoscenza a tutti nella stessa misura, però è la base su cui poi si può far sviluppare la propria conoscenza dell'altra lingua.

Prendiamo atto che ci sono ancora delle situazioni che stentano ad essere corrette. In primo luogo ad esempio nella scuola in lingua italiana circa la metà dei docenti non è effettivamente di madrelingua. Sappiamo che i docenti di seconda lingua devono dichiarare alla segreteria della scuola di essere di madrelingua, ma nella realtà molto spesso queste dichiarazioni non sono veritiere. Questo determina una minore conoscenza rispetto a quello che la scuola dovrebbe fare. Tuttavia anche il fatto che è

stato introdotto con l'esame di maturità l'esame di seconda lingua, è un passo importante, ma crediamo potrebbe essere uno stimolo maggiore trovare il sistema per automatizzare il rilascio dell'attestato della seconda lingua, cioè con l'esame scolastico che prevede un esame specifico nella seconda lingua, prevedere il riconoscimento automatico dell'attestato. Questo potrebbe essere uno stimolo in più per studiare meglio la seconda lingua. Parlo ovviamente soprattutto per il gruppo linguistico italiano, perché conosco meglio questa problematica, ma credo che in eguale misura possa riguardare la popolazione studentesca soprattutto nelle vallate periferiche dove negli anni la presenza del gruppo linguistico italiano è andata assottigliandosi e quindi c'è meno possibilità di parlare la seconda lingua. Dare qualche stimolo maggiore affinché durante gli anni di scuola lo studente sia maggiormente invogliato ad apprendere la seconda lingua, sarebbe positivo.

Ecco che il rilascio dell'attestato di bilinguismo in maniera automatica, magari prevedendo che questo possa avvenire quando lo studente supera una certa valutazione nell'esame di seconda lingua, quindi dare proprio uno stimolo affinché questa lingua venga studiata seriamente, potrebbe essere un incentivo interessante che potrebbe portare ad un migliore livello di apprendimento. In questo senso credo vada interpretata la nostra iniziativa.

KURY (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda): Wir unterstützen diesen Beschlussantrag. Ich möchte allerdings noch in Erfahrung bringen, was in der Zwischenzeit nach dem Urteil des Europäischen Gerichtshofes im Fall “Angonese” passiert ist. Damals wurde ja festgelegt, dass äquivalente Titel zum Zweisprachigkeitsnachweis zugelassen werden müssen. Nachdem das aber schon drei, vier Jahre her ist, möchte ich fragen, ob man diese äquivalenten Titel in der Zwischenzeit ausfindig und eine eigene Durchführungsbestimmung erlassen hat. Im Rahmen dieses Nachdenkens, welches äquivalente Titel sein könnten, könnte auch darüber nachgedacht werden, ob nicht bestimmte Studientitel äquivalente Titel sein könnten. Die Sache könnte entkrampft werden. Sollte es hier noch Bedenken geben, dann könnte man die offiziellen Prüfungen wie Matura usw. durch eine Zusatzpräsenz von Lehrpersonen ergänzen, damit auch eine bestimmte Einheitlichkeit auf Landesebene gewahrt wird. Ich denke, dass es für die Schüler weniger traumatisch wäre, wenn sie im Rahmen der gesamten Prüfung diese Kenntnisse vorweisen könnten.

KLOTZ (UFS): Diesen Beschlussantrag erlebe ich jetzt bestimmt schon zum zwanzigsten Mal! Ich bin immer noch der Meinung, dass das in keiner Weise gerechtfertigt und auch nicht gut wäre. Ich bin nach wie vor dagegen, dass man den Zweisprachigkeitsnachweis automatisch mit dem Abschluss einer Schule bekommen soll. Wie würde sich das auswirken, wenn man weiß, dass man den Zweisprachigkeitsnachweis mit der entsprechenden Abschlussprüfung bekommt? Dann würde man wahrscheinlich viel weniger in diesem Fach tun, denn wegen einem Fach “fliegt” man

heute nicht mehr, schon gar nicht bei Abschlussprüfungen! Ich bin der Meinung, dass die Sprachbestimmungen überall und ernsthaft einzuhalten sind, und das setzt eine gewisse Kenntnis der jeweiligen Sprache voraus. Kollege Holzmann, wie viele italienische Oberschulabgängerinnen und –abgänger wären in der Lage, in irgendeinem Amt, für das die B-Prüfung verlangt wird, tatsächlich in Deutsch eine angemessene Auskunft zu erteilen? Ich kenne natürlich auch viele deutsche Oberschulabgänger, die nach der Maturaprüfung sicher nicht in der Lage wären, in Italienisch eine angemessene Auskunft zu geben. Deshalb bin ich der Meinung, dass man das nicht zu leicht machen darf. Wenn eine bestimmte Voraussetzung vorgesehen ist, dann muss man sich im Leben immer darauf vorbereiten, und so ist es auch in all den Fällen, in denen der Zweisprachigkeitsnachweis verlangt wird. Da soll man noch etwas Zusätzliches tun müssen, denn das schadet niemandem. Heutzutage gibt es Möglichkeiten mehr denn je. Kollege Frasnelli hat immer gesagt, dass es in einem Jahr 300.000 Möglichkeiten gibt Deutsch zu lernen, 146.000 Möglichkeiten Italienisch zu lernen und 20.000 Möglichkeiten Ladinisch zu lernen. Deshalb ein entschiedenes Nein zu diesem Beschlussantrag. Ich bin bis heute von keinem einzigen Argument überzeugt worden, um von meiner bisherigen Haltung abzugehen, wenngleich es Ungerechtigkeiten geben mag. Wir selber haben oft aufgezeigt, dass nicht alles zu funktionieren scheint, aber inzwischen scheint man sich schon zu bemühen, die Prüfungen moderner und flotter zu gestalten. Es ist sicher nicht alles perfekt, aber diese Zusatzprüfung muss meiner Meinung nach beibehalten werden.

LEITNER (Die Freiheitlichen): Es wurde bereits gesagt, dass wir nicht das erste Mal über dieses Thema reden, und wenn man es sich so oberflächlich anschaut, dann kann man ihm auch etwas abgewinnen. Ich kann mir nämlich gut vorstellen, dass ein sich Außenstehender sagt: “In Südtirol müsste man nach vier Jahren Volksschulen, drei Jahren Mittelschulen und fünf Jahren Oberschule schon in der Lage sein, die zweite Sprache so zu beherrschen, wie es von der Zweisprachigkeitsprüfung vorgesehen ist.” Die Realität ist aber eine ganz andere! Wenn man diesem Vorschlag hinzufügen würde, dass man alle jene, die im öffentlichen Dienst sind und die zweite Sprache nicht sprechen oder ungenügend beherrschen, entlässt, dann könnte man ihm durchaus zustimmen. Das eine muss mit dem anderen zusammenstimmen, denn sich durchzuschleichen und auf die Bedürfnisse der Bevölkerung nicht einzugehen, ... Ich komme selber aus dem öffentlichen Dienst, und deshalb weiß ich schon, wovon ich rede. Wie ich höre, hat sich dort nicht viel geändert. Ein Schulsystem wie das unsere, das so viele Zeitsprachenstunden umfasst, müsste in der Lage sein, die Schüler dazu zu befähigen, nach dem Abschluss des jeweiligen Grades die zweite Sprache entsprechend zu beherrschen. Ich weiß, dass die Realität leider Gottes nicht so ist. Wir sind noch nicht so weit, aber dahin könnten und müssten wir schon kommen. Dann muss man aber auch die Folgen für jene einschließen, die sich nicht an die Zweisprachigkeit

im öffentlichen Dienst halten. Deshalb ist dieser Vorschlag für mich noch nicht anwendbar, aber vom Inhalt her kann ich ihm schon etwas abgewinnen.

BIANCOFIORE (Forza Italia): Non posso che essere d'accordo con la mozione del collega Holzmann, anche perché questo fu oggetto di una proposta nel 2001 di tutta la coalizione della quale entrambi facciamo parte, portata avanti anche con interrogazione parlamentare dall'allora parlamentare del collegio Bolzano-Laives l'On. Frattini.

Contesto fortemente quanto espresso dalla collega Klotz, perché è vero probabilmente che uscendo dalla maturità molto spesso gli studenti, sia di lingua italiana che tedesca, non conoscono come dovrebbero il tedesco o l'italiano, ma allora a questo punto bisogna fare una verifica sugli insegnanti, e non credo ci sia bisogno di farla, ma se gli insegnanti danno il loro parere positivo, bisogna crederci. Se uno studente esce con l'8 equivale al patentino "B", altrimenti se si è contrari, si è contrari anche al servizio prestato dal corpo insegnante sia di lingua italiana che di lingua tedesca. Peraltro questo problema del patentino e dell'insegnamento delle lingua italiana e tedesca è fortemente sentito anche nella popolazione di lingua tedesca. Non è un caso che l'allora Obmann della SVP Siefried Brugger intavolò tutto il discorso sulla cultura anche di lingua italiana da portare nel gruppo linguistico tedesco, perché il problema, peraltro essendo una terra di ponte attraverso l'Europa, e avendo la fortuna di poter conoscere le due lingue che si parlano in questa provincia, sarebbe utile che questo patrimonio fosse mantenuto da entrambe le parti. Se rispetto ad un passato, peraltro sbagliato, la popolazione italiana in qualche maniera si rifiutava di imparare la lingua tedesca, oggi sta accadendo il contrario, cioè la popolazione di lingua tedesca non riesce più, nelle valli, ad approfondire la cultura e la lingua italiana. Al di là delle diverse posizioni, è fondamentale mantenere questo patrimonio, e se una mano può essere data alla fatica ulteriore che fanno gli studenti altoatesini, rispetto al resto d'Italia, di dover per forza portare avanti gli esami scritti e orali nelle due lingue, sarebbe importante dare un segnale di apertura e aiutare ad entrare nel mondo del lavoro attraverso il patentino, e in qualche maniera incentivare lo studio delle due lingue.

HEISS (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda): Nachdem schon sehr viele Positionen dargelegt wurden, kommt von meiner Seite nur ein kurzer Zusatz. Ich glaube auch, dass die Koppelung der Zweisprachigkeitsnachweise an die jeweiligen Schulabschlüsse sinnvoll wäre. Aus unserer Sicht wäre es auch ein wichtiges Motiv, um die andere Sprache gut bzw. besser zu erlernen, denn dann würde ja auch eine Belohnungseffekt eintreten. Die Schwierigkeiten, die auf beiden Seiten bestehen, resultieren daraus, dass die Erlernung der zweiten Sprache nicht an ein sinnvolles Resultat geknüpft ist. Es ließe sich auch bei den Prüfungen entsprechend

kontrollieren, dass dieser Grad des Erlernens erreicht worden ist. Das wäre ein wichtiges Element. Dazu käme natürlich, dass der Sprachunterricht in der jeweils anderen Sprache deutlich verbessert werden müsste. Hier liegt noch vieles im Argen, aber insgesamt wäre es ein wichtiger Schritt, der die Sprachkenntnis verbessern würde.

DURNWALDER (Landeshauptmann – SVP): Sehr verehrte Frau Präsidentin, werte Damen und Herren! Frau Abgeordnete Kury, es stimmt, dass wir bezüglich des Verzeichnisses der Körperschaften und Einrichtungen, die ermächtigt sind, die Zweisprachigkeit festzustellen, etwas in Verzug sind. Ich kann Ihnen leider nicht sagen, wie weit die Angelegenheit fortgeschritten ist. Ich werde mich auf jeden Fall kundig machen. Auf jeden Fall muss dieses Verzeichnis erstellt werden, weil es von Seiten der EU verlangt worden ist.

Nun aber zum Beschlussantrag. Ich könnte mich mit dem, was der Kollege Leitner gesagt hat, durchaus einverstanden erklären. Wenn jemand die Reifeprüfung erlangt hat, dann müsste dieses Resultat auch als Garantie für die Zweisprachigkeit im öffentlichen Dienst anerkannt werden. Das ist aber leider bei weitem nicht so. Hier, liebe Kollegen von Alleanza Nazionale, müssten Sie viel mehr Überzeugungsarbeit leisten, das heißt, Sie müssten die Kinder und Schüler davon überzeugen, dass sie gut daran tun, die zweite Sprache zu erlernen. Das ist im deutschen Bereich wesentlich besser. Man kann nicht dagegen protestieren, dass Deutsch als Maturafach eingerichtet wird oder den Schülern sogar raten, dass das Erlernen der deutschen Sprache nicht so wichtig sei, “perchè siamo in Italia”. Als es darum ging, Deutsch als Maturafach einzurichten, haben mir die Vertreter der Studenten gesagt: “Wenn Sie wollen, dass wir Englisch lernen, so machen wir das ohne weiteres, aber Deutsch wollen wir nicht lernen.” Solange diese Mentalität vorhanden ist, kann das Ganze nicht funktionieren! Wenn man gegen eine Sprache eine gewisse Abneigung hat und sich auch noch als Held fühlt, wenn man diese Sprache nicht erlernen will, dann wird man diese Sprache auch nie erlernen können! Deshalb müssen wir zuerst einmal eine positive Einstellung haben. Wir müssen den Schülern sagen, dass die Erlernung der zweiten Sprache eine Bereicherung ist, die ihnen letzten Endes auch das Leben erleichtert. Derzeit wäre es unmöglich, den Studenten mit dem Maturaabschluss auch gleichzeitig den Zweisprachigkeitsnachweis in die Hand zu geben. Wenn hier entsprechende Fortschritte gemacht werden, dann können wir früher oder später sicher darüber reden, aber heute ist das unmöglich. Deshalb ein klares Nein zu diesem Beschlussantrag.

HOLZMANN (AN): Ho l'impressione di essere stato frainteso con questa mozione. Lo scopo non è quello di rendere più semplice l'esame di bilinguismo, ma quello di dare uno stimolo in più per imparare la seconda lingua.

Per quanto riguarda certi rilievi fatti dalla collega Klotz sul fatto che alcuni studenti non sarebbero in grado di parlare la seconda lingua dopo molti anni di studio, bisognerebbe indagare sulle cause. Vorrei dire anche di più, ci sono molti impiegati

pubblici che hanno l'attestato di bilinguismo e che non sono in grado di parlare l'altra lingua nel modo in cui è stata accertata. Allora forse c'è anche un problema di questa natura: noi abbiamo un attestato di bilinguismo che è diventato un requisito burocratico, assolto il quale uno si sente a posto, ha diritto di accedere alla pubblica amministrazione attraverso un concorso e poi il problema suo con la seconda lingua è terminato.

In realtà bisognerebbe agire di più sulla cultura che sta alla base. Ha ragione il presidente della Giunta a sostenere che bisogna combattere una certa mentalità. Io personalmente non ho mai sostenuto la tesi del "siamo in Italia, parliamo italiano", anzi ho sempre detto che la seconda lingua è un arricchimento dell'individuo, e fortunatamente viviamo in un territorio dove entrambe le lingue appartengono a due grandissime culture europee. Non siamo in Friuli dove la seconda lingua è lo sloveno che è parlato da qualche decina di migliaia di persone. La lingua tedesca è la lingua più parlata in Europa, la lingua italiana consente comunque di comprendere altre lingue, i ceppi neolatini in particolar modo, e soprattutto sono due lingue importanti.

Non sarebbe uno stimolo quello di dire che al superamento dell'esame di maturità lo studente riceve anche l'esame di bilinguismo, quello non è uno stimolo. Al superamento dell'esame di maturità, accertato il tuo livello di conoscenza nei cinque anni di scuola superiore - possiamo discutere poi delle regole - accertato che tu in questa seconda lingua ti sei impegnato, in base a queste regole io ti do questo premio, perché tu hai dimostrato di studiare. Secondo me è anche una forma migliore rispetto al semplice esame di bilinguismo, dove a uno può andargli bene o meno oppure uno può ottenere quella conoscenza sufficiente, perché spesso questo accade, magari in virtù di un soggiorno fatto all'estero. In particolar modo molti studenti di lingua italiana vanno in Germania due o tre mesi, acquisiscono la relativa padronanza della lingua, tornano, fanno l'esame, ma dopo qualche mese quella conoscenza, acquisita rapidamente, altrettanto rapidamente viene perduta. Quindi ritorniamo al fenomeno che dicevo prima di molti impiegati pubblici che hanno l'attestato ma non sono in grado di parlare l'altra lingua nel modo in cui dovrebbero poterlo fare.

Non si voleva, da parte nostra, dare una scorciatoia agli studenti per avere un attestato ed evitare un esame, ma semmai dare un incentivo affinché questa conoscenza venisse incentivata. Ritengo giuste le osservazioni del presidente della Giunta quando se la prende con un certo tipo di mentalità, ma riguarda più il passato che il presente. Oggi sappiamo, parlo per il gruppo linguistico italiano a questo punto ma solo perché ho maggiore conoscenza, che molti genitori mandano i figli alla scuola tedesca. Qui c'è una chiara volontà di mettere i loro figli in una condizione ottimale per imparare la seconda lingua. Quindi questa mentalità è stata superata dai fatti. E' anche vero che poi le posizioni politiche cambiano. Noi eravamo contrari all'introduzione della seconda prova di tedesco all'esame di maturità, per altre ragioni che avevamo motivato a suo tempo. Però adesso c'è. Cerchiamo di fare in modo che diventi una materia che si studia volentieri, con un sistema premiante all'interno della

scuola che consente poi di ottenere questo tipo di riconoscimento! Infatti nella parte impegnativa chiediamo in maniera generica che la Giunta provinciale provveda ad introdurre una normativa che porti al riconoscimento eventualmente dell'attestato, quindi non un automatismo tout court. Volevo solo chiarire che il nostro era un intendimento didattico, di dare maggiori stimoli per la conoscenza e l'apprendimento.

PRESIDENTE: Wir stimmen über den Beschlussantrag ab: mit 6 Ja-Stimmen und dem Rest Nein-Stimmen abgelehnt.

Wir kommen nun zurück zu Beschlussantrag Nr. 130/04, dessen Behandlung vorher auf Antrag des Abgeordneten Minniti kurz ausgesetzt worden war.

Herr Abgeordneter Minniti, bitte.

MINNITI (AN): Questa mozione faceva riferimento ad un fatto accaduto nel 2003/2004. Oggi come oggi sarebbe inutile discuterla. Semmai presenteremo un documento simile che faccia riferimento ad un periodo più vicino, qualora dovessimo accertare che il problema sussista ancora. Ritiriamo quindi la mozione.

PRÄSIDENTIN: In Ordnung.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 14, Beschlussantrag Nr. 135/04, eingebracht vom Abgeordneten Seppi.

Herr Abgeordneter Seppi, bitte.

SEPPI (Unitalia – Movimento Iniziativa Sociale): Malgrado avessi detto stamattina in collegio capigruppo di farla, volevo chiedere che venga rinviata alla prossima sessione, anche perché l'assessore competente non è in aula.

PRESIDENTE: In Ordnung.

Punkt 13 der Tagesordnung: **“Beschlussantrag Nr. 134/04 vom 29.6.2004, eingebracht von den Abgeordneten Holzmann, Minniti und Urzì, betreffend Wohngemeinschaft für Multiple-Sklerose-Patienten”.**

Punto 13) dell'ordine del giorno: **“Mozione n. 134/04 del 29.6.2005, presentata dai consiglieri Holzmann, Minniti e Urzì, riguardante casa famiglia per malati di sclerosi-multipla”.**

*Wohngemeinschaft für Multiple-Sklerose-Patienten
Die Multiple Sklerose ist eine Krankheit, die leider Hunderte von Südtirolern befällt. Derzeit leiden in Südtirol mehr als dreihundert Personen an dieser schweren Krankheit. Es ist dies eine beträchtliche Anzahl.
Das tägliche Leben dieser Menschen ist leider äußerst beschwerlich, vor allem in der Akutphase der Krankheit.*

In Südtirol gibt es keine geeignete Einrichtung, mit der den Familienangehörigen dieser Kranken geholfen werden kann, die Last der Betreuung praktisch rund um die Uhr zu tragen. Man sollte unbedingt versuchen, eine Wohngemeinschaft zu schaffen, wo die MS-Patienten einige Stunden unter der Betreuung von qualifiziertem Pflegepersonal verbringen können.

Dies vorausgeschickt,

verpflichtet

DER SÜDTIROLER LANDTAG

die Landesregierung,

eine Wohngemeinschaft für Multiple-Sklerose-Patienten ins Leben zu rufen.

Casa famiglia per malati di sclerosi-multipla

La sclerosi-multipla è purtroppo una malattia che colpisce centinaia di altoatesini. Attualmente nella nostra provincia le persone che soffrono di questa grave malattia sono più di trecento. Si tratta di un numero considerevole.

Queste persone, purtroppo, hanno una vita quotidiana molto difficoltosa, soprattutto quando la malattia è nella fase acuta.

In Alto Adige non esiste una valida struttura di riferimento, che possa aiutare i familiari di queste persone malate a sopportare il peso dell'assistenza praticamente ventiquattro ore su ventiquattro. Sarebbe indispensabile riuscire a creare una casa famiglia, dove i malati di sclerosi-multipla potessero trascorrere alcune ore assistiti da personale sanitario qualificato.

Ciò premesso,

IL CONSIGLIO DELLA PROVINCIA AUTONOMA DI BOLZANO

impegna

la Giunta provinciale

a realizzare una casa-alloggio per le persone colpite da sclerosi-multipla.

Herr Abgeordneter Holzmann, Sie haben das Wort für die Erläuterung.

HOLZMANN (AN): Spenderò poche parole nell'illustrare la mozione, in quanto si comprende cosa si vuole ottenere. La sclerosi multipla è una malattia molto grave, che colpisce alcune centinaia di persone in Alto Adige e necessiterebbe di qualche provvedimento. In questo senso le famiglie purtroppo si trovano spesso in difficoltà nella gestione di tutto ciò che serve al malato. Sappiamo che questa malattia ha varie fasi, e ci sono delle fasi in cui sarebbe possibile, attraverso alcune strutture pubbliche a questo scopo destinate, sollevare la famiglia da un onere eccessivamente pesante. Soprattutto in quelle fasi in cui ancora la persona è abbastanza autosufficiente, il fatto di avere una struttura di accoglienza per alcune ore del giorno o alcuni periodi dell'anno, in modo da sollevare i famigliari - molto spesso le famiglie sono poco numerose, quindi questo carico diventa a volte insopportabile - sarebbe utile. Parlo conoscendo alcune di queste tragedie che hanno coinvolto persone che mi sono vicine, in questo caso la moglie e due figlie avevano grossissime difficoltà nel rapportarsi col

padre colpito da questa malattia. Ecco che una struttura leggera di accoglienza potrebbe sollevare la famiglia da alcuni oneri quotidiani che nel tempo diventano pesanti. Sappiamo che nella fase terminale della malattia la persona diventa assolutamente ingestibile e necessita di cure molto più professionali.

Chiediamo che fra le varie strutture sanitarie che ci sono si possa pensare a strutture di questo tipo, magari in alcune zone della provincia. Non sono molti i letti necessari, ma sarebbe una cosa di grandissimo impatto per le famiglie e di grandissimo impatto sul piano sociale. Potrebbe essere fatto con poco sforzo, considerata la situazione della sanità altoatesina. Abbiamo delle strutture ospedaliere che come tali hanno poca ragione di esistere. Oggi come oggi si va verso una sanità di eccellenza e quindi è necessario avere strutture ospedaliere periferiche, spesso vicine ad altre strutture che non sono in grado di garantire la qualità sanitaria proprio per il basso numero di interventi. Forse si potrebbero adibire degli spazi per necessità di questo tipo che sarebbero più utili. I malati, di fronte all'eventualità di sottoporsi ad interventi chirurgici particolarmente delicati, preferiscono andare in strutture che non siano proprio davanti a casa ma dove venga garantita l'eccellenza dal punto di vista chirurgico e terapeutico. Ecco che abbiamo delle strutture che possono essere impiegate anche per queste esigenze che sono importanti e da non sottovalutare.

THEINER (Landesrat für Gesundheit und Sozialwesen – SVP): Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! An Multiple Sklerose erkrankte Menschen haben im Verlauf des Fortschreitens der Krankheit einen hohen und auch kontinuierlichen Betreuungsbedarf. Die Unterbringung in einer stationären Einrichtung ist bereits jetzt möglich, und zwar, neben den allgemeinen Einrichtungen der Sozialdienste, besonders in den beiden Wohngemeinschaften "Phönix" für Menschen mit körperlichen Beeinträchtigungen.

Nach Rückfrage bei mehreren Sprengelleitern und Direktoren der Sozialdienste ist festzuhalten, dass bis heute keine Forderung nach einer eigenen Wohneinrichtung für Multiple-Sklerose-Patienten an die Dienste herangetragen worden ist. Auch die Multiple-Sklerose-Vereinigung Südtirols hat nach internen Diskussionen und Studienfahrten nach Trient und Deutschland vor zwei Jahren die Idee fallen gelassen, da eine solche Einrichtung nicht den Bedürfnissen der Betroffenen nach gemeindenaher, individueller Betreuung entgegenkommen würde. Die Familienangehörigen brauchen jedoch vor allem bei zunehmendem Fortschreiten der Krankheit Unterstützung und Entlastung durch ambulante Dienste zu Hause oder durch teilstationäre Tagesbetreuungsangebote bzw. Teilzeit- und Urlaubsangebote. Die finanzielle Unterstützung der Fachvereinigung "Multiple-Sklerose-Vereinigung Südtirols" in Bozen mit den Außenstellen in Meran und Brixen und der weitere Ausbau der ambulanten Dienste, den wir zur Zeit vorantreiben, ist daher auch in diesem Fall die notwendige und auch richtige Antwort. Bei einer Ende April stattgefundenen Aussprache mit den Vertretern obgenannter Vereinigung wurde erneut über die gesamte Situation und

Problematik der MS-Patienten gesprochen. Nicht die Schaffung einer Wohngemeinschaft, sondern die Erarbeitung eines Maßnahmenbündels kann Antworten auf die noch offenen, sich verändernden vielfältigen Anforderungen der Patienten geben. Es wurde gemeinsam vereinbart, dass in den nächsten Monaten ein solches umfassendes Maßnahmenpaket ausgearbeitet und dann auch schrittweise umgesetzt wird. Uns liegt das Problem der MS-Patienten sehr am Herzen, aber von Seiten der Vereinigung wird nicht mehr der Wunsch nach einer stationären Einrichtung, wie hier im Beschlussantrag gefordert, vorangetragen.

HOLZMANN (AN): Anch'io auspico che le prestazioni ambulatoriali siano sempre garantite e migliorate. Però qui si tratta di un problema leggermente diverso, cioè proprio la gestione quotidiana di un malato di questo tipo da parte della famiglia, gestione che dal punto di vista anche psicologico e della presenza costante che si richiede, diventa molto onerosa e faticosa.

Succede che molto spesso famiglie ridotte di numero, di due o tre persone, che si trovano un ammalato in queste condizioni, sono costrette ad usufruire di strutture per lungodegenti. Sarebbe economicamente anche più gestibile avere un ammalato per poche ore al giorno piuttosto che averlo ricoverato vita natura e durante, fino all'ultimo giorno della sua triste esistenza. Mi rendo conto che i dirigenti delle strutture sanitarie, quando vengono investiti di un problema, hanno sempre l'occhio sinistro che guarda il loro bilancio e fanno i loro conti, però se facciamo un ragionamento complessivo, ci costa meno avere un ammalato poche ore al giorno, dove forse non viene neanche richiesta questa grande specialità dal punto di vista sanitario perché non sono neanche prestazioni infermieristiche, ma la possibilità solo di tenere una persona sotto controllo, si solleverebbero le famiglie ma soprattutto l'ente pubblico non si caricherebbe di decine di questi ammalati, che le famiglie sono costrette ad inserire nelle strutture pubbliche in maniera costante 24 ore al giorno.

Da questo punto di vista la nostra proposta andava nel senso di far risparmiare qualcosa alla pubblica amministrazione. Ecco perché abbiamo proposto questo tipo di soluzione, anche sentendo alcune di queste famiglie colpite da questo problema. Speriamo che questa iniziativa, anche se in questo momento la Giunta provinciale non sembra intenzionata ad accoglierla, possa far riflettere sul fatto che anche per queste persone, come per altre categorie di lungodegenti, forse alcune prestazioni diurne possano essere sufficienti.

PRÄSIDENTIN: Wir stimmen über den Beschlussantrag ab: mit 7 Ja-Stimmen, 2 Enthaltungen und dem Rest Nein-Stimmen abgelehnt.

Punkt 15 der Tagesordnung: “Beschlussantrag Nr. 140/04 vom 13.7.2004, eingebracht von den Abgeordneten Minniti, Holzmann und Urzì, betreffend einen wissenschaftlichen Wirtschaftsbeirat.”

Punto 15) dell’ordine del giorno: “Mozione n. 140/04 del 13.7.2004, presentata dai consiglieri Minniti, Holzmann e Urzì, riguardante un comitato scientifico in economia”.

Wissenschaftlicher Wirtschaftsbeirat

Die Situation der Großindustrie in Bozen - die im Vergleich zu Gesamtalien als Mittelindustrie eingestuft werden könnte - kann mit einer entsprechenden Forschung gerade wegen des Ausmaßes der möglichen Investitionen verbessert werden. Eine derartige Kapitaldichte, die proportional zu dem ständigen Rückgang der eingesetzten Arbeitskräfte weiter ansteigt und die entscheidend sein kann, um eine eingehende und breitgestreute Forschung, auch in den verschiedensten Sparten, durchzuführen, sollte durch das Land anhand von Beiträgen unterstützt werden; natürlich dürfte es sich dabei nicht um ordentliche Beiträge handeln, die zu den Bestimmungen der Europäischen Union im Widerspruch stünden und auch nicht von Nutzen wären, sondern um finanzielle Beihilfen eben für die Forschung mit dem Ziel, nicht nur Prozessinnovation, sondern in erster Linie Produktinnovation zu realisieren, damit man in der Lage ist, sich weitere internationale Marktanteile zu sichern.

Klarerweise ist dies nicht durchführbar ohne wissenschaftlichen Beirat von höchstem Niveau, der in der Lage ist, die verschiedenen Projekte zu prüfen und - auch zwecks der finanziellen Beihilfen - nur jene zu genehmigen, die wissenschaftlich haltbar sind - und sei es nur versuchsweise - und ohne eine Art von bilateralem Beirat, zusammengesetzt aus Vertretern des Landes und Vertretern der Großindustrie, die regelmäßig zu einer Lagebesprechung zusammentreten. Auf diese Weise könnte sich das Land gegen eine etwaige Vergeudung öffentlicher Gelder für belanglose oder gar absurde Projekte absichern.

Wir erachten es einfach für notwendig, dass die in Bozen präsente Großindustrie in Europa und auf dem internationalen Markt im weitesten Sinne Fuß fassen kann als vorrangiger Bezugspunkt für neue und modernste Technologien, welche die Entwicklung neuer Produkte und eine immer größere Produktionskosteneinsparung bei Massenherstellung möglich machen sollen; und dies nicht nur zur gebotenen Beibehaltung des Beschäftigungsstandes, sondern auch für einen immer größeren wirtschaftlichen Aufschwung des gesamten Landes und folglich eine bessere Lebensqualität der gesamten Bevölkerung.

Dies vorausgeschickt,

verpflichtet

DER SÜDTIROLER LANDTAG

die Landesregierung,

einen wissenschaftlichen Beirat von höchstem Niveau ins Leben zu rufen, der in der Lage ist, die verschiedenen Projekte zu prüfen und -

auch zwecks der finanziellen Beihilfen - nur jene zu genehmigen, die wissenschaftlich haltbar sind.

Comitato scientifico in economia

La situazione della grande industria a Bolzano - che rispetto ai parametri nazionali potrebbe essere classificata come media - può essere sviluppata grazie a una ricerca efficace proprio per la dimensione dei possibili investimenti. Una simile densità di capitale, accresciuta proporzionalmente da un progressivo calo di impiego di manodopera, che può essere determinante per sviluppare una ricerca veramente profonda e a largo spettro, pur nelle diverse specificità, dovrebbe essere aiutata dalla Provincia con contributi non certo ordinari, che contrasterebbero con le norme della Unione Europea e non sarebbero neppure utili, ma con apporti finanziari finalizzati appunto alla ricerca, col proposito di realizzare non solo innovazioni di processo ma, soprattutto, innovazioni di prodotto in grado di acquisire larghe quote del mercato internazionale.

E' chiaro che tutto questo non si può fare se non si costituiscono un comitato scientifico di altissimo livello in grado di esaminare i diversi progetti e approvare, anche ai fini dei contributi finanziari, solo quelli che hanno una reale validità scientifica, foss'anche soltanto sperimentale, e una sorta di comitato bilaterale, composto da rappresentanti della Provincia e da rappresentanti della grande industria che, con cadenza periodica, si incontrino per fare, di volta in volta, il punto della situazione. In questo modo la Provincia potrebbe essere garantita contro il possibile sperpero di denaro pubblico in progetti inconsistenti o, addirittura, strampalati.

Si ritiene insomma necessario che la grande industria presente a Bolzano possa proiettarsi in Europa e nel più vasto scenario internazionale, come primario riferimento per nuove e più avanzate tecnologie che consentano la realizzazione di nuovi prodotti e di sempre maggiori economie di scala e ciò non soltanto per una doverosa salvaguardia dei livelli occupazionali ma anche per una sempre maggiore crescita economica di tutta la provincia e una conseguente migliore qualità della vita di tutti i suoi abitanti.

Ciò premesso,

*IL CONSIGLIO DELLA PROVINCIA AUTONOMA DI BOLZANO
impegna*

la Giunta provinciale

a costituire un comitato scientifico di altissimo livello in grado di esaminare i diversi progetti e approvare, anche ai fini dei contributi finanziari, solo quelli che hanno una reale validità scientifica.

Herr Abgeordneter Minniti, Sie haben das Wort für die Erläuterung.

MINNITI (AN): In diverse occasioni Alleanza Nazionale ha lamentato lo stato di preoccupante disagio che vive l'economia altoatesina che non è più fiorente come lo era una volta. In più occasioni abbiamo sposato battaglie avanzate dagli ex imprenditori per esempio sull'IRAP, presentando anche un disegno di legge per la riduzione di un punto della stessa, che è stato respinto dalla commissione legislativa,

intervento peraltro che sarebbe nelle possibilità della Provincia, così è stato nella vicina provincia di Trento, che ha abbassato di un punto proprio l'IRAP. In altre occasioni abbiamo rilanciato la necessità di creare un "tavolo delle innovazioni" tanto annunciato dall'assessorato competente, senza che ci sia una istituzionalizzazione di questo tavolo. Se ne parla, si dà la propria disponibilità, si concorda con quelle che sono le necessità, ma poi alla fine dei conti poco si riesce a concretizzare. Così come abbiamo più di una volta sostenuto l'opportunità di creare il cosiddetto "parco tecnologico". Anche qui assistiamo alle buone intenzioni da parte di tutti, ma se poi gli imprenditori si lamentano significa che il parco tecnologico non è una concreta soluzione attuabile e non purtroppo attuale.

Così la nostra economia si trova di fronte ad ostacoli. Il più delle volte deve prendere in esame l'opportunità di recarsi all'estero, di abbandonare la sede altoatesina per trasferirsi in altro luogo europeo, dove magari vi è una minore spesa per quanto riguarda i terreni, dove vi è una minore spesa per quanto riguarda la produzione stessa, e questo comporta un indebolimento dell'economia locale dei nostri imprenditori. A questi disagi che sono emersi con una certa virulenza negli ultimi cinque anni, che fino ad allora l'imprenditoria altoatesina stava sostanzialmente bene, a questi nuovi disagi che investono questo settore importante, questa Giunta provinciale non è riuscita a dare le risposte attese dall'imprenditoria locale. Tra queste risposte attese c'è anche il comitato scientifico in economia, comitato che, come abbiamo detto nelle premesse di questa mozione, deve trovarsi a valutare i progetti, e approvare magari anche i contributi finanziari mirati ad un determinato progetto, per garantirne la validità, cercando di salvaguardare sia il progetto che l'impresa. Il comitato scientifico non sarà la panacea di tutti i mali, ma può essere una delle risposte che si possono dare a questo importante settore.

Ecco perché, facendo nostra la richiesta del mondo imprenditoriale, invitiamo la Giunta provinciale a costituire questo comitato scientifico che deve essere di un alto livello, che esamini i diversi progetti, che approvi anche ai fini dei contributi finanziari solo quei progetti che dimostrano di avere una reale validità scientifica in qualche maniera tutelando ma anche rinforzando l'economia locale.

GNECCHI (Assessora alla scuola italiana, al lavoro, alla formazione professionale italiana nonché all'innovazione, ricerca e cooperative – Insieme a Sinistra – Pace e diritti/Gemeinsam Links – Frieden und Gerechtigkeit): Apprezzo molto questo interessamento rispetto all'innovazione e al bisogno che ci si muova in questa direzione. Sul rapporto sul mercato del lavoro del 2004 non a caso abbiamo deciso che l'esperta questa volta consultata per capire quali possano essere gli sbocchi utili per promuovere l'attività lavorativa e quindi il profilo occupazionale delle imprese nella nostra provincia, sia Germana Di Domenico, laureata in economia e commercio, docente all'Università La Sapienza e ricercatrice proprio sull'innovazione

e la ricerca e sul fatto come progetti innovativi possano effettivamente dare sviluppi positivi all'economia generale sul territorio.

Stiamo elaborando una legge sull'innovazione. Il tavolo dell'innovazione esiste, si è riunito cinque volte con le parti sociali, con l'Università, con l'Eurac, con l'AFI-PL, con la Camera di commercio, proprio perché ognuno, con la propria competenza specifica, la propria area di intervento abbia la possibilità di dare un contributo nella direzione del produrre innovazione. Sappiamo che ci sono orientamenti diversificati nel mondo imprenditoriale, c'è chi ritiene che le grandi aziende siano le attrici fondamentali in termini di innovazione e che quindi la Provincia dovrebbe orientare i propri contributi e le proprie iniziative a sostegno delle grandi aziende perché facciano ricerca autonoma all'interno. Noi ci rendiamo conto che le grandi aziende hanno sicuramente una capacità di ricerca e sviluppo positiva, pensiamo solo al gruppo Leitner che nel 2004 ha investito 10 milioni di euro in ricerca e sviluppo. Sappiamo che gran parte di questi milioni di euro sono sulla linea "minimetro" in sperimentazione e costruzione a Perugia. Esistono effettivamente grandi aziende che riescono a creare innovazione e ricerca al proprio interno, però abbiamo un tessuto economico fatto di piccolissime aziende. In questa provincia abbiamo 55 mila aziende attive, solo 16 mila aziende occupano dipendenti e ben 11 mila di queste 16 mila occupano da uno a 5 dipendenti. Questo dimostra come il tessuto sia di piccolissime aziende. Se andiamo a vedere quante siano le aziende che occupano più di 99 dipendenti, vediamo che sono 67 e che complessivamente occupano 16.827 lavoratori/lavoratrici, il 7,5% della forza lavoro complessiva della nostra provincia. Se andiamo a vedere le aziende industriali che occupano più di 99 dipendenti, ne abbiamo solo 10, e occupano complessivamente 5 mila lavoratori!

In una situazione di questo tipo dobbiamo, come istituzione, favorire l'innovazione. Abbiamo un tavolo attivo da un anno e mezzo sull'innovazione, le prime riunioni si sono incentrate sulla logica degli incentivi generali e sul capire quali e come si possa creare una legge sull'innovazione. Il tavolo scientifico tecnologico è una delle misure utili per produrre innovazione, però non sarà la bacchetta magica. Anche un altro filone sul quale ci muoviamo è l'aver favorito in ogni modo la creazione di "cluster" che le aziende si mettano insieme, perché mettendosi insieme riescono a produrre quella massa critica che può servire per riuscire a lavorare in termini di ricerca e sviluppo.

Nella parte impegnativa della mozione si propone di costituire un comitato scientifico di altissimo livello in grado di esaminare i diversi progetti e approvare, anche ai fini dei contributi finanziari, solo quelli che hanno una reale validità scientifica. Nell'attuale legge n. 4 del 1997 non è previsto neanche nel capitolo quarto legato all'innovazione, che si possano finanziare solo i progetti che abbiano una reale validità scientifica. La Giunta provinciale ha appena approvato i nuovi criteri in base alla legge n. 4, ha cercato di dare un forte impulso alle aziende che scelgono progetti di ricerca e innovativi creando una serie di criteri preferenziali che aumentano il pun-

teggio. Abbiamo anche messo alcune cose che possono essere di impegno sociale per le aziende, come il riconoscimento delle iniziative che vanno a sostegno della conciliabilità degli orari di lavoro per favorire la conciliazione dei tempi fra famiglia e professione, abbiamo inserito anche un contributo per poter assumere persone con una alta specializzazione o la laurea, perché pensiamo che anche favorire all'interno delle aziende persone con alta professionalità o comunque titoli di studio elevati possa produrre ricerca, innovazione o comunque muoversi nella direzione di lavorare per aumentare la professionalità all'interno delle aziende. Però in questo momento creare un comitato scientifico di altissimo livello che possa esaminare i progetti e quindi far discendere da questo la possibilità di finanziamento non è compatibile con l'attuale legge n. 4 del 1997. Nella legge sull'innovazione abbiamo previsto però un comitato scientifico che serva proprio per promuovere innovazione e che attivi una valutazione ex ante ed ex post dei progetti che vengono finanziati con denaro pubblico.

MINNITI (AN): Per quanto riguarda il tavolo dell'innovazione, ben venga, ma manca purtroppo ancora una legge. Questo è il riferimento al quale mi ispiravo prima, durante il mio intervento. Purtroppo questa carenza si sente nell'ambiente. Certamente è un aspetto importante per cercare di affrontare queste problematiche che investono il settore dell'imprenditoria.

Ci aspettiamo degli altri impegni. L'assessore afferma che all'interno di questa serie di progetti che mirano a potenziare l'imprenditoria altoatesina è previsto anche un comitato scientifico, che sia di altissimo o di bassissimo livello è un altro discorso, ma comunque un comitato scientifico. A questo punto non vediamo come la Giunta provinciale non possa non approvare questa nostra mozione, proprio perché va nella stessa direzione di quella che auspicano le aziende e per la quale pare si sia impegnata, e può quindi ribadirlo con il voto favorevole, la stessa Giunta provinciale.

PRÄSIDENTIN: Wir stimmen über den Beschlussantrag ab: mit mit 5 Ja-Stimmen, 2 Enthaltungen und dem Rest Nein-Stimmen abgelehnt.

Punkt 16 der Tagesordnung: **“Beschlussantrag Nr. 141/04 vom 14.7.2004, eingebracht von den Abgeordneten Minniti, Holzmann und Urzì, betreffend ‘Prozentsatz an Arbeitsplätzen für Invaliden – falls diese arbeitsunfähig sind, könnte die Stelle von einem Angehörigen besetzt werden’”.**

Punto 16) dell'ordine del giorno: **“Mozione n. 141/04 del 14.7.2004, presentata dai consiglieri Minniti, Holzmann e Urzì, riguardante ‘quote posti di lavoro per invalidi – Possibilità per i parenti di coloro che non possono lavorare’”.**

Prozentsatz an Arbeitsplätzen für Invaliden - falls diese arbeitsunfähig sind, könnte die Stelle von einem Angehörigen besetzt werden
Die gesamtstaatliche Regelung, auf die sich das Landesgesetz vom 30.6.1983, Nr. 20 "Neue Maßnahmen zugunsten der Behinderten" stützt, sieht eine obligatorische Eingliederung von Personen mit Behinderung in die Arbeitswelt vor. Zu diesem Zweck kann die Landesregierung auf Vorschlag der jeweils zuständigen Landesräte einen Zuschuss gewähren für die Einrichtung besonders ausgestatteter Arbeitsplätze und, aber nicht nur, für die Beseitigung architektonischer Barrieren, oder Prämien an private Arbeitgeber vergeben, um die Eingliederung von Personen mit Behinderung in Betriebe zu fördern, oder sogar den Ankauf oder die leihweise Überlassung an den Arbeitsgeber der auf die jeweilige Behinderung des Arbeitnehmers abgestimmten Geräte genehmigen. Es handelt sich um wichtige und sicherlich sinnvolle Maßnahmen. Nicht alle Behinderten haben jedoch die Möglichkeit - auch wenn sie es möchten - diese Stellen zu besetzen, auf die sie aufgrund ihrer Behinderung ein Anrecht hätten; als behindert ist nicht nur jener anzusehen, der nicht gehen, sprechen oder hören kann oder in anderer Hinsicht ein Invalide ist, sondern auch derjenige, der nicht fähig ist, sich mit den vier Gliedmaßen zu bewegen. Effektiv können die anteilmäßig für sie bestimmten Arbeitsplätze niemals von ihnen allein besetzt werden. Außerdem benötigen gerade die Behinderten eine ständige Betreuung, die fast immer rund um die Uhr von den Eltern oder zumindest von einem Elternteil übernommen wird; der andere geht häufig seiner Arbeitstätigkeit nach und verbringt nolens volens einen Großteil des Tages außer Haus. Deshalb lastet die Betreuung des behinderten Familienmitgliedes auf nur einem Elternteil mit all den damit verbundenen Pflichten und Unannehmlichkeiten.

In verschiedenen Gesprächen mit den Familien von arbeitsunfähigen Behinderten haben wir festgestellt, dass bei vielen von ihnen der Wunsch vorhanden wäre, dass die oben erwähnte direkte Aufnahme durch den Abschluss eines Teilzeitarbeitsverhältnisses auf einen Elternteil des Behinderten bzw. auf eine mit diesem zusammenlebende Person oder einen Angehörigen oder Verschwägerten bis zum 3. Grad ausgedehnt werden könnte; dies nicht zusätzlich zum ausgeübten Beruf, sondern um den Bedürfnissen der Familie insofern entgegenzukommen, als nicht nur ein Elternteil oder Angehöriger die gesamte Betreuung übernehmen muss.

Dies vorausgeschickt,

fordert

DER SÜDTIROLER LANDTAG

*die Landesregierung auf,
die Möglichkeit zu prüfen, dass im Falle einer erwiesenen Arbeitsunfähigkeit oder eines bestimmten Ausmaßes der Behinderung die direkte Aufnahme laut Art. 11/bis Abs. 1 des L.G. vom 30.6.1983, Nr. 20 durch den Abschluss eines Teilzeitvertrages auf eines der Elternteile des Behinderten, bzw. auf eine mit diesem zusammenlebende Person oder einen Angehörigen oder Verschwägerten bis zum 3. Grad ausgedehnt werden kann.*

Quote posti di lavoro per invalidi - Possibilità per i parenti di coloro

che non possono lavorare

La normativa nazionale richiamata dalla L.P. 30-6-1983, n. 20 - "Nuovi provvedimenti in favore dei soggetti portatori di handicap" prevede un inserimento obbligatorio nel mondo del lavoro del soggetto portatore di handicap. Allo scopo la Giunta provinciale, su proposta degli assessori competenti per materia, può deliberare un contributo per l'allestimento di posti di lavoro, particolarmente attrezzati, anche, non solo, per il superamento delle barriere architettoniche, oppure premi al privato datore di lavoro per favorire l'inserimento del soggetto portatore di handicap presso l'azienda o addirittura l'acquisto e concessione in comodato al datore di lavoro delle attrezzature necessarie in relazione allo specifico handicap del lavoratore. Si tratta di provvedimenti importanti e certamente utili. Non tutti però i portatori di handicap si trovano non nella volontà ma nella possibilità di poter occupare questi posti dei quali avrebbero comunque diritto in base al loro stato di disabile; infatti il soggetto non normodotato non può essere considerato solo colui che appare impossibilitato a camminare, a parlare a sentire o avere altra situazione invalidante ma anche colui che non ha facoltà di muoversi con i quattro arti. Di fatto la quota di posti di lavoro che essi determinano con la loro disabilità non potrà mai da essi stessi essere coperta. Sono proprio questi soggetti, peraltro, che necessitano una assistenza continua, compito quasi sempre ricoperto, 24 ore su 24 dai genitori o almeno da uno di essi; il secondo, infatti, spesso è impegnato nella propria attività lavorativa che lo porta, suo malgrado, fuori casa per una gran parte della giornata e che di fatto obbliga all'assistenza del familiare disabile uno solo dei due sul quale appoggia tutto l'onere ed il disagio che ciò comporta.

Abbiamo accertato, in vari colloqui avuti con le famiglie di soggetti disabili impossibilitati a lavorare, che da parte di molti di essi vi sarebbe il desiderio di poter beneficiare della possibilità che l'assunzione diretta a cui si faceva riferimento sopra possa essere estesa - attraverso la stipula di un contratto part-time - ad uno dei genitori del soggetto invalido, ovvero ad un convivente od un parente o affine fino al 3° grado; questo non in maniera cumulativa alla professione esercitata, ma per essere complementare alle esigenze familiari di assistenza diretta dell'invalido, in maniera che non sia solo uno dei genitori o parenti di cui sopra a sopportare l'onere richiesto.

Ciò premesso,

*IL CONSIGLIO DELLA PROVINCIA AUTONOMA DI BOLZANO
invita*

la Giunta provinciale

a valutare la possibilità che in condizioni di accertata inabilità al lavoro o in particolari condizioni di gravità del soggetto portatore di handicap, l'assunzione diretta di cui al comma 1 dell'art. 11/bis della L.P. 30-6-1983, n. 20 possa essere estesa - tramite la stipula di un contratto part-time - ad uno dei genitori del soggetto invalido, ovvero ad un convivente od un parente o affine fino al 3° grado.

Herr Abgeordneter Minniti, Sie haben das Wort für die Erläuterung.

MINNITI (AN): Questa mozione riprende iniziativa analoga che avevamo presentato nelle scorsa legislatura e nella quale crediamo fermamente, anche perché, così come abbiamo avuto di precisare diverse volte, questa opportunità venne segnalata dalle stesse famiglie con persone disabili. Tutti sappiamo che fortunatamente vi è una legge nazionale, oltre che locale, che stabilisce nel mondo del lavoro una quota di posti da assegnare a persone disabili. Questo è un dato importante, perché dovrebbe tendere a garantire una maggiore integrazione di persone diversamente abili nel mondo professionale. Alla formazione di questa quota però partecipano anche quelle persone diversamente abili che non hanno la possibilità di poter lavorare. Pensiamo magari a quei tanti ragazzi che sono in uno stato vegetativo, non parliamo di invalidità al 100% ma con magari possibilità di movimento o altro, che partecipano alla quota di persone diversamente abili ma che non potranno mai accedere, per il loro stato fisico, nemmeno ad uno di questi posti di lavoro.

Parlando con alcuni genitori di ragazzi in queste condizioni, era emersa una ipotesi di lavoro che avevamo già rigirato a suo tempo alla Giunta provinciale, che rifacciamo adesso. Invito la Giunta provinciale a riflettere ed approvare questa mozione, perché noi chiediamo solo di valutare la possibilità che in condizioni di inabilità al lavoro da parte di soggetti diversamente abile, a quei posti possa accedere, magari con un contratto part-time, anche uno dei due genitori. Questo non significa togliere posti di lavoro ad altre persone diversamente abili, non significa nemmeno togliere posti di lavoro a persone che avrebbero un egual diritto, significa riconoscere un diritto che anziché essere ricoperto in prima persona dal soggetto diversamente abile, può essere ricoperto da un genitore che diversamente, nell'atto di accudire il proprio figlio, già oggi si trova in condizioni di estrema difficoltà, fino a quasi essere portato all'autolicensing dal proprio posto di lavoro. Sappiamo bene che non tutte le aziende riescono a comprendere quelle che sono le difficoltà che vivono le famiglie con persone diversamente abili, inabili al lavoro.

Chiediamo che si valuti la possibilità di modificare il comma 1 dell'articolo 11/bis della legge 30 giugno 1983, n. 20, laddove l'assunzione diretta riguarderebbe persone diversamente abili, ma che questa possibilità possa essere estesa, tramite la stipula di un contratto part-time, a uno dei genitori del soggetto invalido, ovvero ad un convivente o ad un parente o affine fino al terzo grado. Non sempre un soggetto disabile che dovrebbe essere accudito magari in casa da uno dei genitori ha ancora i genitori, magari vive in casa del fratello, ecco che la persona che accudisce il soggetto diversamente abile, inabile al lavoro, possa in qualche maniera poter mantenere un certo tipo di rapporto con il proprio parente e possa nel contempo vedere inalterato il proprio diritto al lavoro, quando questo spetterebbe alla persona inabile al lavoro.

Crediamo che sia uno di quei casi sociali sui quali non dovrebbero essere svolte analisi di diversa impostazione politica. Questa dovrebbe essere una delle iniziative a carattere trasversale che potrebbe essere fatta propria da questa Giunta e che possa quindi essere approvata.

PRESIDENZA DEL VICEPRESIDENTE:

GIORGIO HOLZMANN

VORSITZ DES VIZEPRÄSIDENTEN:

PRESIDENTE: Ha chiesto intervenire la consigliera Klotz, ne ha facoltà.

KLOTZ (UFS): Wenn ich richtig verstanden habe, Kollege Minniti, so soll ein Teil jener Arbeitsplätze, die für Behinderte reserviert sind, Elternteilen oder Personen gegeben werden, die einen Behinderten betreuen, der nicht in der Lage ist, diese Arbeit eigenständig zu verrichten.

MINNITI (AN): (*interrompe*)

KLOTZ (UFS): Dann würden diese Angehörigen also die Stelle, die für einen Behinderten reserviert ist, einnehmen, mit dem Behinderten, der alleine dazu nicht in der Lage ist. Das ist meiner Meinung nach sehr kompliziert, und ich bin gespannt, was die Landesregierung zu diesem Vorschlag sagt. Ich weiß auch nicht, wo dies bereits der Fall ist.

Eine Frage hätte ich noch in Zusammenhang mit der Beseitigung architektonischer Barrieren. Es gibt ja ein entsprechendes Staatsgesetz, und wenn wir durch die Stadt gehen, dann sehen wir immer noch, wie schwer sich Behinderte tun bzw. wie viele architektonische Barrieren es noch gibt. Was ist mit den Autobussen? Die öffentlichen Verkehrsmittel weisen die größten architektonischen Barrieren auf. Man hat dann einmal ein Gesetz erlassen, mit dem man verschiedenen Betrieben und öffentlichen Einrichtungen eine Zeitspanne eingeräumt hat, innerhalb der die architektonischen Barrieren beseitigt werden müssen. Vielleicht kann man uns auch sagen, wie es damit steht.

GNECCHI (Assessora alla scuola italiana, al lavoro, alla formazione professionale italiana nonché all'innovazione, ricerca e cooperative – Insieme a Sinistra – Pace e diritti/Gemeinsam Links – Frieden und Gerechtigkeit): La mozione è interessante, ma purtroppo non possono valere dei principi transitivi rispetto a diritti di questo tipo. Non è così semplice pensare che si possa trasferire il diritto al lavoro di cui gode per la propria disabilità un soggetto su altro soggetto, anche se capisco lo spirito che muove questa mozione, del riuscire a tener conto della difficoltà delle famiglie che si ritrovano in situazioni di questo genere. E' evidente però come inevitabilmente un altro lavoratore in condizioni di disabilità si vedrebbe scavalcato da un familiare che non è il soggetto portatore del problema, ma inserito in una situazione di questo tipo.

Devo dire che la Provincia in termini di iniziative a sostegno delle famiglie che si occupano delle persone con disabilità, si è mossa proprio con particolare attenzione del tener conto che ci possa essere una situazione in cui si lascia il lavoro per poter accudire la persona. Anche il recente intervento regionale di previdenza complementare si è mosso proprio nel riconoscere una contribuzione per il periodo in cui si accudisce una persona non autosufficiente.

Per essere più esplicita, visto che si è fatto anche riferimento alla legge provinciale n. 20, l'articolo 11-bis della legge 30 giugno 1983, n. 20, prevede una graduatoria per l'assunzione delle persone disabili individuate dalla legge sul collocamento obbligatorio a livello provinciale. La legge 12 marzo 1999, n. 68, disciplina il collocamento obbligatorio delle persone disabili ed enuncia espressamente agli articoli 1 e 8 quali persone siano titolari del diritto d'iscrizione negli elenchi del collocamento obbligatorio e di riserva di posti presso i datori di lavoro e come questa riserva si esercita. Peraltro la legge n. 68 ha fatto anche un salto qualitativo notevole, perché non parla più di collocamento obbligatorio, ma di collocamento mirato per valutare quali sono le capacità residue del singolo portatore di handicap o comunque di disabilità per poter garantire un'occupazione adeguata alle proprie caratteristiche.

Le assunzioni in questione non sono previste per coloro che sono dichiarati totalmente privi di capacità lavorativa o incollocabili dagli appositi organi sanitari, quindi non è possibile collocare al lavoro una persona che abbia un'inabilità totale. L'articolo 7, comma 2, della legge 12 marzo 1999, n. 68, stabilisce le modalità d'assunzione delle persone disabili a livello pubblico: l'avviamento a selezione ovvero il concorso pubblico. Tali procedure postulano il possesso da parte dei partecipanti alle procedure di selezione dei requisiti generali previsti dall'ordinamento pubblico nonché, secondo l'articolo 16 della legge 12 marzo 1999, n. 68, che per persone disabili siano poste nelle condizioni di concorrere in parità con gli altri concorrenti. L'estensione del diritto all'assunzione obbligatoria in sostituzione dei diretti beneficiari ad uno dei genitori della persona invalida ovvero ad un convivente o un parente o affine fino al terzo grado comporterebbe, conseguentemente, che per l'accesso ai posti riservati alle persone disabili potrebbero concorrere simultaneamente sia le persone disabili che persone normodotate. Ciò non pare rappresentare una condizione di partenza di parità e non è avallabile giuridicamente l'eventuale parificazione di un parente di un disabile rispetto ad una persona disabile idonea al concorso a copertura di una quota d'obbligo. Per l'eventuale copertura di un posto riservato alla persona disabile con altro lavoratore è necessaria una modifica della norma statale di riferimento. Eventuali deroghe alle modalità d'accesso alle quote d'obbligo riservate alle persone disabili non possono trovare applicazione solo per l'assunzione in una specifica amministrazione. Esse sono collegate ad un diritto generale, il diritto d'accesso al mondo del lavoro da parte delle persone disabili. Come tale esso abbraccia da una parte la totalità dei datori di lavoro destinatari delle assunzioni obbligatorie e dall'altra tutti i diretti beneficiari.

In questo contesto è opportuno ricordare come il legislatore abbia posto come disposizioni di miglior trattamento per famigliari, lavoratori, di persone disabili in condizioni di gravità la possibilità di fruire, a norma dell'articolo 33 della legge 5 febbraio 1992, n. 104, di permessi per l'assistenza della persona disabile ovvero, a norma dell'articolo 42 del decreto legislativo 26 marzo 2001, n. 151, di due anni di congedo parentale retribuito per l'assistenza del figlio disabile in condizione di gravità.

La legge provinciale 30 giugno 1983, n. 20, prevede ulteriormente, nel campo dell'assistenza per i soggetti portatori di handicap, e quindi fra questi anche gli invalidi cosiddetti assoluti, la possibilità di fruire dei servizi offerti dai servizi sociali in ambito territoriale come laboratori protetti, convitti, comunità alloggio, altre forme di alloggio protetto, servizi e strutture anche aperte idonee ad assicurare interventi educativi, formativi, lavorativi, socio-assistenziali e di tempo libero tesi proprio a non demandare interamente ai famigliari delle persone in situazione di gravità l'intero onere. Esiste poi l'assegno di assistenza domiciliare di ospedalizzazione nella situazione in cui il disabile stia presso l'abitazione.

Per le domande della collega Klotz rispetto alla situazione legata alle barriere architettoniche, competente è il collega Theiner. Molte barriere sono state tolte, c'è un rapporto stretto con i comuni proprio per attivare anche tutte quelle misure che sono più strettamente di competenza comunale. Purtroppo non possiamo già dire che tutte le barriere architettoniche sono state eliminate, bisogna però anche segnalare che c'è una sempre maggiore attenzione. Anche solo girando per le strade dei comuni della nostra provincia si vede come anche i marciapiedi hanno in prossimità delle strisce pedonali l'abbassamento del marciapiede, proprio per favorire le carrozzelle. Non è ancora una situazione totalmente garantita. C'è anche la cooperativa Handy-car per quanto riguarda l'adozione di misure per adattare i veicoli alle condizioni di disabilità, che è sostenuta dalla Provincia e che sta svolgendo un ottimo lavoro per favorire anche l'autonomia e la mobilità personale delle persone con disabilità, anche questa è una delle tante misure che vanno incontro a queste situazioni, non sono risolutive. Per quanto riguarda la Ripartizione lavoro c'è anche un capitolo ad hoc per garantire l'adattabilità del posto di lavoro alla singola disabilità, per cui diamo anche un contributo specifico per adattare il luogo di lavoro, compresa la tastiera speciale per il computer o il telefono che risponda alle caratteristiche particolari del lavoratore, e questo rientra nelle caratteristiche specifiche legate al lavoro. Quindi molto sono gli interventi che si attuano e molti altri possono essere pensati.

La legge n. 20 del 1983 è stata fortemente innovativa, aveva un disegno rispetto alla disabilità che a livello nazionale si è conquistato con la legge n. 4 del 1992 e con la legge n. 68 del 1999, quindi sicuramente con grande anticipo rispetto alla legislazione nazionale.

MINNITI (AN): Siamo estremamente delusi della risposta dell'assessore, anche perché riteniamo che comunque un tentativo in questo campo la Giunta pro-

vinciale, ancorché Giunta di centrosinistra che dovrebbe essere particolarmente vicina a certe tematiche sociali, anche di integrazione delle categorie cosiddette deboli, dovrebbe farlo. Se non sono deboli le categorie alle quali noi facciamo riferimento, ditemi quali possono essere altre categorie deboli! ci delude che proprio una giunta di centrosinistra viene meno di fronte ad un problema come questo che certamente non è di facile risoluzione, ma sappiamo bene che proprio nel settore in questione non è mai stato di facile soluzione nessuno dei problemi che venivano sollevati e delle soluzioni che venivano sollecitate. Questa nostra Provincia con la sua particolare autonomia potrebbe tentare di fare qualche cosa di più di fronte alla realtà che abbiamo esposto, perché ci sono delle famiglie che sono costrette a lasciare il proprio posto di lavoro per accudire i propri figli, fratelli, e comunque i propri parenti di fronte ad una inabilità al lavoro del 100%. E a queste famiglie la nostra Provincia, proprio perché gode di una particolare autonomia, dovrebbe inventarsi delle risposte. Non ci possiamo accontentare di dire che la legge nazionale non prevede interventi di questo genere. Non possiamo accontentarci di dire che il diritto di un figlio di un parente non può passare al genitore, fratello o cognato, perché se ci limitiamo a queste considerazioni non riusciremmo ad affrontare nessun problema, non riusciremmo a dare risposte concrete in tanti settori. Le sfide più difficili devono essere combattute con maggior convinzioni, e poi è più bello vincerle. Ecco perché auspichiamo anche in futuro, quando ripresenteremo questa mozione, che la Giunta provinciale possa arrivare in quest'aula proponendoci una soluzione più concreta che allievi un po' il dramma non solo psicologico di tante famiglie che vivono in Alto Adige la condizione di avere un parente che vive con una disabilità totale, del 100%, e che queste famiglie possano seguire il proprio caro in maniera diretta, senza essere costretti a lasciare il posto di lavoro e senza essere costretti a contare solo sull'assegno di accompagnamento o, nello specifico, sull'assegno di ospedalizzazione domiciliare, perché sarebbe riduttivo accontentarci di queste soluzioni.

Alleanza Nazionale benché abbia compreso quale sia la sorte di questa mozione, intende comunque metterla in votazione, ribadendo una volta di più che sarà nostra intenzione riproporla fino alla noia, perché un'inventiva da parte di questa Giunta provinciale nel settore specifico che abbiamo voluto sollevare deve essere individuata e col tempo approvata.

VORSITZ DER PRÄSIDENTIN:

Dr. VERONIKA STIRNER BRANTSCH

PRESIDENZA DELLA PRESIDENTE:

PRÄSIDENTIN: Wir stimmen über den Beschlussantrag ab: mit 4 Ja-Stimmen, 2 Enthaltungen und dem Rest Nein-Stimmen abgelehnt.

Herr Abgeordneter Baumgartner, Sie haben das Wort zum Fortgang der Arbeiten.

BAUMGARTNER (SVP): Frau Präsidentin, nachdem jetzt noch einige Sitzungen und Besprechungen anstehen, schlage ich vor, die heutige Sitzung vorzeitig zu schließen.

PRÄSIDENTIN: Gibt es Einwände gegen diesen Vorschlag? Keine.
Die Sitzung ist geschlossen.

ORE 17.56 UHR

SITZUNG 55. SEDUTA

28.6.2005

Sono intervenuti i seguenti consiglieri:
Es haben folgende Abgeordnete gesprochen:

BAUMGARTNER (84)
BERGER (9, 59)
BIANCOFIORE (52, 54, 65)
DELLO SBARBA (18, 20)
DURNWALDER (7, 10, 16, 18, 23, 24, 25, 48, 53, 66)
GNECCHI (28, 33, 74, 80)
HEISS (20, 22, 46, 65)
HOLZMANN (58, 60, 61, 62, 66, 69, 71)
KASSLATTER MUR (3)
KLOTZ (6, 7, 8, 10, 11, 48, 63, 80)
KURY (22, 23, 24, 25, 26, 59, 63)
LAIMER (14, 19, 21)
LEITNER (13, 15, 16, 17, 47, 64)
MAIR (12, 13, 17, 18, 27, 28)
MINNITI (29, 36, 68, 73, 76, 79, 82)
PÖDER (3, 4, 5)
PRÄSIDENTIN (4)
SEPPI (68)
THEINER (12, 70)
URZÌ (44, 49)